



Thomas Fricke

Altes Einheitsdenken oder neue Vielfalt?

Eine systematische Auswertung der großen Umfragen unter Deutschlands Wirtschaftswissenschaftler_innen

Herausgeber



FGW – Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V.
Kronenstraße 62
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080
E-Mail: info@fgw-nrw.de
www.fgw-nrw.de

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Till van Treeck

Themenbereich

Neues ökonomisches Denken

Themenverantwortliches Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Till van Treeck

ISSN

2510-4497

Erscheinungsdatum

Düsseldorf, April 2017

Altes Einheitsdenken oder neue Vielfalt?

Eine systematische Auswertung der großen Umfragen unter Deutschlands Wirtschaftswissenschaftler_innen

Auf einen Blick

- Die systematische Auswertung der großen Umfragen unter Deutschlands Ökonom_innen seit 2006 zeigt, dass die Zunft zum einen noch nie ein hermetisch geschlossener Block war und dies zum anderen stärker noch als vor dem Ausbruch der großen Finanzkrise gilt. Seither ist eine Abkehr von einer tendenziell angebotstheoretisch orientierten Weltsicht erkennbar. Die Zweifel an der Effizienz von Märkten wachsen.
- Auffällig ist, dass sich dieser vermeintliche Paradigmenwandel in Deutschland lange Zeit nur sehr bedingt in den öffentlichen Debatten zu großen wirtschaftspolitischen Fragen gespiegelt hat, die nach wie vor stark von orthodoxen Vertreter_innen des Fachs geprägt werden.
- Die Erneuerung ökonomischen Denkens stößt sich hierzulande danach sehr stark auch an starren Strukturen und mangelnder Fluktuation in der wirtschaftspolitischen Beratung.

Abstracts

Altes Einheitsdenken oder neue Vielfalt? Eine systematische Auswertung der großen Umfragen unter Deutschlands Wirtschaftswissenschaftler_innen

Deutschlands Ökonom_innen stecken in einer Krise. Aus der Bevölkerung ernten sie Spott für Fehlprognosen. Aus der Zunft kommen Klagen über die Einseitigkeit von Forschung und Lehre. Und international renommierte Kolleg_innen schelten die Deutschen seit Jahren für ihre vermeintlich allzu orthodoxe Wirtschaftspolitik. Was davon stimmt? Wie einseitig sind die Meinungen jenseits medial präsender Wortführer_innen im Stile von Hans-Werner Sinn wirklich? Und hat die Finanzkrise dazu geführt, dass alte Paradigmen wanken? Um das zu beantworten, werden in dieser Kurzexpertise erstmals systematisch alle drei großen Umfragen unter Deutschlands Wirtschaftswissenschaftler_innen seit 2006 ausgewertet und mit früheren Studien verglichen. Dabei zeigt sich, dass die Zunft an der Basis nie ein hermetisch geschlossener Block, bis zur Krise aber vom angebotstheoretischen Paradigma geprägt war – und dass die Finanzkrise dazu beigetragen hat, dieses Meinungsbild aufzubrechen, ohne dass bisher ein neues konsistentes Leitbild erkennbar wäre, an dem sich Praktiker_innen orientieren könnten. Das Problem könnte vielmehr darin liegen, dass neue Ansätze in den Wirtschaftswissenschaften und der wirtschaftspolitischen Beratung von den öffentlich stark präsenten, führenden Ökonom_innen in Deutschland eher gebremst als befördert werden.

Are German economists different? Not so much. A systematic analysis of the big surveys among German economists

German economists are facing a crisis: the public laments over false forecasts, while their own craft complains about the one-sidedness of economic research and its doctrine. Internationally renowned scholars rebuke their German colleagues for years to have an allegedly too orthodox view on economic policy. Are they actually right? How lopsided are the views beyond the positions of ubiquitous spokesman Hans-Werner Sinn? And, did the financial crisis cause old paradigms to falter? To answer these questions, a systematic evaluation of all three major surveys among German economists since 2006 has been conducted and compared to earlier surveys in this brief expertise. The results show that the craft was never a hermetically closed block at its roots, but shaped by a common paradigm up to 2008 – the global financial crisis then contributed to break open this majority, however without having created a consistent new paradigm at the same time, which practitioners can use as guidance. This could be due to the fact that new approaches in economics and with policy recommendations are rather curbed than promoted by those leading German economists' with a strong public presence.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	iv
1 Einleitung	1
2 Paradigmenwechsel in der Ökonomie.....	3
3 Anatomie einer Wissenschaft.....	8
3.1 Zur Methodik der großen Ökonom_innen-Umfragen.....	8
3.2 Zum akademischen Selbstverständnis	9
4 Ratlos in Vielfalt – vom Wanken eines alten Paradigmas.....	14
4.1 Einheitsdenken – gab es nie	14
4.2 Nachlassende Zustimmung zur alten Orthodoxie	16
4.3 Klassensprecher_innen ohne Mehrheit	26
4.3.1 Eurorettungspolitik.....	29
4.3.2 Deutsche Leistungsbilanzüberschüsse	31
4.3.3 Reichtumsgefälle	32
4.3.4 Mindestlohn	33
4.3.5 Energiewende.....	35
4.3.6 Lohnverzicht	36
4.3.7 Investitionslücke.....	37
5 Eine Zunft auf der Suche nach neuen Antworten.....	39
5.1 Neue Methoden – neue Antworten?	39
5.2 Aufstand der jungen Alten	46
6 Aufbruch zu einem neuen Paradigma?.....	51
Literatur.....	56
Anhang: Weitere Grafiken in Auswahl.....	58
Über den Autor	68

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Umfrage im Vergleich Deutschland 1981-2006-2010-2015 und USA 1985-2001	4
Abbildung 2: Volkswirtzählung: Teilnehmer_innen an den großen Umfragen unter Deutschlands Ökonom_innen	9
Abbildung 3: Was macht einen guten Ökonomen aus, was eine gute Ökonom_in?	11
Abbildung 4: Ökonom_innen sind sich über die fundamentalen Fragen einig	15
Abbildung 5: Politische Präferenzen: Für welche Partei in Deutschland haben Sie die größte Sympathie?	16
Abbildung 6: Finanzpolitik kann ein effektives Instrument sein, den Konjunkturzyklus zu stabilisieren. Stimmen Sie zu?	18
Abbildung 7: Sollte sich eine Notenbank auf den Kampf gegen Inflation beschränken oder auch zur Gewährleistung hoher Beschäftigung beitragen?	20
Abbildung 8: Geldpolitik kann ein effektives Instrument sein, den Konjunkturzyklus zu stabilisieren. Stimmen Sie zu?	21
Abbildung 9: Stimmen Sie zu, dass flexible Wechselkurse in der Praxis zu einer optimalen Allokation von Ressourcen führen?	22
Abbildung 10: In welchem Bereich sind Reformen in Deutschland derzeit (2006) am dringendsten?	23
Abbildung 11: Was erklärt den größten Teil des Abbaus der Arbeitslosigkeit seit 2005 in Deutschland?	25
Abbildung 12: Welcher Denkschule fühlen Sie sich am nächsten?	27
Abbildung 13: Ranking der größten Ökonom_innen: Anteil der Befragten, die den betreffenden Ökonomen als <i>sehr wichtig</i> für die heutige Volkswirtschaftslehre einstufen	28
Abbildung 14: Eine Notenbank sollte in Krisensituationen die Funktion eines <i>lenders of last resort</i> einnehmen und zur Beruhigung der Finanzmärkte auch den Kauf von Staatsanleihen als Instrument nutzen	30
Abbildung 15: Es gibt immer wieder Kritik an Deutschlands hohen Überschüssen in der Leistungsbilanz. Welcher Aussage stimmen Sie am ehesten zu?	32
Abbildung 16: Schadet ein starkes Einkommensgefälle Wirtschaft und Gesellschaft?	33
Abbildung 17: Wie beurteilen Sie den in Deutschland gerade eingeführten Mindestlohn (2015)?	34
Abbildung 18: Gefährdet die Energiewende die deutsche Wettbewerbsfähigkeit?	35
Abbildung 19: Halten Sie es aktuell (2006) für nötig und sinnvoll, dass in Deutschland das allgemeine Lohnniveau sinkt?	37
Abbildung 20: Würden Sie sagen, dass die Wirtschaftswissenschaft heute in einer Legitimationskrise steckt?	40

Abbildung 21: Ökonomische Modelle waren in den Jahren vor der Krise zu stark auf der Annahme rationalen Verhaltens aufgebaut.....	41
Abbildung 22: Ökonom_innen sollten wieder stärker auf Geschichtsforschung zurückgreifen.....	43
Abbildung 23: Ökonom_innen sollten nicht ökonomische Faktoren (Normen, Identität, <i>animal spirits</i> usw.) stärker berücksichtigen.....	44
Abbildung 24: Ist die Forderung nach einer Kapitaldeckung der Rente nach den Erfahrungen der Finanzkrise zu relativieren?	45
Abbildung 25: Sollten Notenbanken den Auftrag haben, auch für Stabilität an Vermögensmärkten zu sorgen? Welcher Aussage stimmen Sie am ehesten zu?	46
Abbildung 26: Würden Sie sagen, dass die Wirtschaftswissenschaft heute in einer Legitimationskrise steckt?.....	47
Abbildung 27: Im Jahr 2014 haben Student_innen in einem Aufruf eine mangelnde Pluralität der herrschenden Lehre und Forschung beklagt. Wie beurteilen Sie diese Kritik?.....	48
Abbildung 28: Sollte eine Notenbank auch für hohe Beschäftigung sorgen?.....	49
Abbildung 29: Einige große Notenbanken haben in der Krise begonnen, teils massiv Staatsanleihen aufzukaufen, auch die EZB. Hat die EZB ihr Mandat damit überschritten?	53

„What is very clearly true, is that German economics is different from economics everywhere else in the world.“

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, August 2016

1 Einleitung

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa gaben 2015 gerade noch 32 % der Menschen in Deutschland an, dass „ökonomische Experten alles in allem einen vertrauenswürdigen Eindruck“ machen.¹ Unter den Jüngeren (bis 34 Jahre) liegt die Quote sogar nur bei 25 %. Die Glaubwürdigkeit scheint dahin. Selbst die Ökonom_innen räumen zu immerhin 45 % ein, dass die Wirtschaftswissenschaft seit Ausbruch der Finanzkrise in einer ‚Legitimationskrise‘ stecke.² Damit dürften die Ökonom_innen neben den Banker_innen zu den größten Verlierer_innen der Krise gehören – weil sie diese weder vorhergesagt noch geahnt haben.

Spätestens seit Eskalation der Eurokrise stehen ‚die‘ Ökonom_innen hierzulande auch in der Kritik ausländischer Kolleg_innen, die den Deutschen ordnungspolitische Orthodoxie und Einseitigkeit vorwerfen: zu viel Glaube an Marktkräfte und den Nutzen fiskalpolitischer Austerität; und zu wenig Glauben an unkonventionelle Rettungsaktionen der Notenbank, gegen die Bundesbankpräsidenten in den vergangenen Jahren einsam wetterten. Während der Bundesfinanzminister mit Unterstützung führender deutscher Ökonom_innen von Anderen strenge fiskalpolitische Disziplin verlangt. Und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) – eine der meinungsprägenden Institutionen der deutschen Ökonomie – vor ‚Aktionismus‘ warnt, wenn es um Konjunkturpolitik geht.

Vertreten die Bundesbankchefs und Sachverständigen damit ‚die‘ Meinung der deutschen Wirtschaftswissenschaft? Immerhin arbeiten in Deutschland ein paar Tausend Frauen und Männer als Dozent_innen, Referent_innen, Chefvolkswirt_innen und Wirtschaftsprofessor_innen; der Verein für Socialpolitik (VfS), die Vereinigung deutschsprachiger Ökonom_innen, zählt rund 4000 Mitglieder. Nur ein geringer Prozentsatz ist in der Öffentlichkeit bekannt – und bestimmt dennoch das wirtschaftspolitische Leitmotiv.

Eine Antwort darauf können die Ergebnisse der drei großen Umfragen unter Wirtschaftswissenschaftler_innen geben, die wir seit 2006 mit Unterstützung des VfS in Deutschland geführt haben – und die wir in dieser Kurzexpertise erstmals zusammentragen, systematisch auswerten und mit Befragungen in Deutschland von 1981 sowie in den USA vergleichen.

In den umfangreichen Befragungen wurden die deutschsprachigen Ökonom_innen seit 2006 zu ihrem akademischen Selbstverständnis und ihren Einschätzungen zu einem breiten Spektrum ökonomischer Probleme konsultiert. Gefragt wurde unter anderem, welcher Denkschule sich die Befragten nahe fühlen und für welche Partei sie die größte Sympathie haben. Zum wirtschaftspolitischen Teil gehörten Fragen zur Finanzpolitik (Konjunkturwirkung, Schuldenabbau,

¹ Vgl. Präsentation von Manfred Güllner, Forsa, am 5. Dezember 2015 in Berlin (liegt dem Autor vor).

² Siehe Auswertung im Folgenden.

Steuern usw.), zur Geldpolitik (Geldmengensteuerung, Finanzblasen, Inflationsziele usw.) sowie zu strukturellen Themen (Agenda 2010, Mindestlohn, Leistungsbilanz-Überschüsse usw.). In den beiden Umfragen 2010 und 2015 ging es darüber hinaus auch um die Krise der Ökonomie sowie die Folgen der Finanzkrise für die Wirtschaftswissenschaft. Dabei wurden die Ökonom_innen gefragt, wie sie in Lehre und Forschung auf die Krise reagieren und wie sie zu Staatsanleihekäufen der Notenbank oder zur Hypothese effizienter Finanzmärkte stehen.

Durch die Auswertung lassen sich erstmals umfragebasierte Muster dafür zeigen, wie sich das akademische Selbstverständnis in mehr als drei Jahrzehnten gewandelt hat. Wie stark ist die Wirtschaftswissenschaft tatsächlich von einer herrschenden Lehre geprägt? Wie dominant ist jene Denkschule der Angebotslehre,³ die sehr stark von Vertreter_innen der führenden Forschungsinstitute, dem SVR und der Bundesbank geprägt wurden? Und: Löst sich der Konsens (wenn es ihn gegeben hat) gerade auf?

Für ein Urteil zur Evolution der Zukunft bieten sich die großen deutschen Ökonom_innen-Umfragen an, da die erste 2006 kurz vor Ausbruch der Krise geführt wurde – und die nächste 2010, also zwei Jahre nach deren Eskalation 2008. Die dritte folgte 2015 mit sieben Jahren Abstand zur Krise.

Im Folgenden soll es zunächst um eine kurze dogmenhistorische Einordnung gehen. Im zweiten Kapitel folgt eine genauere Beschreibung der Methodik der Umfragen sowie ihrer Ergebnisse hinsichtlich der akademischen Selbsteinschätzung der Befragten. In Kapitel 3 wird dargelegt, wie sich das Bild der Ökonom_innen gewandelt hat – weg von einer stark marktorientierten Lehre. In Kapitel 4 wird deutlich, dass sich ein nennenswerter Teil der Ökonom_innen auch selbstkritisch mit den neuen Herausforderungen auseinandersetzt – ohne dass dies bislang zu einem neuen Paradigma geführt hat. Um die daraus gezogenen Schlüsse geht es im letzten Kapitel.

³ Wir werden den Begriff der Angebotslehre in der Folge stellvertretend für ein Paradigma nutzen, das ungeachtet aller Unterschiede in der Ausprägung vor allem die neoklassische Lehre, den Monetarismus und den deutschen Ordoliberalismus umfasst; diesen Denkströmungen ist ein starker Glaube an die heilende Wirkung der Märkte gemein, und für alle gilt, dass sie die Wirtschaftspolitik seit den frühen 80er-Jahren in ähnlicher Weise geprägt haben.

2 Paradigmenwechsel in der Ökonomie

Die Kritik an der vermeintlichen Einseitigkeit der Ökonomie hat in Deutschland einen heftigen Streit darüber ausgelöst, wie vielfältig die Wirtschaftswissenschaft ist – und ob sie es überhaupt sein sollte. Immerhin hat allein die Spezialisierung auf Fachgebiete zu einer Vielfalt an (Spezial-)Themen geführt. Rüdiger Bachmann, Nachwuchsbeauftragter des VfS, hält es zudem für zweifelhaft, anzunehmen, dass „die Mainstreamökonomik überhaupt ein paradigmatischer Monolith“ (Bachmann 2016) sein müsse. Und doch scheint es in der Ökonomie immer wieder dominante Denkströmungen zu geben, die den Kanon der Forschung und praktischen Wirtschaftspolitik über einen längeren Zeitraum prägen. In solch ein Paradigmenverständnis gilt es, die Umfrageergebnisse einzuordnen.

Wie die Angebotslehre in Führung ging

In diesen Kontext ist auch die heutige Situation einzuordnen, in der de facto jener Paradigmenwechsel nachwirkt, der in den 1970er-Jahren einsetzte – hin zu jener ‚Angebotslehre‘, wie sie der SVR in seinem Gutachten vom Herbst 1976 empfahl. Seitdem sollte es *common sense* werden, nicht mehr auf globale Steuerung von Nachfrage und Konjunktur zu setzen, sondern auf mikroökonomische strukturelle Reformen: auf Deregulierung am Arbeitsmarkt, geringeren Staatseinfluss, eine Reduzierung des Sozialstaats und eine stete Geldmengenorientierung der Notenbank. Seither galten Ordoliberalismus und neoklassische Lehre als Leitmotiv.

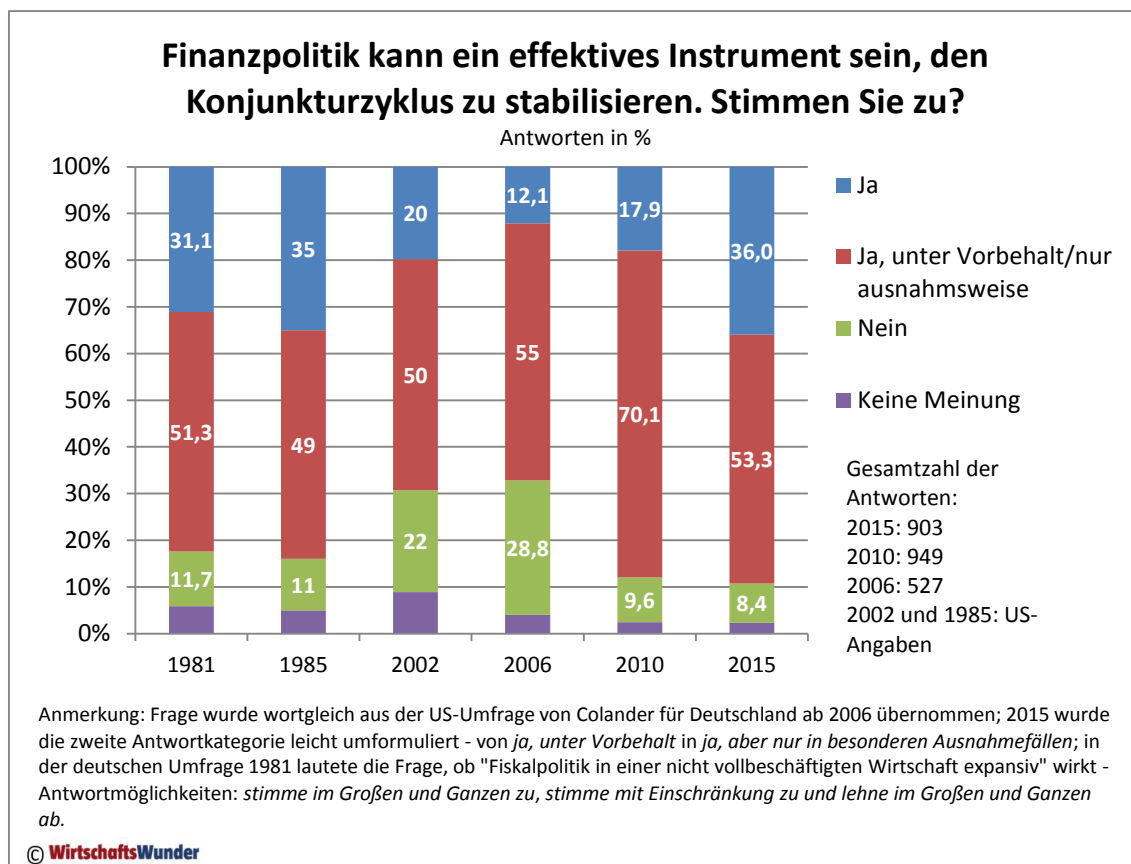
In seinem Beitrag zum 40-jährigen Bestehen des SVR 2003 schreibt der frühere Ratsvorsitzende Olaf Sievert: „Als wir 1976 den Bedarf [an angebotsorientierter Politik] zuerst geltend machten, wussten wir noch nicht, dass unzureichende Investitionen und Arbeitsplatzlücke das Thema der nächsten dreißig Jahre sein würden.“ (Sievert 2003, S. 39) Zu dieser Zeit sei das Fach noch stark vom Keynesianismus geprägt gewesen. Und mit dem Schlagwort von der Angebotslehre habe man damals „den größten Teil des Faches gegen [sich] aufgebracht“ – Sievert: „Zu überwinden war gleichsam eine ‚déformation professionnelle‘.“ (Sievert 2003, S. 39)

Dass die Mehrheit der Ökonom_innen damals tatsächlich noch von so einer (De-)Formation geprägt war, lassen auch die Ergebnisse der Umfrage unter deutschen Wirtschaftswissenschaftler_innen vermuten, die 1981 geführt wurde. Damals stimmten noch 82,4 % der Ökonom_innen im Land „uneingeschränkt“ oder „mit Einschränkung“ zu, dass Konjunkturpolitik funktioniere, respektive Fiskalpolitik „in einer nicht vollbeschäftigten Wirtschaft expansiv wirkt“; abgelehnt wurde dies nur von 11,7 %.⁴ In den USA lehnten das selbst 1985 noch nur 11 % ab.⁵

⁴ Schneider, F./Pommerehne, W./Frey, B. (1983): „Relata referimus: Ergebnisse und Analyse einer Befragung deutscher Ökonomen“. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 139, S. 19-66.

⁵ Zur Methodik der US-Umfrage vgl. S. 12.

Abbildung 1



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2006-2010; Schneider 1981; Colander 1985/2002.

Nach dem Urteil des streitfreudigen Olaf Sievert erzielte der Sachverständigenrat mit seiner offiziellen Wende nachhaltig Wirkung – wenn auch erst ein paar Jahre später, als die damals neue Angebots- und Marktlehre über Margaret Thatcher und Ronald Reagan in der deutschen Politik ankam: „Seit Mitte der siebziger Jahre ist in Deutschland Wirtschaftspolitik nach dem Muster der globalen Nachfragesteuerung nicht mehr betrieben worden“, so Sievert 2003.⁶ Dem würde die verbliebene Anhängerschaft des Keynesianismus wohl zustimmen.⁷

Wie stark die Lehre von der Effizienz der Märkte seitdem das Denken an den Lehrstühlen und in den wichtigsten Institutionen der wirtschaftspolitischen Willensbildung geprägt hat, lässt sich schwer exakt messen. Als 2006 die große Umfrage unter Ökonom_innen ausgewertet wurde, schien die „déformation professionnelle“ jedenfalls überwunden. Zu dieser Zeit stimmten nur noch 12 % (statt 31 %) uneingeschränkt der (ähnlich formulierten) Frage zu, ob die *Finanzpolitik ein effektives Instrument sein (kann), den Konjunkturzyklus zu stabilisieren*. Unter allen Umständen dagegen waren hierbei fast 30 %.

⁶ Sievert fügte damals, 2003, an, dass allerdings auch niemals konsequent Angebotspolitik betrieben worden sei – ob er das seit den Reformen der Agenda 2010 anders sieht, ist nicht übermittelt.

⁷ Dieses Urteil gilt zumindest für die Zeit bis zur Krise von 2008/09, auf die auch die Bundesregierung wieder mit einem Konjunkturpaket reagierte.

Noch 2005 unterschrieben mehr als 240 Wirtschaftswissenschaftler_innen den sogenannten Hamburger Appell, in dem sie vehement gegen fiskalische Ausgabenprogramme eintraten – weil sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage „einer nachhaltigen Steuerung weitestgehend entzieht“ (Funke et al. 2005) – und strukturelle Reformen sowie sinkende (Arbeits-)Kosten als Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit gälten. Zitat: „Wer behauptet, Deutschland könne und müsse ein Hochlohnland bleiben, handelt unredlich oder ignorant.“ (Funke et al. 2005) Der Appell spiegelt dabei auch den damals noch sehr tiefen Glauben der mittlerweile herrschenden Lehre, die (einzige) Vernunft zu vertreten. Es gebe in den öffentlichen Debatten „einen erschreckenden Mangel an ökonomischem Sachverstand“ (Funke et al. 2005), so die Unterzeichner_innen, zu denen auch viele führende und medial tonangebende Ökonom_innen⁸ zählten. Sprich: Wer anderes vertritt, dem fehlt der (Sach-)Verstand. Ein Paradigma in Selbstüberhöhung.

Die Finanzkrise und das Paradigma – ein deutscher Sonderweg?

Seit Ausbruch der Finanzkrise 2007 mehren sich in der internationalen wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion die Zeichen für ein Aufbrechen des alten Paradigmas. Schon 2008/09 bildet sich ein Konsens maßgeblicher internationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD), wonach es richtig ist, in so einer (tiefen) Rezession Konjunkturpakete aufzulegen. Die Notenbanken der USA und Großbritanniens beginnen, massiv an den Finanzmärkten zu intervenieren und sogar Staatsanleihen zu kaufen – nach strenger Angebotslehre undenkbar. In der OECD, einst Vorreiterin liberaler Reformen, werden Studien über das Problem der – unter dem alten Paradigma – stark gestiegenen Vermögens- und Einkommensungleichheit angestoßen. Die EU-Kommission, eine Bastion deutscher Ordnungslehre, fordert in ihrer *Macroeconomic Imbalances Procedure* 2014 von der Bundesregierung unter anderem eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen, um die Binnennachfrage zu stärken und so bewusst den hohen Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands zu reduzieren.

Im Juni 2016 veröffentlicht der IWF ein viel beachtetes Paper, in dem die Autoren Selbstkritik an der früheren ‚neoliberalen‘ Fixierung des Fonds üben; kurz darauf stellt Chefökonom Maurice Obstfeld klar, dass der Fonds gegenüber Griechenland keine weitere Austerität einfordert (anders als dies in Deutschland getan wird) (vgl. Ostry et al. 2016; Obstfeld/Thomsen 2016). Die Bank of England wird in dieser Zeit zu einer der Vordenkerinstitutionen, was eine Abkehr von der Hypothese effizienter Märkte angeht. Ebenfalls ein Mitbringsel aus der Hochzeit des liberalen Paradigmas.

⁸ In der Folge nutzen wir der Einfachheit halber den Begriff der ‚führenden‘ Ökonom_innen für jene, die als Mitglieder des Sachverständigenrats, Präsident_innen großer Wirtschaftsforschungsinstitute, der wissenschaftlichen Beiräte bei Ministerien oder der Bundesbank eine eindeutig prägende Rolle bei der wirtschaftspolitischen Willensbildung in Deutschland spielen und sich selber auch als Vertreter_innen der führenden Meinung verstehen, wenn nicht sogar der (einzigen) ökonomischen Vernunft.

Auch in der akademischen Literatur ist international ein Umbruch spürbar, wird zunehmend thematisiert, wie die Folgen von exzessiver Liberalisierung behoben werden können. Beispiele dafür sind eine ganze Reihe von Forschungen über Ungleichheit (wie etwa von Thomas Piketty).

Umso auffälliger wird mit zunehmender Zeit nach Ausbruch der Finanzkrise, wie sehr führende Ökonom_innen in Deutschland noch an den alten Lehren festhalten. Nur zögerlich ringt sich der SVR 2009 unter dem Vorsitzenden Bert Rürup durch, in der Ausnahmesituation eine Konjunkturpolitik zeitweise für gut zu befinden – damals waren die ersten großen Fiskalpakete in den USA bereits umgesetzt. Derweil begannen führende deutsche Ökonomen wie der Präsident des Ifo-Instituts in München, Hans-Werner Sinn, heftig gegen jeden Versuch der Europäischen Zentralbank (EZB), an den Finanzmärkten zu intervenieren, zu wettern. Gleich zwei führende Vertreter der Bundesbank traten aus Protest dagegen zurück, weil sie im EZB-Rat klar in der Minderheit waren – darunter Axel Weber, der vormals im deutschen Sachverständigenrat saß. Nachfolger Jens Weidmann, ein Schüler von Weber, blieb im Amt und votierte teils einsam gegen den Kurs der Mehrheit unter Leitung von EZB-Präsident Mario Draghi. In Deutschland musste sich nach entsprechenden Klagen – unterstützt von führenden Ökonom_innen – gleich mehrfach das Bundesverfassungsgericht mit den Interventionen beschäftigen.

*

Wie sehr selbst Jahre nach Ausbruch der Krise bei Deutschlands führenden Ökonom_innen noch das angebotsorientierte Paradigma nachwirkte – davon geben die **Jahresgutachten des SVR** einen Eindruck, insbesondere das auffällig meinungsstarke Gutachten 2014/15 mit dem programmatischen Titel *Mehr Vertrauen in Marktprozesse*.

Die Sachverständigen⁹

- äußern sich schon in den Gutachten seit 2012 kritisch zu den Versuchen der **Europäischen Zentralbank**, die Eurokrise etwa durch den Kauf von Staatsanleihen einzudämmen. Dies bringe große Risiken mit sich, heißt es im Gutachten 2014/15. Es gebe zudem ein „verhältnismäßig geringes Deflationsrisiko“, weshalb die EZB „eine weitere massive Ausweitung ihrer Bilanz [Anm.: wie sie 2015/16 dann umgesetzt wurde] derzeit besser vermeiden sollte“; stattdessen solle sich die Bundesregierung für Fortsetzung der Konsolidierungs- und Reformpolitik (Angebotslehre) in den Krisenländern einsetzen;
- kontern die anhaltende internationale Kritik an den deutschen **Leistungsbilanzüberschüssen** unter anderem mit dem Verweis, dass „wenn überhaupt“ die (weitgehend ausgeglichene) Leistungsbilanz des Währungsraums insgesamt „relevant“ sei – jedenfalls sollten „keine wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen werden, die allein darauf abzielen, den deutschen Leistungsbilanzüberschuss zu reduzieren.“ Aktionismus sei hier „nicht angebracht“, höchstens Maßnahmen, die das Produktionspotenzial erhöhen (Angebotsorientierung);

⁹ In vielen Fragen gibt der Sachverständige Peter Bofinger abweichende Stellungnahmen ab.

- stellen Diagnosen in Zweifel, wonach es in Deutschland eine steigende **Ungleichheit** von Einkommen gebe, die es zu korrigieren gelte; seit den Reformen der Agenda 2010 habe die Ungleichheit „nicht weiter zugenommen“;
- fordern die Politik auf, den gerade für Deutschland beschlossenen **Mindestlohn** (den der SVR als Eingriff in den Markt abgelehnt hatte) „kritisch zu überprüfen und zu korrigieren“;
- zweifeln für Deutschland an einer „pathologischen Schwäche bei den privaten Investitionen (**Investitionslücke**)’, die es wirtschaftspolitisch zu kurieren gilt“ – vielmehr sollten die Rahmenbedingungen verbessert werden, eine Standardforderung der Angebotslehre;
- und räumen zwar „Anhaltspunkte für eine Schwäche bei den öffentlichen Investitionen“ ein, lehnen aber Forderungen ab, zusätzliche Investitionen zu tätigen bzw. solche **staatlichen Investitionen auf Kredit** zu finanzieren; stattdessen sollten die Prioritäten in den öffentlichen Haushalten hinterfragt werden – ebenfalls eine Urforderung der Angebotstheorie.

Zufall oder nicht: Mit diesem Gutachten stellen sich die deutschen Sachverständigen im Grunde in jedem der genannten Punkte gegen das, was den internationalen Mainstream mittlerweile mehr oder weniger stark prägt – mittels der Nobelpreisträger Paul Krugman und Joseph Stiglitz, aber auch eher konservativer Kolleg_innen wie Kenneth Rogoff und Charles Wyplosz, die etwa der expansiven Geldpolitik der Notenbanken sehr viel weniger kritisch gegenüber standen und die deutsche Regierung immer wieder zu expansiverer Finanzpolitik aufforderten.

Oder vertritt der deutsche Sachverständigenrat Positionen, die schlicht unter den Kolleg_innen im Ausland keine Mehrheit mehr finden? Vielleicht sogar im Schnitt in der Gesamtheit der Ökonom_innen in Deutschland? Antworten auf diese Fragen sollen im übernächsten Kapitel folgen. Zunächst seien noch ein paar Worte zur Anatomie der Wissenschaft vom Wirtschaften in Deutschland gesagt.

3 Anatomie einer Wissenschaft

3.1 Zur Methodik der großen Ökonom_innen-Umfragen

Mit der großen Umfrage von 2006 konnte erstmals seit Beginn der 80er-Jahre wieder ein umfangreiches Meinungsbild des Fachs gezeichnet werden. Befragt wurden in den bisher drei Umfragen seither jeweils die Mitglieder des Vereins für Socialpolitik. Dass damit Nichtmitglieder unberücksichtigt blieben, erschien und erscheint uns vertretbar, da der VfS einen sehr großen Teil der Ökonom_innen repräsentiert und von einer hohen Repräsentativität der Antworten auszugehen ist, wie auch die Breite der Ergebnisse vermuten lässt.¹⁰

Die Fragen wurden in ihrer großen Mehrheit im Multiple-Choice-Verfahren gestellt und mit dem Vorstand des VfS abgestimmt, 2006 vor allem mit dem Vorsitzenden Friedrich Schneider sowie mit Bruno Frey – beides Mitautoren der ersten Umfrage vom Frühjahr 1981.¹¹ Einzelne Fragen wurden, soweit für die heutige Zeit noch relevant, aus dem Bogen von 1981 übernommen, was nunmehr für bestimmte Antworten einen Vergleich über mittlerweile dreieinhalb Jahrzehnte ermöglicht. Zudem wurden einige Fragen aus Untersuchungen von David Colander in den USA in den Jahren 1985 und 2002 übernommen, wobei die Methodik bei diesen eher auf Einzelbefragungen beruhte.¹²

Die Fragebögen aus den deutschen Erhebungen vom Frühjahr 2006, 2010 und 2015 wurden den Mitgliedern des VfS online bereitgestellt. Der Zeitraum der Befragung erstreckte sich jeweils über etwa einen Monat. Nachdem an der ersten Umfrage 1981 insgesamt 273 Ökonom_innen teilgenommen hatten, antworteten 2006 zwischen dem 20. März und dem 26. April 551 Personen; 2010 waren es zwischen Anfang Mai und Mitte Juni 1158 und 2015 im Mai und Juni 1002 Wirtschaftswissenschaftler_innen. Die Antwortbögen wurden anschließend anonymisiert zusammengetragen. Ausgewertet wurden sie in der *Financial Times Deutschland* (2006, 2010) und in der *Süddeutschen Zeitung* (2015).¹³

Da die Befragungen seit 2006 auch stark journalistisch und nicht von vornherein mit dem Anspruch einer wissenschaftlichen Auswertung erstellt wurden, gibt es nur zu einzelnen Fragen für

¹⁰ Möglicherweise sind im VfS extremere Positionen unterrepräsentiert. So geben in den beiden Umfragen seit 2010 nur 0,3 und 0,8 % an, dem Sozialismus/Marxismus am nächsten zu stehen; diese Quoten erscheinen sehr gering, ob sie nichtrepräsentativ sind, ist aber schwer zu sagen.

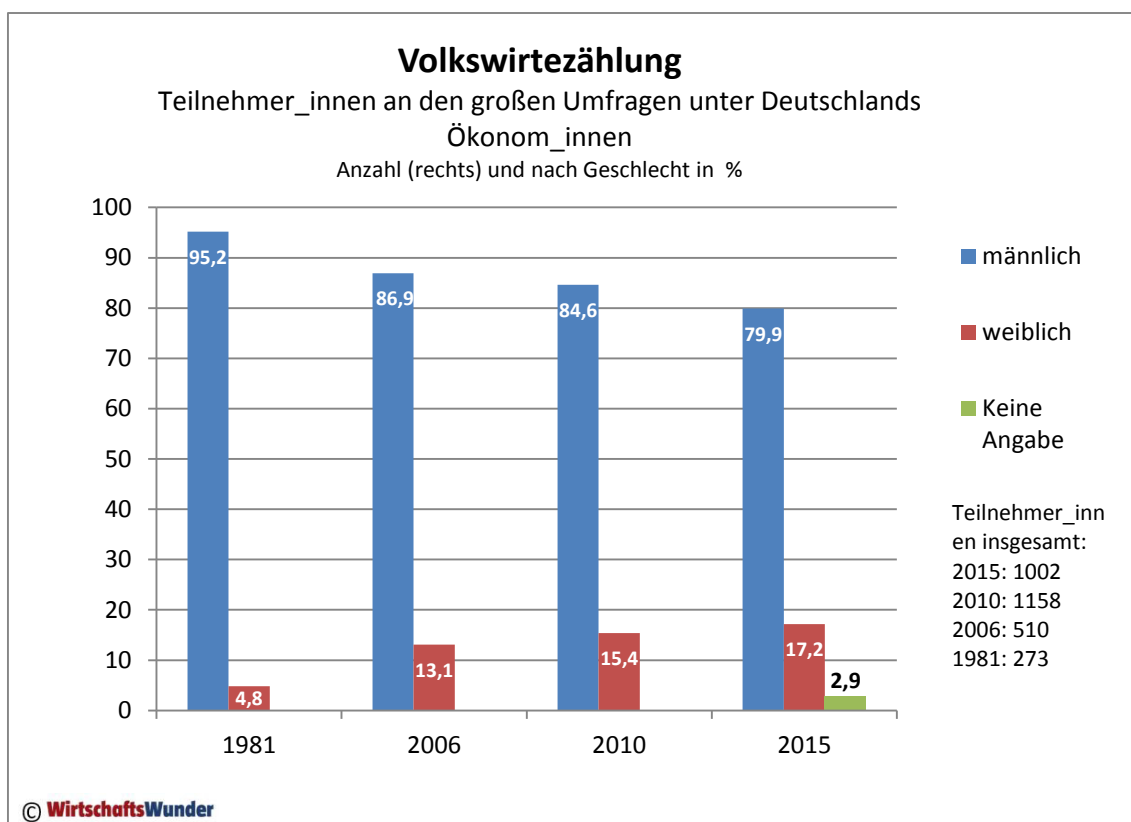
¹¹ Die Initiatoren verschickten damals Fragebögen (als *hard copy*, würde man heute sagen) an 476 zufällig ausgewählte Mitglieder des VfS, der damals rund 1500 Mitglieder zählte; davon kamen 273 brauchbare Antworten zurück (was einer hohen Rücklaufquote von knapp 66 % entspricht); 27 von 44 abgefragten Positionen waren aus einer US-Studie übernommen worden (vgl. Kearyl et al. 1979).

¹² Colander befragte in erster Linie Studierende und ehemalige Studierende, was die Vergleichbarkeit einschränkt; es gab in den USA in der Zwischenzeit weitere Umfragen, die aber teils nur bestimmte Fachbereiche adressierten und an dieser Stelle nicht weiter einbezogen werden können (vgl. Colander/Klamer 1987; Colander 2003, 2005).

¹³ Jeweils auch in Form von Sonderdrucken mit allen Fragen und Antworten im Überblick.

alle Jahre sowie im US-Vergleich wortidentische Fragen. Manche Frage wurde nicht durchgehend gestellt, andere kamen aufgrund aktueller Entwicklungen hinzu – oder mussten umformuliert werden. Der Datensatz bietet dennoch eine Möglichkeit, Positionen nun über einen sehr langen Zeitraum hinweg hinreichend belastbar zu vergleichen. Selbst dort, wo Fragen nicht wortgleich gestellt wurden, lässt sich gut erkennen, wie sich maßgebliche Einstellungen und Mehrheitspositionen der Ökonom_innen in Deutschland über die betreffenden dreieinhalb Jahrzehnte entwickelt haben.

Abbildung 2



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2006-2015; Schneider 1981.

3.2 Zum akademischen Selbstverständnis

In den großen Umfragen wurden zunächst jeweils ein paar grundlegende Daten und Positionen abgefragt. Die Antworten geben einen ersten Eindruck von der Aufstellung und dem Selbstverständnis der Fachvertreter_innen.

Frauen – eine (stark) wachsende Minderheit

Einen *etwas zu* eindeutigen Trend lassen die Umfragen erkennen – den weg von einer fast ausschließlichen ‚Männerwissenschaft‘. Noch 1981 lag der Anteil der Ökonominen an allen, die auf den Fragebogen antworteten, bei verschwindenden 4,8 %. Bei der Umfrage in den USA 2002 lag die Quote schon bei 12, in Deutschland 2006 bei 13 %. Der Anstieg setzte sich danach auf

15,4 % im Jahr 2010 und 17,2 % im Jahr 2015 fort. Dabei verdecken die Durchschnittswerte einen stärkeren Trend: Unter den Jüngeren im Alter bis 34 Jahren machen Frauen bereits 31 % derer aus, die auf die Umfrage geantwortet haben. Wenn das die Quoten im Fach einigermaßen gut spiegelt, bleibt die Ökonomie damit natürlich immer noch ein männergeprägtes Fach.

Warum das so ist, wurden die Umfrageteilnehmer_innen 2010 gefragt. Die Mehrheit sah den Grund damals in *mangelndem Interesse von Frauen an diesem Fach* (dem stimmten 8,1 % *stark* und 43 % *etwas* zu). Dass Frauen weniger geeignet sein könnten für ökonomisch-analytisches Denken, bejahten 4 % *stark* oder *etwas*.

Alles in allem nahmen an der Umfrage 2015 zu rund 24 % jüngere Ökonom_innen unter 35 Jahren teil. Gut 53 % waren 35 bis 54 Jahre alt – und 22,4 % älter.

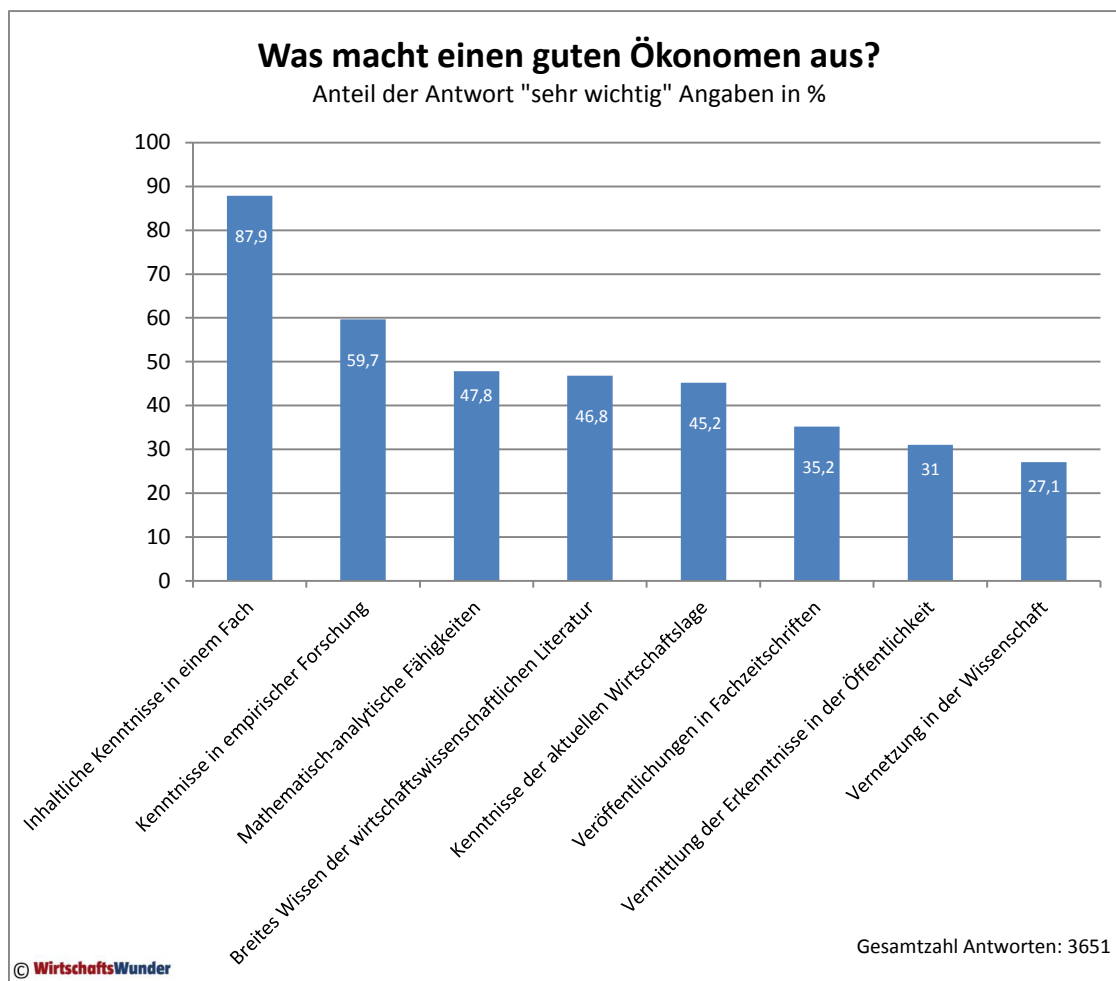
Was ist ein guter Ökonom, eine gute Ökonomin?

Was das eigene akademische Wirken angeht, stehen für Deutschlands Wirtschaftswissenschaftler_innen *sehr gute inhaltliche Kenntnisse in einem Fachgebiet* eindeutig oben – Tendenz seit 2006 weiter steigend. Der Anteil derer, die das als *sehr wichtig* einstufen, um *ein guter Ökonom oder eine gute Ökonomin* zu sein, ist seither von 76,6 auf 87,9 % gestiegen. Unwichtig fand dies in der Erhebung von 2015 kein einziger mehr. Interessant ist dabei anzumerken, dass in den USA 1985 nur 37 % die Konzentration auf ein Fachgebiet sehr wichtig fanden, 2002 sogar nur noch 30 % (vgl. Colander/Klamer 1987; Colander 2002).

Relativ konstant an zweiter Stelle sollte bei einem guten Ökonomen oder einer guten Ökonomin das *Interesse an und Kenntnisse in empirischer Forschung* stehen – diese stufen jedenfalls jeweils nur knapp 60 % in allen drei deutschen Umfragen der vergangenen zehn Jahre als *sehr wichtig* ein. Das ist insofern überraschend, als etwa die amtierende Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik, Monika Schnitzer, 2015 noch einen Trend zur Empirie diagnostizierte (vgl. Schnitzer 2015) – weg vom Denken in Theorien.¹⁴

¹⁴ Gegen einen grundsätzlichen Trend zu (noch) mehr Empirie sprechen auch die Antworten auf eine weitere Frage nach der eigenen Forschungsarbeit: Hier ist der Anteil derer, die angeben, *vorwiegend empirisch orientierte Forschung* zu betreiben, in etwa konstant bei etwas weniger als 50 % geblieben (45 % 2010, 47,2 % 2015). Die Umfrageergebnisse von 2006 sind nur bedingt vergleichbar, da damals Mehrfachantworten möglich waren: Damals gaben 49,8 % als Schwerpunkt die Empirie an.

Abbildung 3



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

Es folgen in der Hierarchie der Dinge, die in Deutschland gute Ökonom_innen ausmachen: *herorragende mathematisch-analytische Fähigkeiten* (47,8 % 2015), ein *möglichst breites Wissen der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur* (46,8 % – Tendenz seit 2006 fallend) und *gute Kenntnisse der aktuellen Wirtschaftslage* (45,2 % – Tendenz ebenfalls zuletzt fallend).

Deutlich weniger ernst nehmen die Fachleute das akademische Kriterium, möglichst viel zu publizieren. Nur gut jeder Dritte (35,2 %) findet, dass es für Ökonom_innen *sehr wichtig* ist, *zahlreiche Veröffentlichungen in renommierten Fachzeitschriften* zu haben – 2010 fanden das 37,9 %. Bemerkenswert: Immerhin wurde der Zahl der **Publikationen** etwa in der Begutachtung der – eigentlich ja sehr viel praktischer orientierten – Wirtschaftsforschungsinstitute zwischenzeitlich große Bedeutung beigemessen.

Erst an siebter Stelle folgt als Kriterium in der Selbsteinschätzung der Branche die **Vermittlung der Erkenntnisse in der breiteren Öffentlichkeit**; das finden nur 31 % *sehr wichtig* – was natürlich mit den Klagen mancher in der Zunft kollidiert, dass die Öffentlichkeit zu wenig Verständnis für

ökonomische Zusammenhänge hat. Schlusslicht unter den Kriterien für gute Ökonom_innen ist eine *gute Vernetzung in der Wissenschaft*, die nur für 27,1 % 2015 noch *sehr wichtig* erschien.

Zwar sind die Ergebnisse aus den Untersuchungen für die **USA** nur bedingt vergleichbar.¹⁵ Interessant ist dennoch, dass bei den Amerikaner_innen mathematisch-analytische Fähigkeiten 2002 weit oben rangierten; die Quote derer, die diese Qualifikation als *sehr wichtig* für ein schnelles Weiterkommen an der Graduate School einstufen, war gegenüber 1985 von 57 auf 83 % gestiegen. Immerhin ein gutes Fünftel stufte die Mathematik auch als sehr wichtig für den künftigen Job ein. Dies dürfte den zwischenzeitlichen internationalen Trend zur Mathematisierung der Zunft spiegeln.

Deutlich zugenommen hat in den USA im Laufe der Zeit auch die Rolle der empirischen Forschung. Noch 1985 gab es in der Umfrage mehr Studierende, die das Interesse an empirischer Forschung *unwichtig* fanden, als Studierende, die diese als *sehr wichtig* einstufen (Saldo der Prozentwerte: minus 7 Punkte). Im Jahr 2001 lag der Saldo bei plus 3 Prozentpunkten, wenn es um die Bedeutung für das Fortkommen an der Graduate School ging – und bei plus 35 Punkten hinsichtlich der vermuteten Jobchancen. Fast die Hälfte der befragten Studierenden (46 %) hielt die Empirie für *sehr wichtig*, um schnell zu einem Job zu kommen.

Ökonomie für den Elfenbeinturm?

Dass die Vermittlung ökonomischer Erkenntnisse in die Bevölkerung von vielen als nicht so wichtig empfunden wird, scheinen die Antworten auf die zitierte Frage nach der Definition der eigenen Forschungsarbeit zu bestätigen. Danach gaben 2010 wie 2015 jeweils 21 % der Befragten an, dass ihre Arbeit *vorwiegend auf Politikberatung* hinziele (eine Quote, die für Angehörige des Fachs angesichts des zwischenzeitlichen internationalen Trends zur Theorie auch hoch erscheinen mag). Etwas mehr – 23,5 und 24,4 % – gaben in den beiden Umfragen an, *vorwiegend theoretische Grundlagenforschung* zu betreiben.

Ein Teil der Erklärung könnte darin liegen, dass es in der Wirtschaftswissenschaft in Deutschland – anders als möglicherweise in den USA – nicht unbedingt als Qualitätsmerkmal zu gelten scheint, medial stark präsent zu sein – statt die reine Lehre zu pflegen. Zwar stimmen lediglich 7 % der Befragten der Aussage *stark* zu, dass *eine starke Präsenz in den Medien dem eigenen Ansehen in der wissenschaftlichen Gemeinde* schade. Immerhin knapp 35 stimmen dem aber *etwas* zu. Nur etwas mehr als die Hälfte sehen darin kein Problem.

Umso erstaunlicher erscheint, dass sich seit jeher eine große Mehrheit der deutschen Ökonom_innen in den Umfragen grundsätzlich bereit erklärt, auch *ein wirtschaftspolitisches Amt anzunehmen*, etwa als Berater_in eines Politikers oder einer Politikerin. Die Quote ist seit 2006 allerdings leicht zurückgegangen. Vor der Finanzkrise waren knapp 73 % der Befragten bereit, in

¹⁵ Colander befragte Absolvent_innen von Universitäten während (1985) und nach ihrer Ausbildung (2001/02). Bei den Fragen dazu, was gute Ökonom_innen ausmacht, unterschied er zudem nach der Wichtigkeit für das Weiterkommen an der Graduate School und im Beruf; in den deutschen Umfragen wurden schließlich Antwortmöglichkeiten hinzugefügt.

die Politik zu gehen – 2015 noch 69,4 %. In der Umfrage von 2006 sagen immerhin fast 40 %, sie könnten sich vorstellen, Wirtschafts- oder Finanzminister_in zu werden (die meisten konnten das allerdings nicht).

*

Alles in allem vermitteln die Antworten zum Selbstverständnis der deutschen Ökonom_innen den Eindruck, dass es einen durchaus nennenswerten Anteil von Fachvertreter_innen gibt, die auf politische Relevanz achten. Das macht die Fragen nach dem großen Paradigma, nach Vielfalt, Einseitigkeit und Ausrichtung der großen Denkrichtungen umso relevanter. Darum soll es im folgenden Hauptteil der Analyse nun gehen. Wir werden sehen, dass es dabei wichtig sein wird, zwischen denen zu unterscheiden, die als führende Vertreter_innen des Fachs die öffentliche Debatte maßgeblich bestimmen – und der mehr oder weniger stillen Mehrheit der Ökonom_innen.

4 Ratlos in Vielfalt – vom Wanken eines alten Paradigmas

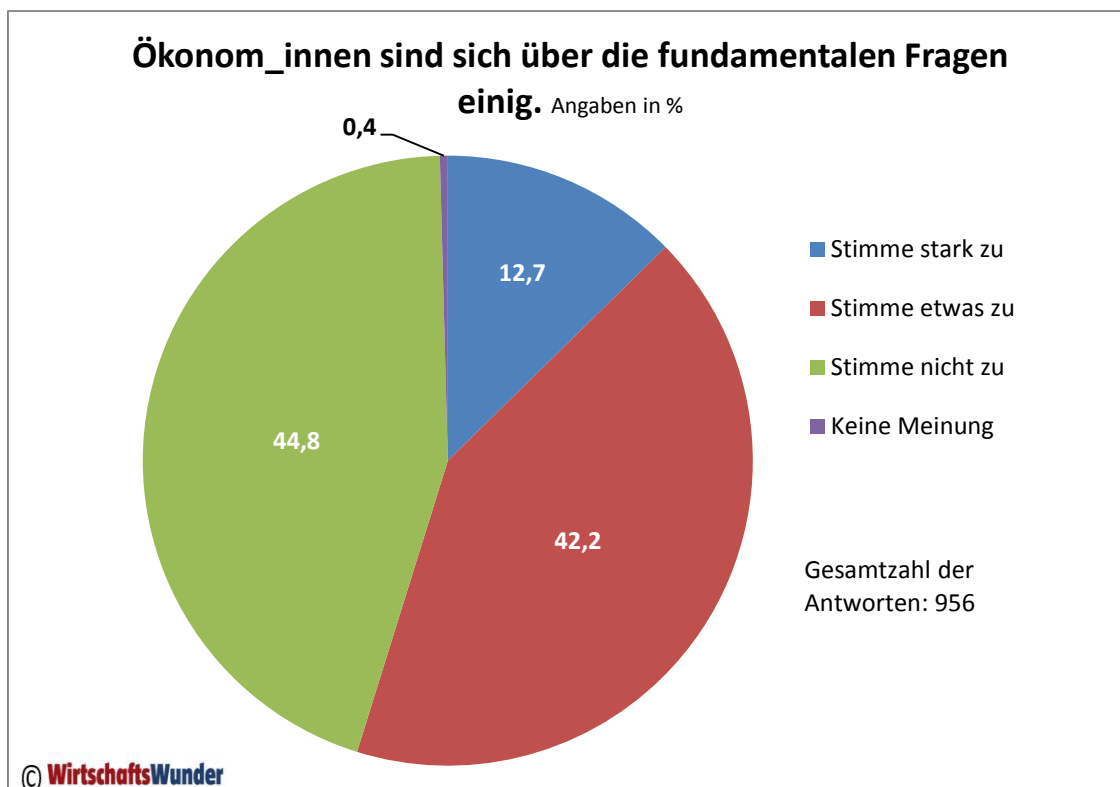
Wie also steht es um den Konsens in den großen paradigmatischen Fragen: etwa dazu, welche Erklärungsmodelle und Denkmodelle und Ideologien die Wirklichkeit am besten erklären – und die besten wirtschaftspolitischen Antworten versprechen? Gab es je eine monolithische Wirtschaftswissenschaft? Und wie stark repräsentieren führende Institutionen wie der Sachverständigenrat, die Bundesbank oder (einstige) Institutspräsidenten wie Hans-Werner Sinn, was die Mehrheit denkt?

4.1 Einheitsdenken – gab es nie

In Deutschland gibt es seit jeher einen Hang, die Ökonom_innen als eine mehr oder weniger geschlossene Einheit wahrzunehmen. Das passt jenen, die den Mainstream bilden – und in den vergangenen Jahrzehnten gleichsam das Selbstverständnis zum Ausdruck brachten, dass es eine (einzige) ökonomische Vernunft gibt. Und es scheint andererseits die Kritik jener zu bestätigen, die einen Mangel an Pluralität beklagen. Derweil schwankt der Rest der Welt zwischen Sippenverurteilung („die‘ haben ja nicht mal die Krise kommen sehen“) und Spott, wenn Expert_innen unterschiedliche Positionen vertreten.

Wenn man die Umfrageergebnisse vor diesem Hintergrund auf den Punkt bringen wollte, könnte das Urteil in etwa so lauten: Die Ökonom_innen sind, was die großen grundlegenden wirtschaftspolitischen Fragen angeht, alles andere als ein homogener Block – im Gegenteil. Etwas polemisch ließe sich sogar (auf hohem Niveau) spotten, dass sich die Ökonom_innen nicht einmal einig sind, ob sie sich einig sind. Kein Scherz.

Abbildung 4

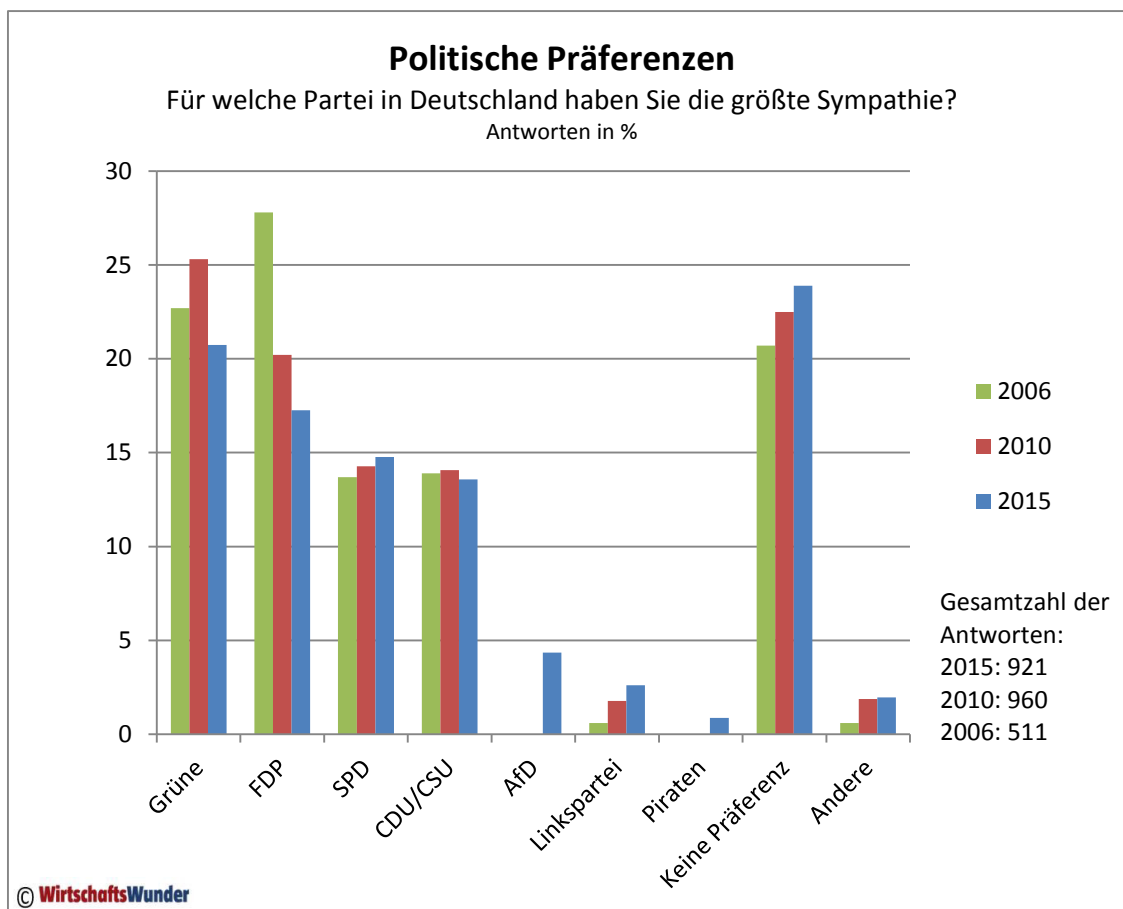


Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

Auf die Frage, ob sich Ökonom_innen *über die fundamentalen Fragen einig* sind, antworteten in keiner der ausgewerteten Umfragen seit 1985 mehr als 17 % der Befragten in Deutschland wie in den USA mit starker Zustimmung. In Deutschland waren es 2015 zuletzt knapp 13 % – der Rest teilte sich zu je gut 40 % zwischen solchen auf, die dem Befund der Einigkeit wenigstens noch *etwas* zustimmten, und denen, die überhaupt nicht finden, dass man sich wenigstens über die grundsätzlichen Fragen einig sei. Selbst zu vermeintlichen Hochzeiten des liberal-konservativen Mainstreams bejahten nur besagte 17 % der US-Ökonom_innen die Frage uneingeschränkt.

Sogar auf dem Höhepunkt des Paradigmas gab es in vielem geteilte Lager. So befanden schon 2006 gut 51 % der deutschen Ökonom_innen, dass *Verteilungsfragen bei sämtlichen wirtschafts-politischen Maßnahmen berücksichtigt werden sollten* – während 43,6 % das Gegenteil meinten. Ein ähnliches (bzw. ähnlich vielfältiges) Bild ergibt sich bei der Frage nach den Parteipräferenzen der Wirtschaftsfachleute. Anno 2006 teilte sich die Sympathie hier stark auf: Bei 27,8 % galt sie der FDP, bei 22,7 % den Grünen – und bei jeweils knapp 14 % der CDU/CSU und der SPD.

Abbildung 5



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2006-2015.

Wenn es um das Phänomen einer vermeintlich herrschenden Lehre geht, geht es also nicht darum, dass die ganze Zunft in sozusagen sozialistischer Einheit zu 80, 90 oder 100 % dasselbe Weltbild und dieselbe Einschätzung zu den großen ökonomischen Problemen vertritt. Das hat sie (zumindest außerhalb autoritärer Regime) wahrscheinlich nie getan; es würde auch der Aufgabe von Wissenschaft widersprechen, die den Streit zum Erkenntnisfortschritt braucht. Ein Paradigma ist somit eher ein relativ dominierendes als ein absolutes Phänomen. Dass es wirtschaftspolitisch faktisch dominierende und teils diskriminierend wirkende Lehren – in scheinbarer Vielfalt – gibt, lässt sich ebenso erkennen, wie dass diese Paradigmen sich verschieben und am Ende wechseln können.

4.2 Nachlassende Zustimmung zur alten Orthodoxie

Ein paar Beispiele dafür, wie sich bereits beim Paradigmenwechsel in den 70er- und 80er-Jahren die Antworten zu wichtigen Fragen verschoben und dadurch neue dominierende Positionen allmählich etabliert haben, konnten wir schon im zweiten Kapitel sehen. Damals schwand die Zustimmung zur makroökonomischen Globalsteuerung. Das bedeutete nicht, dass plötzlich sämtliche Ökonom_innen in Deutschland die Meinung vertraten, Konjunkturpakete seien unter allen

Umständen zwecklos. Die Verhältnisse verschoben sich nur spürbar: von immerhin gut 31 % uneingeschränkter Zustimmung 1981 zu nur noch 12 % 2006. Nun fragt sich, ob das Pendel seit der Finanzkrise zurückschlägt (oder sich in eine neue Richtung bewegt) – und sich die relativen Mehrheiten erneut verschieben. Dann könnte dahinter der Aufbruch zu einem neuen Paradigma stecken.

Konjunktur und Staatsfinanzen

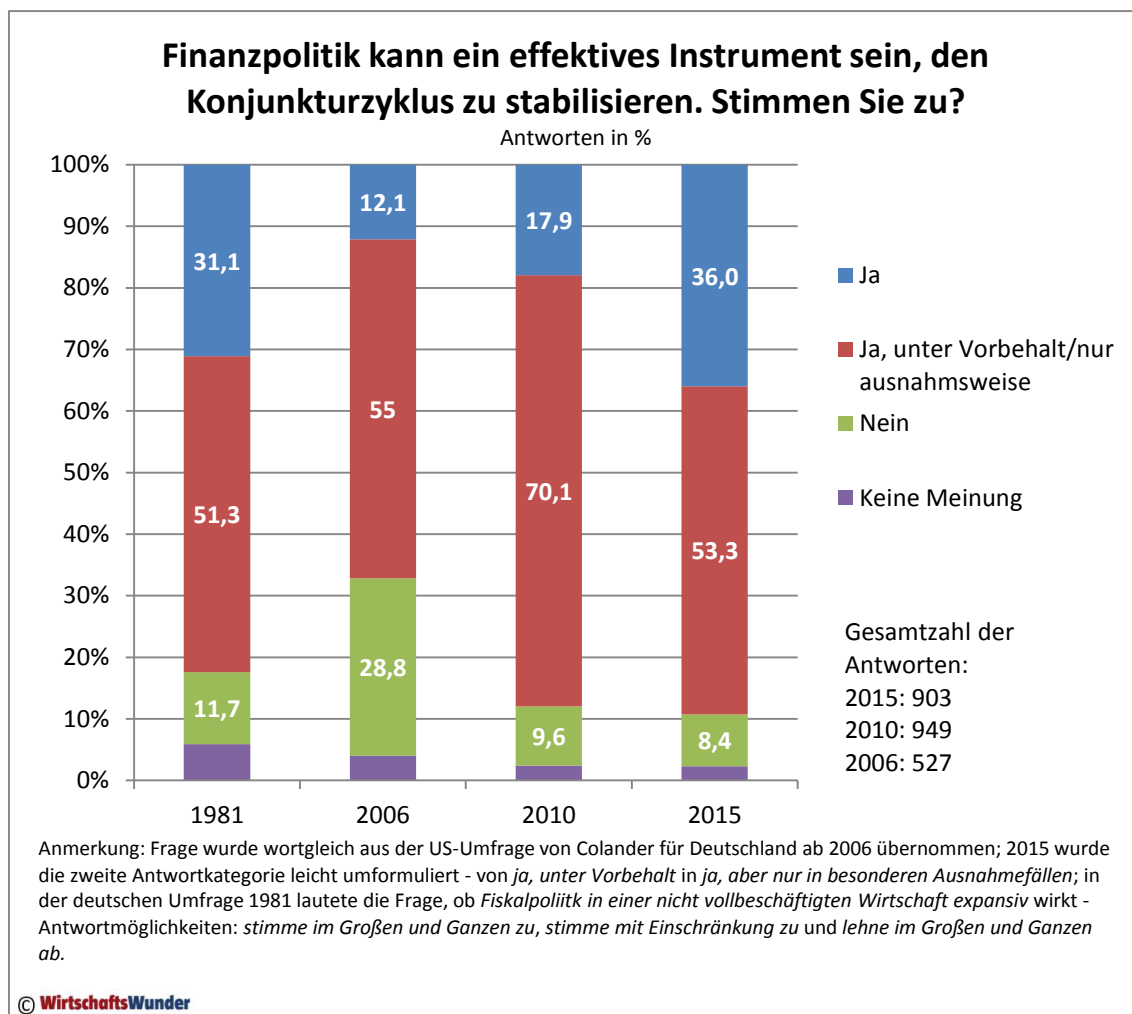
Seit Ausbruch der Finanzkrise haben sich die Relationen hier womöglich am deutlichsten verschoben – weg von der zwischenzeitlichen Orthodoxie, dass der Staat über Fiskalpolitik gar keine positive Wirkung erzielen kann und nach Analyse besonders konsequenter Angebotstheoretiker_innen sogar mehr Schaden anrichtet.

Von 2006 bis 2010 ist der Anteil derer, die Konjunkturpolitik als potenziell effektives Instrument einstufen, zuerst von 12 auf knapp 18 % gestiegen. Bis 2015 hat sich die Zustimmung sogar verdreifacht – auf 36 %. Und: Nur noch 8,4 statt 28,8 % (2006) befinden gemäß purer Angebotslehre noch, dass Finanzpolitik völlig unnütz sei, um die Konjunktur zu beeinflussen und Zyklen zu glätten. Das entspricht im Akademischen einer enormen Verschiebung in gerade einmal zehn Jahren.¹⁶

Immerhin fast 70 % der deutschen Ökonom_innen stimmten 2015 der Aussage zu, dass *ein dauerhafter Abbau von Staatsschulden ohne Wirtschaftswachstum kaum möglich* sei. Die Quote lag 2010 noch bei 61,5 %. Auch dies kann als Abkehr von der orthodoxen Lehre verstanden werden, wonach das Wachstum durch den Abbau von Schulden erst kommt oder gestärkt wird (*expansionary fiscal contraction*), weil gute Angebotsbedingungen Nachfrage selbst schaffen.

¹⁶ Für die USA liegen gemäß der Auswertung von Colander Antworten auf diese Frage für 1985 und 2002 vor: in dieser Zeit – der Hochzeit der Angebotslehre – fällt die uneingeschränkte Zustimmung zur Konjunktursteuerung von 35 auf 20 %; siehe Grafik zum USA-Deutschland-Vergleich im Anhang.

Abbildung 6



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2006-2010; Schneider 1981; Colander 1985, 2002.

Gegen eine allzu weite Abkehr von der Orthodoxie sprechen auf den ersten Blick die Einschätzungen zur – vermeintlich strengen – deutschen Schuldenbremse. Danach ist der Anteil der Expert_innen zwischen 2010 und 2015 sogar noch gestiegen, die den Verfassungszusatz der Schuldenbremse als *geeignetes Instrument zum Abbau der Staatsschulden* einstuft – von 15,8 auf 20,6 %. Allerdings sieht die Schuldenbremse de facto auch explizite Rücksichtnahme auf die Konjunktur vor: Danach müssen steigende Staatsdefizite bei Unterauslastung der Kapazitäten hingenommen werden, was konsequente Angebotslehrer_innen ablehnen würden. Fast 60 % halten die Schuldenbremse nur für bedingt geeignet.

Eine Abkehr von allzu strenger Angebotslehre lassen derweil auch die Antworten darauf vermuten, welche Strategie zum Abbau der Staatsschulden die beste wäre. Ein vollständiges Verbot von Neuverschuldung (ohne Ausnahmen und Rücksicht auf Konjunktur) befürworteten heute nur noch etwa 3 % der deutschen Ökonom_innen – vor zehn Jahren waren das immerhin noch 11,4 %, fast das Vierfache. Die Zustimmung zu einem Quasiverbot unter Berücksichtigung besonderer Umstände (mit besonderen Ausnahmen) sank von 38 % 2010 auf 28,9 % 2015. Immerhin 25,2 %

befürworten dagegen eine Strategie, bei der lediglich für jene Ausgaben ein längerfristiger Pfad vorgegeben wird, die unabhängig von der Konjunktur sind. Dies käme einer noch stärkeren Berücksichtigung der Konjunktur als in der Schuldenbremse gleich – und wird vor allem von keynesianisch orientierten Ökonom_innen empfohlen. Schließlich könnten heute 12 % der Wirtschaftswissenschaftler_innen gut damit leben, wenn es keine festen Regeln gäbe – also: besser keine als schlechte Regeln.

Von einem monolithischen Block kann jedenfalls keine Rede (mehr) sein. Die Präferenz für orthodox-angebotsorientierte Lösungen lässt nach.

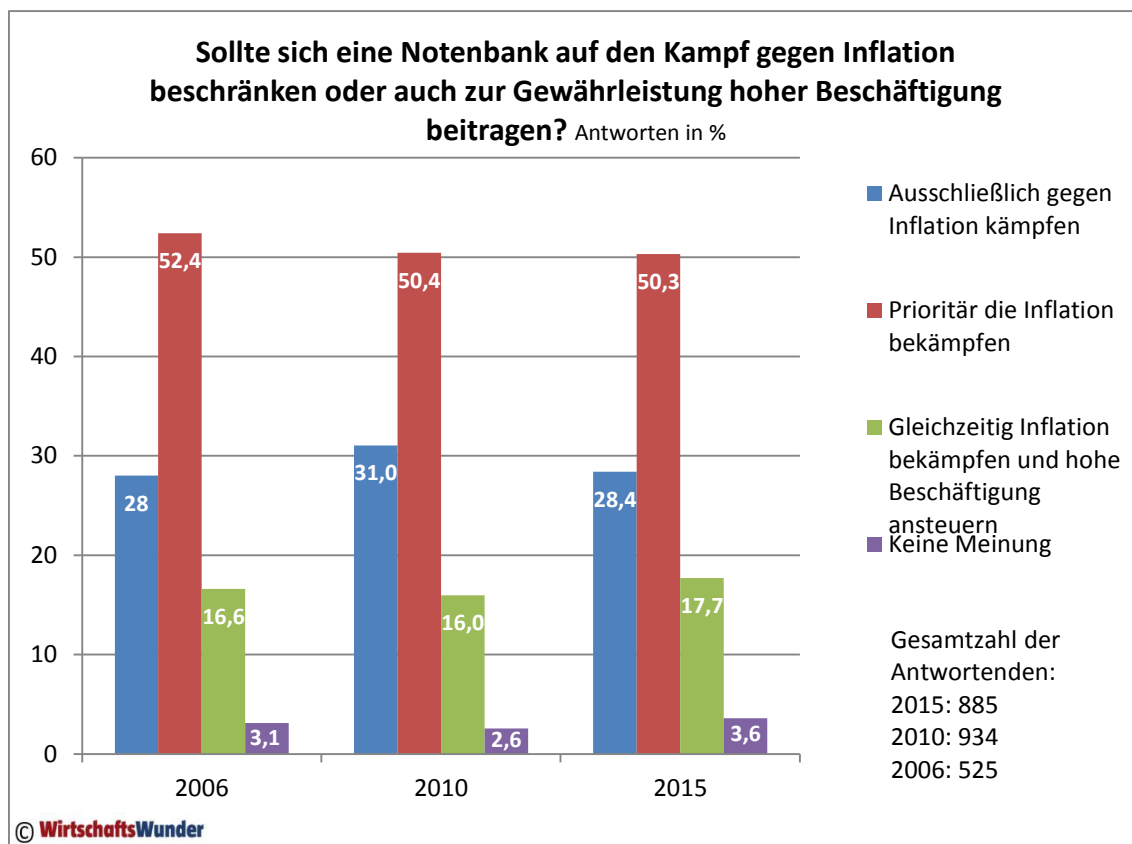
Geld und Währung

Deutlich stärker zum Klischee der orthodoxen Deutschen scheint das tatsächliche Meinungsbild der hiesigen Ökonom_innen zu passen, wenn es um Geld und Währung geht – zumindest auf den ersten Blick.

Besonders augenfällig wird dies bei der Frage nach den Zielen, die eine Zentralbank verfolgen sollte. Immerhin rund 30 % der befragten deutschen Wirtschaftswissenschaftler_innen befürworten den Umfragen zufolge, dass sich eine Notenbank *ausschließlich auf den Kampf gegen Inflation* beschränken – und nicht noch andere Ziele wie eine hohe Beschäftigung ansteuern – sollte. Dieser Wert ist über die Zeit seit 2006 auffällig konstant. Gleiches gilt für die Quote derer, die meinen, die Notenbank sollte als Zielgröße (lediglich) prioritär die Inflation im Auge haben: jeweils knapp über die Hälfte der deutschen Ökonom_innen. Nur 16 bis knapp 18 % der Befragten halten es damit in den Umfragen für richtig, Inflation zu bekämpfen und gleichzeitig eine möglichst hohe Beschäftigung anzusteuern¹⁷ – Tendenz leicht steigend.

¹⁷ Die Antwortmöglichkeit wurde für diese dritte Option im Zeitablauf leicht angepasst, die Konstanz der Ergebnisse lässt aber vermuten, dass sich dadurch kein stärkerer Bias ergeben hat: 2006 hieß es *gleichzeitig (niedrige) Inflation und hohe Beschäftigung ansteuern, selbst wenn das mit etwas höherer Inflation einhergeht*; 2010 *gleichzeitig ein Inflationsziel und hohe Beschäftigung ansteuern*.

Abbildung 7



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2006-2015.

Damit passt das Meinungsbild hierzulande zur Rechtslage: Sowohl die Bundesbank in früheren Zeiten als auch seit 1999 die Europäische Zentralbank sind darauf verpflichtet (gewesen), stabile Preise als vorrangiges Ziel zu sehen – und im Falle der EZB nur unter Einhaltung dieses Ziels auch andere zu verfolgen. Die deutschen Ökonom_innen dürften sich damit aber deutlich abheben von denen in den USA, wo Preisstabilität und Beschäftigung als gleichrangige Ziele im Statut der Federal Reserve festgeschrieben sind – und dies auch von keinem größeren Protest unter Ökonom_innen begleitet ist, vielmehr weitgehend Konsens zu herrschen scheint. In Deutschland befürworteten alles in allem zuletzt immerhin fast 80 %, dass sich die Notenbank – ausschließlich oder prioritär – auf die Inflationsbekämpfung konzentriert.

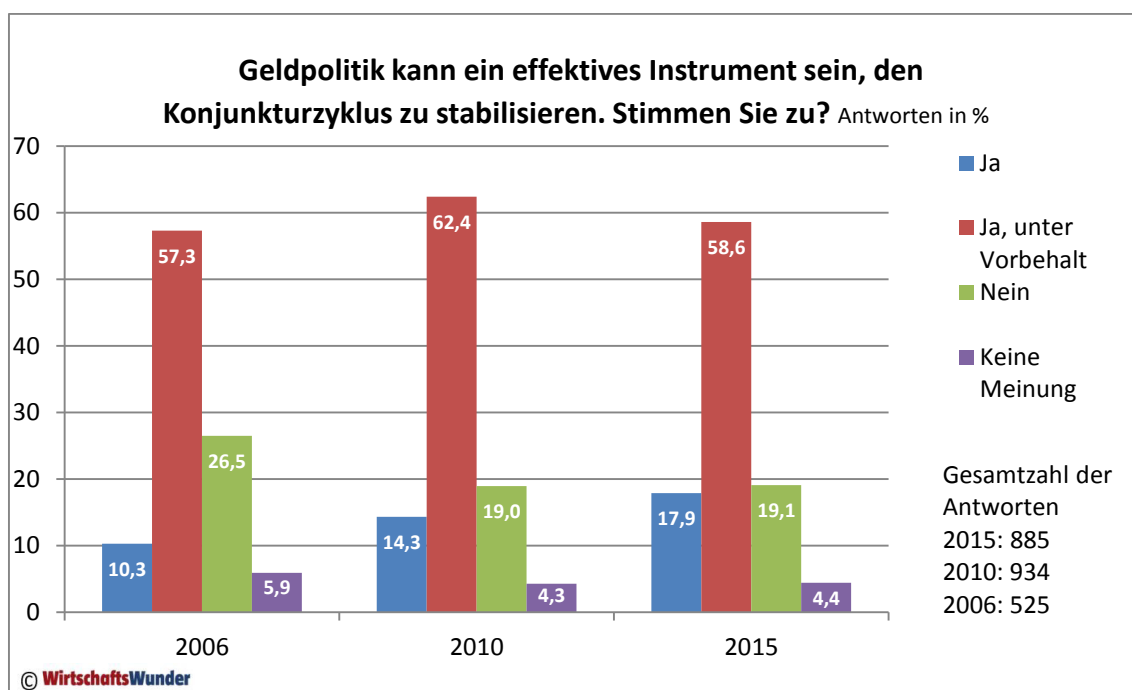
Auf ein ähnlich orthodoxes Grundverständnis der Geldpolitik deutet auch die Tatsache hin, dass weniger als 20 % der hiesigen Ökonom_innen den Notenbanken uneingeschränkt zutrauen, die Konjunktur stabilisieren zu können. Allerdings halten das 58,6 % der Befragten *unter Vorbehalt* für möglich. Und nur 19 % schließen es ganz aus.

Hier deutet sich in den vergangenen Jahren auch eine leichte, aber spürbare Abkehr von der Orthodoxie an. Noch 2006 stimmten lediglich 10,3 % der deutschen Ökonom_innen zu, dass die Geldpolitik *ein effektives Instrument sein kann, den Konjunkturzyklus zu stabilisieren*. Unmittelbar nach Ausbruch der Finanzkrise lag die Quote schon bei 14,3 % (2010), im Jahr 2015 bei

17,9 %. Der Anteil derjenigen, die Konjunkturpolitik durch Notenbank per se für Unsinn halten, fiel von 26,5 % 2006 auf rund 19 %.

Dass sich die Haltung in Sachen Geld und Währung auch in Deutschland wandelt, lässt ein Blick auf eine Frage aus den früheren Umfragen vermuten. Noch 1981 sagten 41 %, dass es für eine Notenbank wichtiger ist, das Geldangebot zu steuern als die Zinssätze. Ein Vierteljahrhundert später meinten das nur noch 16,3 %. Allerdings stimmten 2006 immer noch 37 % *unter Vorbehalt* zu, dass die Notenbank dafür sorgen sollte, die Geldmenge mit konstanter Rate wachsen zu lassen; in den USA meinten das in einer fast identisch formulierten Frage 2002 nur 22 %.

Abbildung 8

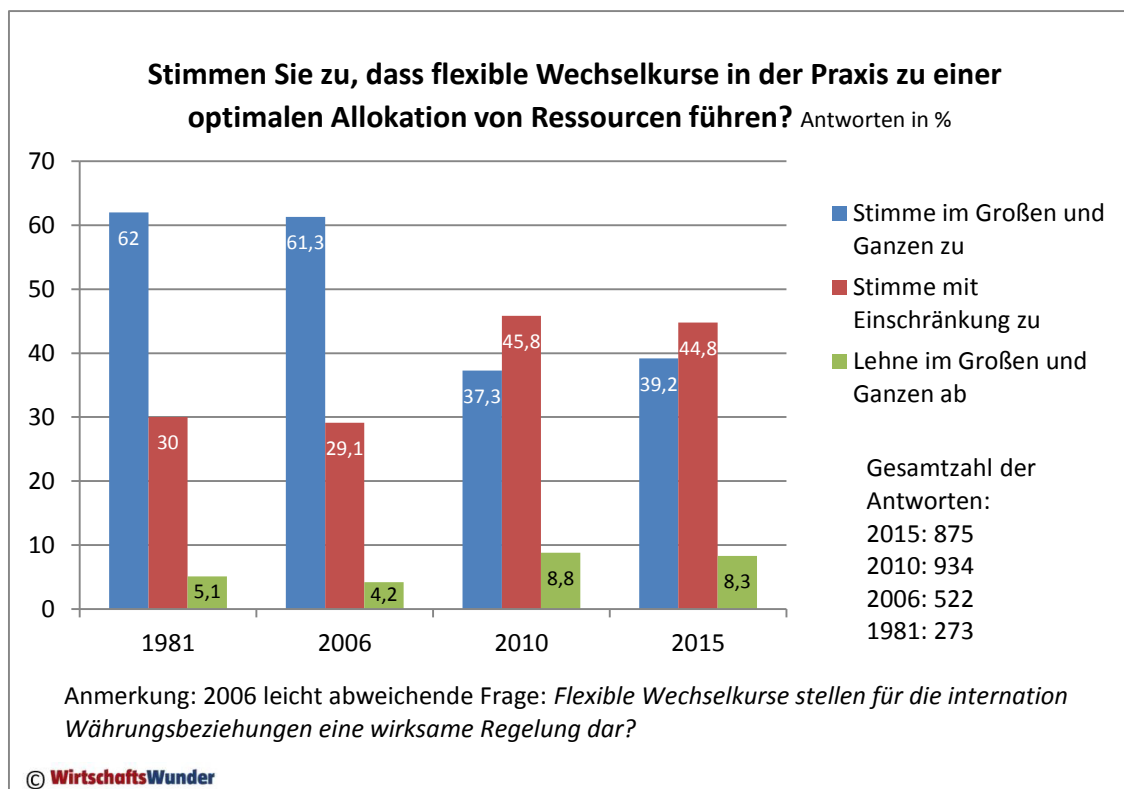


Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2006-2015.

Auf eine Abkehr vom grundsätzlich orthodox-marktwirtschaftlichen Verständnis lässt auch das offenbar stark geschwundene Vertrauen in die Effizienz freier Devisenmärkte schließen. Kurz vor der Krise hatten noch 61 % *im Großen und Ganzen* oder *mit Einschränkung* zugestimmt, dass *flexible Wechselkurse zu einer optimalen Allokation von Ressourcen führen*. Dies hat sich mit der Krise drastisch geändert. In den beiden Umfragen seither sahen das nur noch 37 und 39 % so.

Immerhin gut 40 % der deutschen Wirtschaftswissenschaftler_innen stimmen seit 2010 auch der Aussage, derzufolge *die Finanzkrise gezeigt hat, dass Spekulation destabilisierend statt stabilisierend wirken kann, stark* zu. Noch einmal rund 35 % stimmen dem *etwas* zu. Nach monetaristischer Lehre sollte die Spekulation ja stets stabilisierend wirken. Das sehen 2015 offenbar nur noch knapp 17 % so. Dem stehen kritischere Deutungsmuster entgegen, wonach Spekulation via Herdentrieb Übertreibungen eher verstärkt als dämpft.

Abbildung 9



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2006-2015; Schneider 1981.

Dass die Finanzkrise auch unter Deutschlands Ökonom_innen das Grundvertrauen in die Selbstheilung der Märkte erschüttert hat, werden wir noch an einigen Stellen verfolgen können. Ein bemerkenswert großer Teil der hiesigen Expert_innen unterstützt heute auch die Interventionen der Notenbanken in der Finanz- und Eurokrise – nach orthodoxem Verständnis eher kontraproduktiv, da es falsche Anreize setzt. Dazu folgt mehr in Kapitel 4.3. Zuvor geht es darum, ob und wie sich möglicherweise das Meinungsbild zu strukturell-mikroökonomischen Fragen gewandelt hat.

Struktur und Reformen

Vor allem in der Umfrage von 2006 – zur Hochzeit der Debatten um die Agenda 2010 – wurden die hiesigen Ökonom_innen zu einer Reihe struktureller Probleme der deutschen Wirtschaft befragt. Dabei bestätigte sich, dass das Gros gemäß der damals herrschenden Angebotslehre entsprechenden Reformen grundsätzlich positiv gegenüber stand und die Wirkung anschließend tendenziell eher positiv bewertete, sich im Detail allerdings auch hier alles andere als ein einheitliches Meinungsbild ergibt.

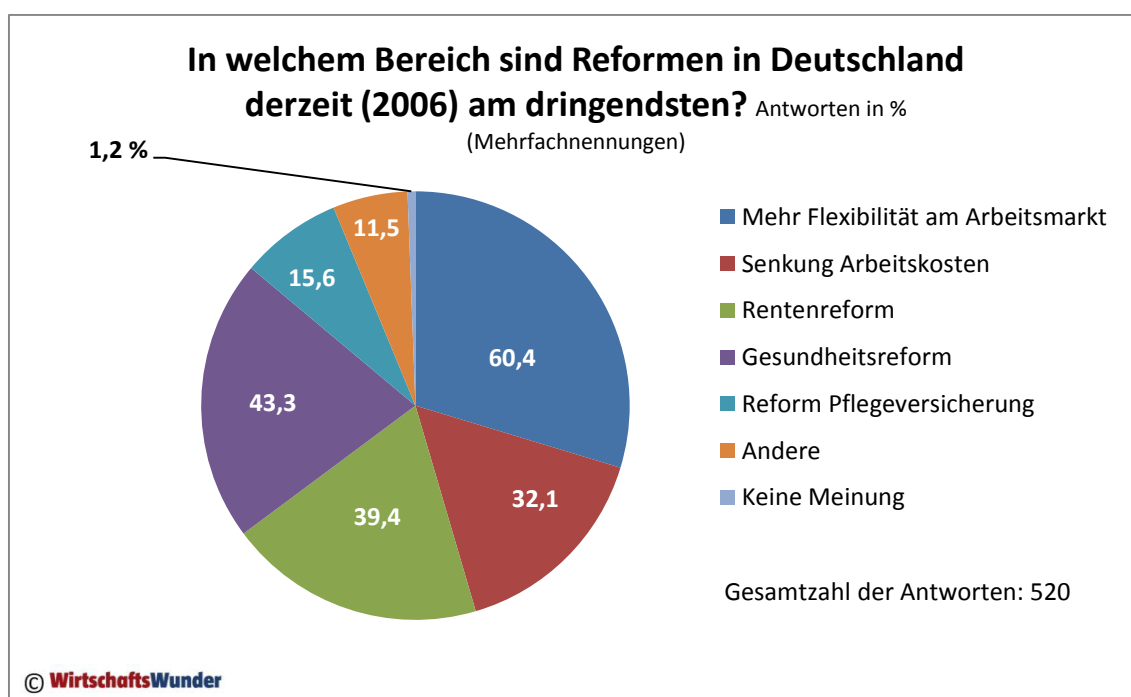
Besonders auffällig war die angebotsorientiert-neoklassische Haltung noch 2006 bei fast allen Fragen zum deutschen Arbeitsmarkt. Immerhin fast jede_r vierte Befragte (22,7 %) befand es da noch für *nötig und sinnvoll*, dass in Deutschland das allgemeine Lohnniveau *sehr deutlich* oder

zumindest ein wenig sinkt – obwohl es damals ja schon einige Jahre deutliche (relative) Lohnzurückhaltung gegeben hatte. Für zwei Drittel ging es dagegen eher um eine *stärkere Differenzierung* der Löhne – also eine größere Ungleichheit. Dass die Löhne wieder kräftiger steigen sollten, meinten – trotz des damals bereits fortgeschrittenen Rückgangs der Arbeitslosigkeit – gerade 3,9 %.

Mehr als zwei Drittel der Befragten stimmten damals auch der Aussage *im Großen und Ganzen* oder zumindest *mit Einschränkung* zu, dass die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften *wesentlich eingeschränkt werden sollte*. Diese Frage war schon 1981 gestellt worden – damals lehnten immerhin noch knapp 44 % (2006: nur noch 28,9 %) eine solche Entmachtung ab.

Gespaltener war das Fach, wenn es um Lösungen im Detail ging¹⁸. Um den Niedriglohnsektor auszuweiten, befürworteten 2006 knapp 40 % den Vorschlag des damaligen Ifo-Chefs Hans-Werner Sinn, eine *aktivierende Sozialhilfe* (auf niedrigem Niveau) einzuführen. Dagegen sprachen sich 36 % für die US-Variante einer negativen Einkommensteuer für Geringverdiener_innen aus (*earned income tax*). Für fast 90 % war es damals wichtig, die Lohnnebenkosten zu senken, für 63 %, den Kündigungsschutz deutlich zu lockern - alles klar angebotsorientierte Maßnahmen. Immerhin knapp 45 % fanden, dass es wichtig wäre, (auch) die Konjunktur zu stärken; und 48,3 % fanden es *grundsätzlich akzeptabel*, Reformen auch einmal auf Kredit zu finanzieren.

Abbildung 10



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2006.

¹⁸ Von den folgenden Möglichkeiten konnten die Befragten mehrere wählen (Mehrfachnennung)

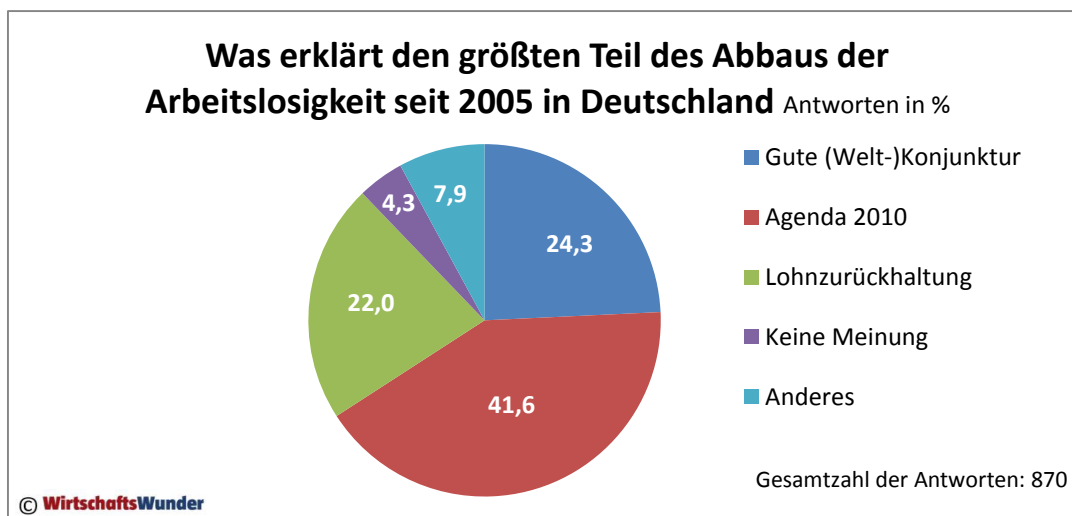
Einem nennenswerten Teil (gut 40 %) der Ökonom_innen gingen 2006 jene Reformpläne nicht schnell genug, nach denen das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht werden sollte; noch einmal 17 % fanden, die Erhöhung müsse darüber hinausgehen. Immerhin gut 50 % hielten 2006 dabei auch absolute Rentenkürzungen für nötig – und zu knapp 60 % eine obligatorische Kapitaldeckung in der Rentenversicherung.

Ähnliche Klagen wurden in Sachen Steuern laut: Knapp 40 % der deutschen Ökonom_innen schätzten die Steuerbelastung nach diversen Reformen 2006 immer noch *grundsätzlich* als zu hoch ein. Knapp 48 % meinten dagegen, die Steuerlast nicht grundsätzlich zu hoch.

Bemerkenswert ist aus heutiger Sicht, dass die Reformen der Agenda 2010 zu dieser Zeit (2006) noch bestenfalls als erste Schritte in die richtige Richtung galten – und davon nach vorherrschendem Tenor noch mehr folgen müssten, um Deutschland wieder ‚fit‘ zu machen. Gut 60 % fanden in diesem ersten vollen Regierungsjahr von Angela Merkel, dass eine (weitere) Flexibilisierung des Arbeitsmarkts für Deutschland als Reform *am dringendsten* war.¹⁹ In Wirklichkeit setzte damals die Besserung ein, ohne dass seit 2006 auch nur eine der laut Umfrage damals stark geforderten großen Maßnahmen noch umgesetzt wurde, mit Ausnahme der Rente mit 67: Weder wurde der Kündigungsschutz nennenswert weiter gelockert, noch das allgemeine Lohnniveau gesenkt. Die Arbeitslosigkeit ging in Deutschland dennoch seither von gut 5 auf nur noch etwa 2,8 Millionen Betroffene zurück - was einen Großteil der Befragten in den späteren Umfragen nicht davon abhielt, diesen anfangs weitgehend unerwarteten Rückgang dann doch auf (alte) Strukturreformen zurückzuführen (die ja kurz zuvor noch mehrheitlich als unzureichend eingestuft worden waren).

¹⁹ Da zu diesem Zeitpunkt alle großen Reformen der Agenda 2010 samt Hartz-Reformen bereits umgesetzt waren, sind die Antworten so zu verstehen, dass eine weitere, also zusätzliche Flexibilisierung ‚dringlich‘ ist; dies entsprach auch dem damals vorherrschenden Tenor - erst mit dem Aufschwung wandelte sich die Deutung dahingehend, dass die Agenda (doch) schon sehr positiv gewirkt hatte.

Abbildung 11



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

Dass die Arbeitslosigkeit seit 2005 stark gesunken ist, begründeten die Befragten schon 2010 – erstaunlicherweise – zu 36,2 % mit den *Reformen der Agenda 2010* und zu 22,4 % mit der (früheren) Lohnzurückhaltung. Zehn Jahre nach Einführung von Hartz IV befanden zusammen sogar 63,6 %, dass der drastische Rückgang der Arbeitslosigkeit *zum quantitativ größten Teil* mit Agenda und Lohnmäßigung zu tun hatten. Nur 24,3 % (2010: 33,3) % führten den positiven Trend überwiegend auf *eine gute (Welt-)Konjunktur und ein insgesamt für Deutschland günstiges makroökonomisches Umfeld* zurück. Mehr noch: Fast 50 % stimmten 2015 der Aussage zu, dass Deutschland sich durch die Reformen der Agenda 2010 *weitgehend fit gemacht hat für die kommenden Jahre*. Nur noch ein Fünftel meinte da, es bräuchte noch viel radikalere Reformen (wie 2006 die meisten Befragten noch gefordert hatten). Für ebenfalls ein Fünftel hat der Erfolg umgekehrt *nur sehr bedingt mit den Agendareformen zu tun*.

Das Schizophrene an diesen Antworten scheint: Zwar sieht immer noch ein guter Teil der Ökonom_innen die Agenda als etwas, das im angebotspolitischen Sinne positiv gewirkt hat. Andererseits scheinen angesichts der positiven Entwicklung der Wirtschaft seit 2006 die Zeiten vorbei, in denen ein Großteil der Ökonom_innen noch viel radikalere Reformen für nötig hielt. Dahinter könnte sich auch ein grundsätzlicherer Paradigmenwandel verbergen.

*

Die Quintessenz mag je nach Thema durchaus schwanken, gilt im Grunde aber für alle Bereiche der großen Umfragen seit 1981:

- (1) Es gibt in so gut wie keinem der abgefragten Themenfelder Positionen, die von den befragten deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftler_innen quasi einheitlich vertreten werden, im Gegenteil: Die Zustimmungsqoten liegen selten über Werten von 60 %; in

vielen Fragen gibt es sogar gleich große Lager mit gegenteiliger oder sehr unterschiedlicher Einschätzung; das spricht per se erst einmal für mehr Pluralität, als es oft den Anschein haben mag;

- (2) Dennoch sind in dieser vermeintlichen Pluralität deutliche Verschiebungen von Mehrheits- oder Minderheitsmeinungen erkennbar, die ein jeweils dominierendes Paradigma (auch) in der Wirtschaftspolitik reflektieren – seit Mitte der 70er-Jahre lange Zeit hin zu einer angebotsorientierten Weltsicht;
- (3) Seit der Finanzkrise scheinen sich die relativen Positionen in der Gesamtheit der Ökonomen-schaft wieder weg von der reinen Angebotslehre zu bewegen.

Im Folgenden gehen wir daher der Frage nach, inwieweit dieser grundlegende Trend in der Ökonomen-schaft auch durch eine entsprechende Entwicklung der Positionen der führenden Ökonomen_innen in Deutschland begleitet wird.

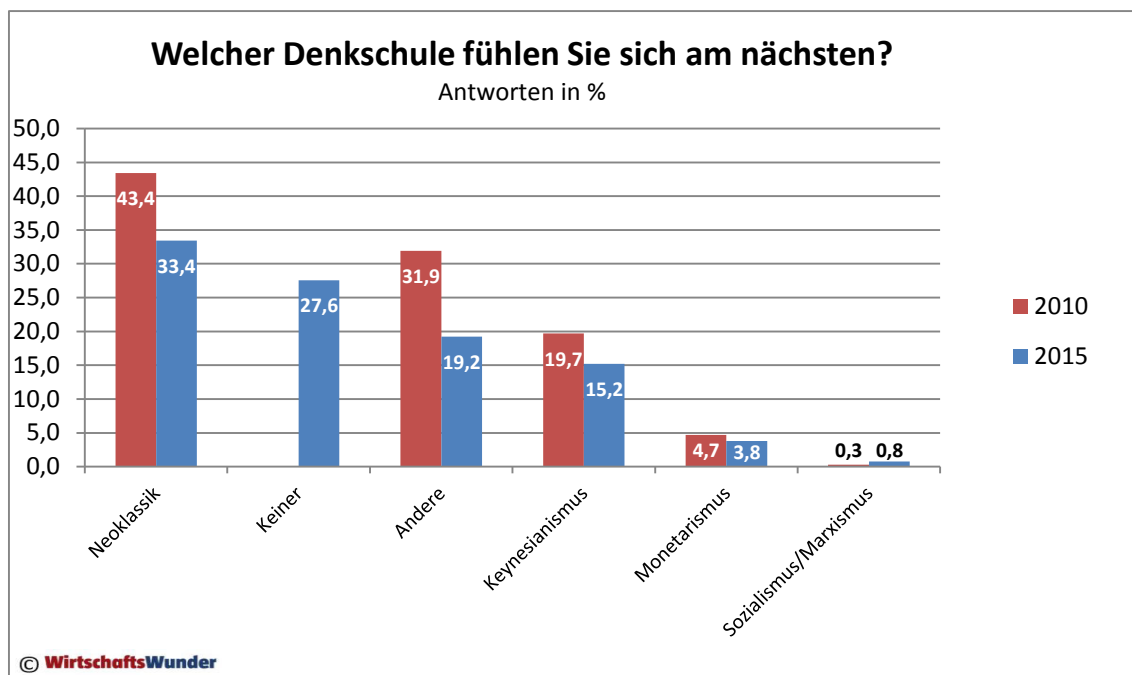
4.3 Klassensprecher_innen ohne Mehrheit

Der Trend weg von einer angebotsorientierten, ordoliberalen oder neoklassischen Lehre lässt sich nicht nur aus den zitierten Antworten auf praktische finanz- und geldpolitische Fragen erkennen. Es gibt auch Indizien für eine solche Abkehr, die sich aus akademisch orientierten Fragen erkennen lassen. So fiel der Anteil der Ökonomen_innen, die sich der Neoklassik *am nächsten* fühlen, von 43,4 % 2010 auf 33,4 % 2015.²⁰ Noch 2006 hatten mehr als 80 % *stark* (30,8 %) oder *etwas* (50 %) zugestimmt, dass die neoklassische Theorie zur Lösung aktueller Probleme wichtig ist.²¹

²⁰ In der Umfrage 2015 wurde auf Wunsch von Teilnehmer_innen erstmals die Option geboten, sich *keiner Denkschule am nächsten* zu fühlen; allerdings war es auch vor 2015 schon möglich, eine *andere* Schule anzugeben, und es ging auch früher schon darum, welcher Denkschule sich der Befragte *am nächsten fühlt* – nicht, welche er sich angehörig fühlt.

²¹ Diese Frage wurde seitdem nicht mehr gestellt.

Abbildung 12

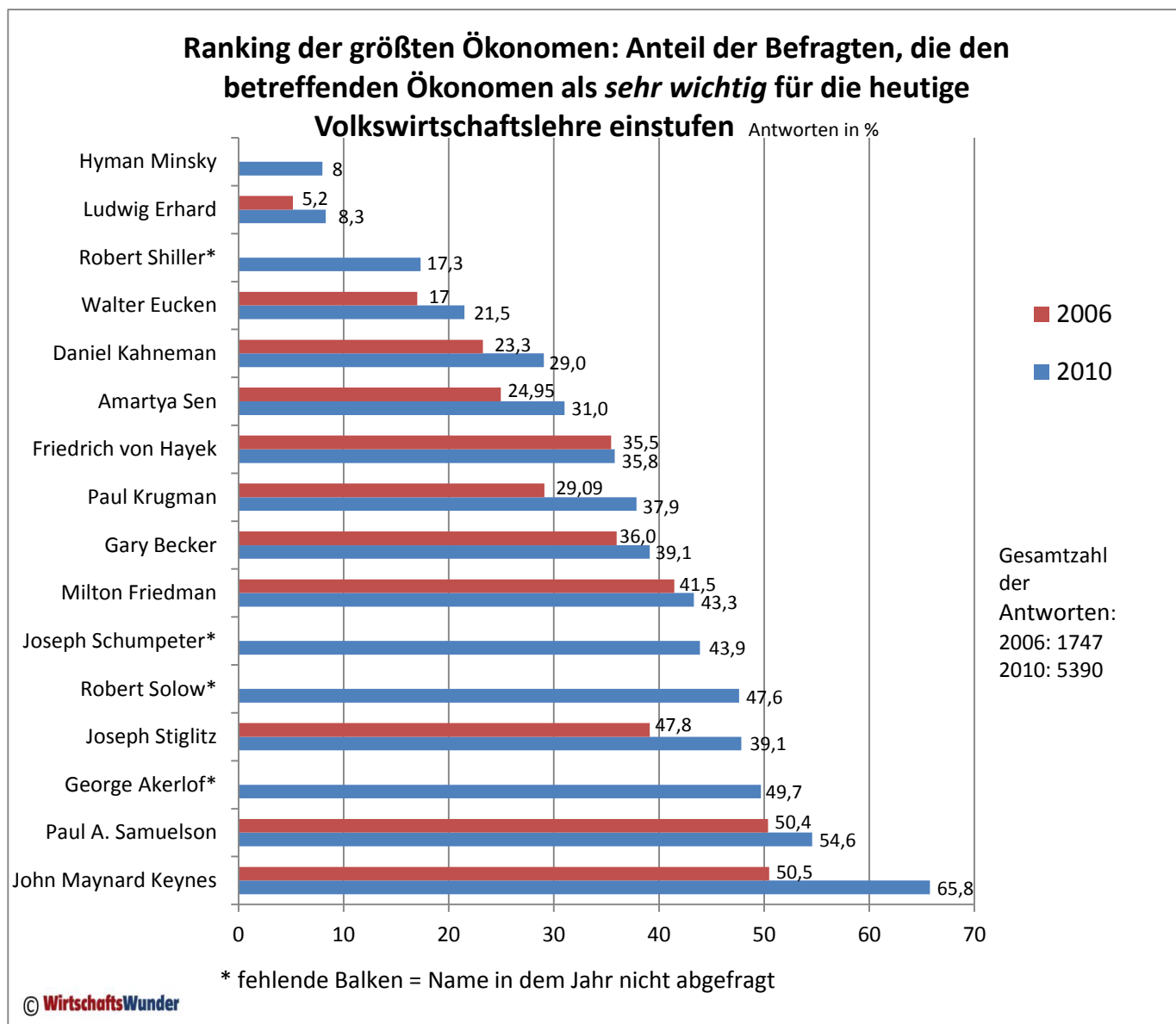


Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2010-2015.

In der ersten Umfrage nach Ausbruch der Finanzkrise stuften 2010 unvermittelt 65,8 % der Befragten John Maynard Keynes (wieder) als *sehr wichtig für die heutige Volkswirtschaftslehre* ein; diese Quote hatte kurz vor der Finanzkrise bei lediglich 50,5 % gelegen. Dabei galt Keynes unter Angebotslehrer_innen als verpönt. Deutlich erhöhte Werte in dieser Kategorie bekamen 2010 auch keynesianisch orientierte internationale Ökonom_innen wie Krugman (37,9 statt 29,1 % 2006) und Stiglitz (47,8 statt 39,1 %).

Dass gerade Krugman und Stiglitz an der deutschen Ökonom_innenbasis an Ansehen gewannen, ist umso pikanter, als die beiden Starökonomen seit Ausbruch der Krise zunehmend in offenen Streit mit führenden Vertreter_innen des Fachs in Deutschland kamen – ebenso wie mit dem Bundesfinanzminister – und letztere zunehmend allergisch auf US-Ökonom_innen (nicht nur Krugman und Stiglitz) reagierten. Wir kommen darauf zurück.

Abbildung 13



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2006-2010.

All das legt umso mehr die Frage nahe, ob und inwieweit die Klassensprecher_innen hierzulande an Repräsentativität für das Fach verloren haben. Wobei wir nicht annehmen, dass der Erkenntnisfortschritt eine Frage von Mehrheiten ist – das muss nicht, kann aber sein; zumindest sollte eine Minderheit aber besonders gut argumentieren können, um die Mehrheit früher oder später zu überzeugen.

Um dieser Frage nun näher nachgehen zu können, greifen wir als Referenz im Wesentlichen auf die im ersten Kapitel identifizierten Positionen zurück, die der Sachverständigenrat stellvertretend für andere führende Fachvertreter_innen wie etwa die Bundesbank und Institutspräsident_innen wie Hans-Werner Sinn in den großen wirtschaftspolitischen Streitfragen vertreten

(vgl. S. 4-5). Diese können wir nun mit dem relativen Gewicht dieser Positionen in Vergleich setzen, wie sie sich aus den repräsentativen Umfragen für die Gesamtheit der Ökonomenschaft erkennen lassen.

4.3.1 Eurorettungspolitik

In dieser Frage lohnt es, noch ein Jahr vor das zitierte Gutachten von 2014/15 zurückzugehen. Der Sachverständigenrat räumt Ende 2013 ein, es habe zwar beruhigend auf die Finanzmärkte gewirkt, dass EZB-Chef Mario Draghi im Sommer 2012 angekündigt habe, alles zu tun, um den Euro zu garantieren (Outright-Monetary-Transactions (OMT)). Die Mehrheit der Sachverständigen macht aber keinen Hehl daraus, dass sie derlei Interventionen grundsätzlich ablehnen. So würden Fehlanreize gesetzt, der Druck zu Strukturreformen genommen, die gegenseitige Abhängigkeit von Staaten und Banken noch verstärkt. Die Leitzinsen müssten nach gängigen Regeln (Taylor Rule) wieder steigen.

Der Rat enthält sich ausdrücklich einer Antwort auf die (juristische) Frage, ob die EZB mit dem Aufkauf von Staatsanleihen ihr Mandat überschreitet – führt dann allerdings eine Reihe ökonomischer Argumente an, die darauf hindeuten,²² dass die Trennlinie zwischen Geld- und Finanzpolitik durch die OMTs verwischt werde. Sehr viel offensiver – und publikumswirksamer – geben sich eine Reihe führender Ökonom_innen um Hans-Werner Sinn. Als das Bundesverfassungsgericht im Sommer 2013 Expert_innen anhört, stützen vier der fünf Professoren die Zweifel an der Mandatstreue (vgl. Fricke 2013). Der Sachverständigenrat lehnt Ende 2014 weitere quantitative Maßnahmen ab – solange keine Deflation eingetreten ist.

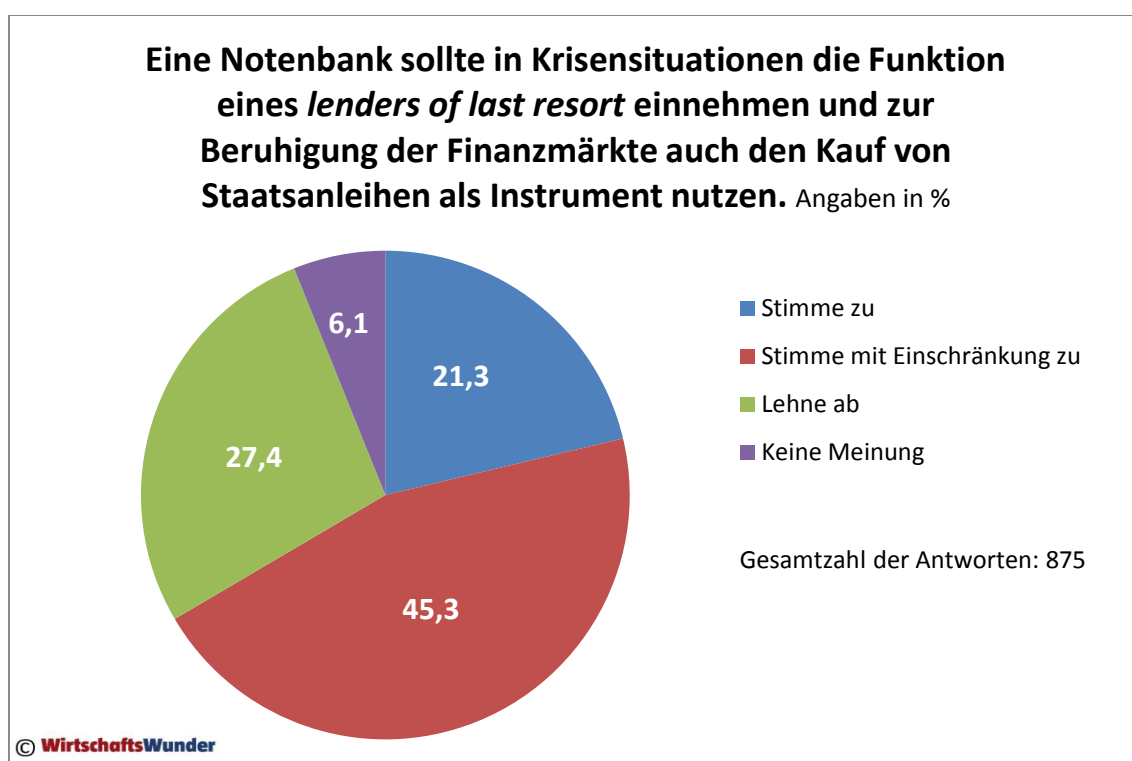
Bei allen Nuancen im Detail: Der Eindruck, dass die vehemente Ablehnung des EZB-Kurses repräsentativ für die Expertenmeinung ist, muss in dieser Zeit entstehen. Wie repräsentativ ist das tatsächlich?

Erstmals dazu befragt wurden die Wirtschaftswissenschaftler_innen in der großen Umfrage 2015. Da stimmte bereits gut jeder bzw. jede fünfte deutsche Ökonom_in uneingeschränkt zu, dass *eine Notenbank in Krisensituationen die Funktion eines Lenders of Last Resort einnehmen – und zur Beruhigung der Finanzmärkte auch den Kauf von Staatsanleihen als Instrument nutzen sollte*. Mit Einschränkung stimmten dieser Aussage weitere 45,3 % zu – wobei einiges dafür spricht, dass sich in dieser Position auch jene wiederfinden, die solche Interventionen nur für gut befinden, wenn sie mit einer Konditionalität (für die Finanzpolitik) verbunden ist, um große Fehlanreize zu vermeiden. Nur gut jeder vierte unter den deutschen Ökonom_innen lehnte selbst für solche Krisenfälle ab, dass Notenbanken als letzte Instanz eingreifen. Nur sechs % haben dazu *keine Meinung* – gemessen an den Ergebnissen bei anderen Fragen ein sehr geringer Wert.

²² http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/dokumente/JG13_III.pdf, S. 118 ff.

Dass dieses Urteil auch für die Europäische Zentralbank und den Sonderfall des Euroraums gilt, zeigen die Antworten auf die nächste Frage. Nur 36,2 % der Befragten vertreten 2015 die radikale Kritik, dass die EZB ihr Mandat überschritten habe und deshalb auch nicht mit Staatsanleihenkäufen hätte intervenieren dürfen – so wie es Sinn wortstark argumentierte. Ein weiteres gutes Drittel der Befragten (34,5 %) zweifelte zwar, dass die EZB innerhalb ihres eigentlichen Mandats blieb – befand aber, dass die Intervention dennoch richtig war. Und: Immerhin fast jeder Fünfte (19,2 %) fand, dass die Währungshüter_innen den Auftrag, die Stabilität der Währung zu garantieren und ein Unterschreiten des Inflationsziels zu verhindern, mit ihrer Intervention sogar explizit erfüllt haben. Sprich: Nur jeder Dritte deckt, was auch der Sachverständigenrat im Grunde vertritt.

Abbildung 14



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2015.

Eine klare Mehrheit für die polternde Kritik an der EZB lässt sich damit in keiner der beiden Antworten erkennen. Im Gegenteil. Dabei ist anzumerken, dass auch die Sachverständigen bereits von der normativen Kraft des Faktischen – der anhaltenden Finanzkrise – beeinflusst waren und von einer kategorischen Ablehnung der EZB-Intervention zurückschreckten. Nach reiner Angebotslehre hätte es eine sich selbst verstärkende Krise an den Märkten gar nicht geben dürfen – und daher auch weder eine Rettung von Staaten noch von Banken. Dies dürfte auch erklären, warum in den Verträgen zur Währungsunion – die zu Hochzeiten des liberalen Paradigmas entworfen wurden – nirgends die potenzielle Notwendigkeit eines *lenders of last resort* vorgesehen wurde; und sogar verboten wurde, dass die Gemeinschaft für einen einzelnen Staat einsteht (No-bail-out-Klausel). So ein kategorisches Verbot macht nur unter der Annahme Sinn, dass es

auf effizienten Finanzmärkten zu keinen systemischen Krisen kommen kann, in denen Staaten über Ansteckungseffekte auch unverschuldet (oder teilverschuldet) in eine Marktpanik und Zahlungsunfähigkeit geraten können – so wie sich dies im Sommer 2012 für große Euroländer auf gefährliche Art andeutete.

4.3.2 Deutsche Leistungsbilanzüberschüsse

Der Sachverständigenrat zeigt in seinen jüngsten Gutachten wenig Verständnis für Kritik an den hohen Überschüssen in der deutschen Leistungsbilanz – und für Forderungen, diese durch eine Stützung der Binnennachfrage und entsprechend höherem Import von deutscher Seite abbauen zu helfen. Ähnliches gilt für die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, die das vermeintliche Problem hoher deutscher Leistungsbilanzüberschüsse in den Frühjahrs- und Herbstgutachten in der Regel nicht einmal thematisieren.²³ Dies steht in zunehmend auffälligem Widerspruch zur internationalen Kritik, der sich mit der Zeit der Internationale Währungsfonds, die OECD und die EU-Kommission anschlossen.

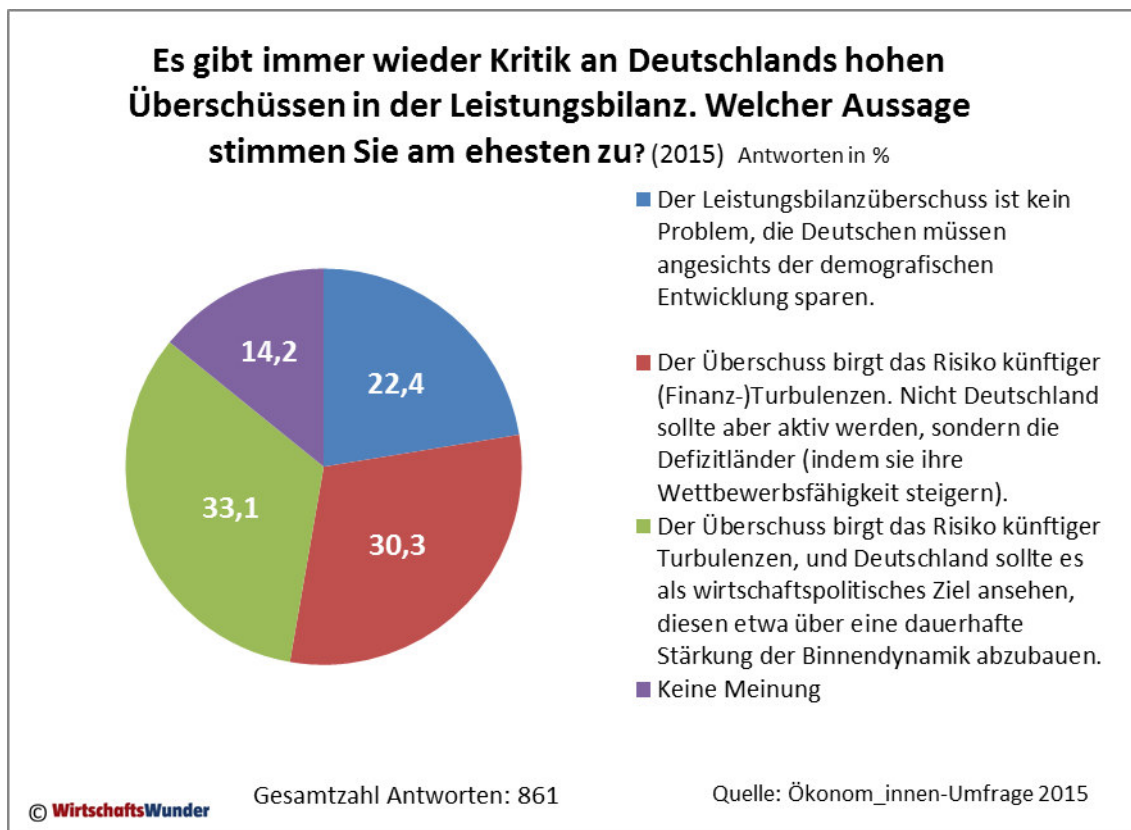
Auch hier lassen die Umfrageergebnisse daran zweifeln, dass die quasioffizielle deutsche Position unter hiesigen Wirtschaftswissenschaftler_innen (noch) repräsentativ ist. Schon in der Befragung 2010 antworteten immerhin knapp 32 % der deutschen Ökonom_innen, dass sie es für wünschenswert hielten, wenn Deutschland sehr hohe Leistungsbilanzüberschüsse (...) künftig vermeidet. Damals lagen diejenigen, die in den Ungleichgewichten kein deutsches Problem sahen, mit 48 % knapp unter der Hälfte. Jeder fünfte Befragte hatte zu der Frage keine Meinung.

Immerhin fast die Hälfte (46,2 %) befand 2010 wie 2015, dass es hier Korrekturbedarf gebe – und Deutschland den Anteil der Binnenwirtschaft am Wirtschaftswachstum zumindest graduell erhöhen sollte. Ein Viertel der Expert_innen meinte in der jüngsten Umfrage dagegen, die Politik habe auf die Leistungsbilanz ohnehin keinen Einfluss. Und nur ein Fünftel sieht – wie im Grunde der SVR – überhaupt keinen Korrekturbedarf. Auch hier vertritt der SVR damit offenbar eine (klare) Minderheitsmeinung.

Noch klarer wird das Meinungsgefälle in den Antworten zu einer weiteren Frage 2015. Darin befinden gerade 22,4 % der Ökonom_innen landesweit, dass der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz – wie der SVR meint – kein Problem sei (weil etwa die Deutschen angesichts der demografischen Entwicklung mehr sparen als ausgeben müssen). Dass dieser Überschuss durchaus das Risiko künftiger (Finanz-)Turbulenzen birgt, befürchten dagegen zwei von drei Befragten (63,4 %) – von denen wiederum etwa die eine Hälfte meint, die Lösung liege bei den Defizitländern, und die andere die Deutschen in der Verantwortung sieht. Dabei stimmen 33,1 % zu, dass Deutschland es als wirtschaftspolitisches Ziel ansehen sollte, den Überschuss etwa über eine dauerhafte Stärkung der Binnendynamik zu reduzieren.

²³ In den maßgeblichen Tabellen makroökonomischer Entwicklungen ist teils gar nicht aufgeführt, wie sich die Leistungsbilanz überhaupt entwickelt.

Abbildung 15



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

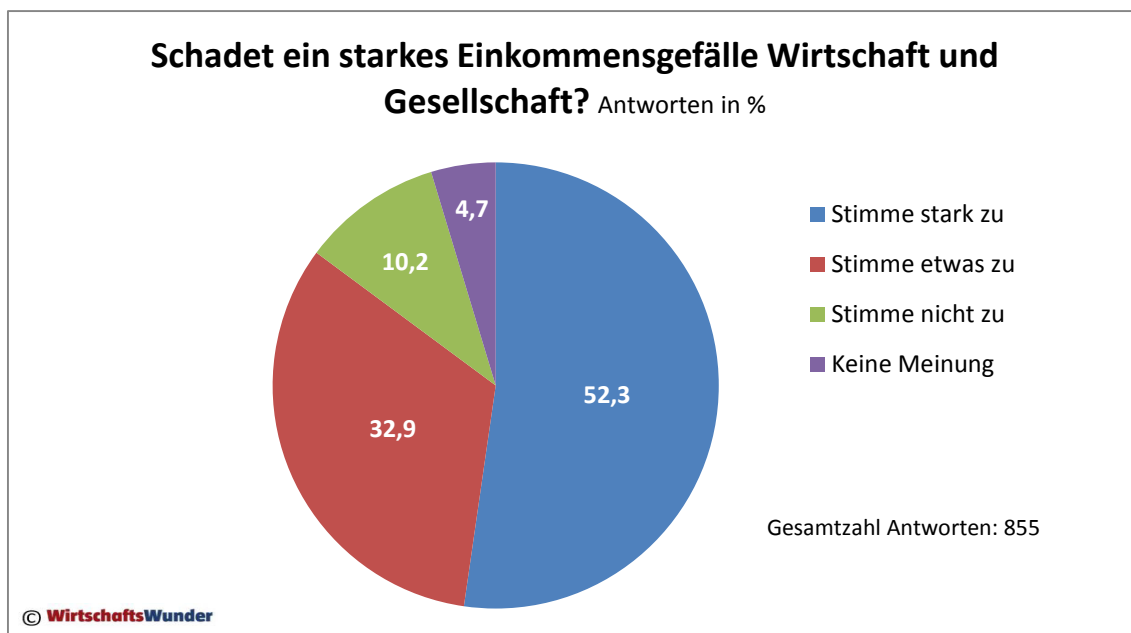
Hier drängt sich noch stärker der Schluss auf, dass der Sachverständigenrat eher eine Minderheitsposition vertritt – und damit auch die Bundesregierung, die es ähnlich klar ablehnt, zum Abbau des Außenüberschusses aktiv zu werden. Eine Minderheit – nicht nur gemessen an dem, was international in der akademischen Welt und in der Wirtschaftsberatung gang und gäbe zu sein scheint, sondern auch daran, was die meisten hiesigen Kolleg_innen denken.

4.3.3 Reichtumsgefälle

Die Sachverständigen wehren sich grundsätzlich gegen die Diagnose, dass – zumindest in Deutschland – die Ungleichheit von Einkommen nennenswert gestiegen sei. Daher gebe es auch keinen Handlungsbedarf. Nach orthodoxer Lehre gilt als Leitmotiv sogar, dass eine höhere Differenzierung der Einkommen die Anreize erhöht, mehr zu arbeiten und zu leisten. Dass Einkommen und Vermögen zu stark auseinander driften können, ist bei Annahme effizient wirkender Marktmechanismen schwer vorstellbar – zumal, so der Rat, über Steuern und Transfers in Deutschland schon sehr viel (zu viel) umverteilt wird.

Zwar wurde in den Umfragen unter deutschen Ökonom_innen nicht gezielt nach einem Befund für Deutschland gefragt, also: ob das Gefälle hoch, niedrig, gestiegen oder gefallen ist. Ziemlich klar erkennbar ist allerdings eine sehr grundlegende Abkehr vom angebotspolitischen Leitgedanken.

Abbildung 16



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2015

Dass Verteilungsfragen bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen künftig stärker berücksichtigt werden sollten – dem stimmten 2010 gerade einmal 29 % der Befragten *stark* zu. Im Jahr 2015 lag die Quote schon bei 40,2 % – womöglich auch unter dem Eindruck des Buchs von Thomas Piketty, das in dieser Zeit für Furore sorgte und sich mit dem langfristigen Trend zu steigender Ungleichheit von Vermögen beschäftigt. Nur noch 17,4 % der deutschen Ökonom_innen sagt 2015, dass Verteilungsfragen nicht stärker berücksichtigt werden sollten.

Noch klarer scheint der Sinneswandel bei der Frage nach den möglichen ökonomischen Folgen von hoher Ungleichheit. Mehr als die Hälfte (52,3 %) stimmt mittlerweile *stark zu*, dass eine sehr ungleiche Einkommensverteilung *mehr ökonomisch-soziale Schäden als Nutzen* mit sich bringt. Fünf Jahre zuvor sahen das nur 43 % so. Nur noch jeder Zehnte ist anno 2015 der Meinung, dass selbst eine sehr ungleiche Verteilung ohne negative wirtschaftliche Folgen bleibt.

In Ländern mit besonders hohem Einkommensgefälle wie den USA könnte es nach Ansicht fast jedes Zweiten unter den Wirtschaftswissenschaftler_innen heute sinnvoll sein, Einkommen stärker progressiv zu besteuern – das heißt, die Steuersätze ab einem bestimmten Verdienst prozentual immer weiter zu erhöhen. Das ist in etwa das Gegenteil von dem, was Angebotstheoretiker_innen über drei Jahrzehnte gepredigt haben.

4.3.4 Mindestlohn

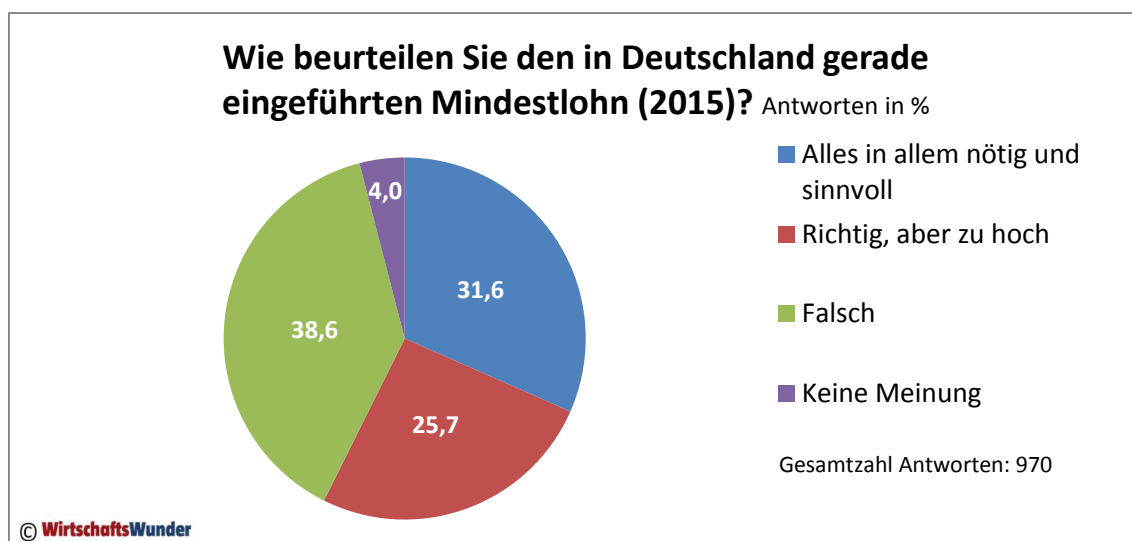
Auffällig einmütig fällt in den führenden Denkerstuben anno 2014 das Urteil über die gerade beschlossene Einführung eines Mindestlohns in Deutschland aus: Diese Untergrenze drohe Arbeitsplätze zu kosten – und hätte am besten gar nicht beschlossen werden sollen. So argumen-

tierte nicht nur der SVR, sondern auch die führenden Forschungsinstitute und besonders prominent Hans-Werner Sinn. Klar: Nach herrschender Angebotslehre kann der Lohn am besten ganz frei durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Wo der Mindestlohn nun beschlossen sei, sollte er überprüft und korrigiert werden, so der SVR im Herbst 2014.

Dass man als Ökonom oder Ökonomin da durchaus anderer Meinung sein kann, lassen internationale Studien vermuten – die empirischen Befunde sind zumindest alles andere als eindeutig. Und das scheint kein neues Phänomen zu sein. So widersprachen 1981 in Deutschland 29,7 % der befragten Wirtschaftswissenschaftler_innen der Aussage, dass *ein Minimallohn* die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und ungelernten Arbeitnehmer_innen erhöhe; in den USA stimmten dem nur 34 % ganz klar zu, 39 % dagegen nur unter Vorbehalt – und 18 % überhaupt nicht (vgl. Colander 2002).

Genau das spiegelt sich auch in der deutschen Umfrage ein paar Jahrzehnte später noch – und sogar noch deutlicher. So urteilten in der Befragung 2015 immerhin 31,6 %, dass sie den Mindestlohn von 8,50 € *alles in allem für nötig und sinnvoll* halten – jeder Dritte also. Für weitere 25,7 % bewerten den Mindestlohn ebenfalls als sinnvoll, nur dass sie bemängeln, dass er mit 8,50 € zu hoch angesetzt sei.

Abbildung 17



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

Nimmt man beide Positionen zusammen, haben in Deutschland immerhin 57,3 % kein grundsätzliches Problem mit einem Mindestlohn – im Gegenteil. Die Grundsatzskeptiker_innen, die wie Sachverständige und Institutsvertreter_innen solch eine Untergrenze per se für falsch halten (sofern man sie nicht so niedrig ansetzt, dass sie ohnehin keinen Sinn macht), sind somit auch hier in der Minderheit (38,6 %). Nur etwas mehr als jeder Dritte unter den Wirtschaftswissenschaftler_innen im Land ist tatsächlich gegen einen Mindestlohn.

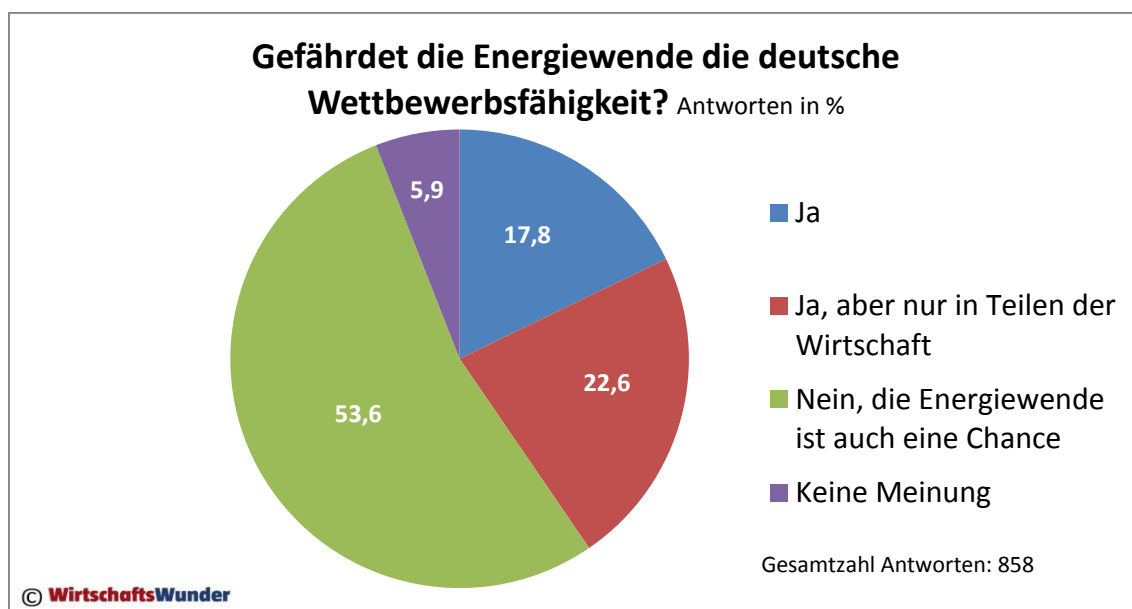
4.3.5 Energiewende

Wie viele Ökonom_innen, die sich an den Debatten beteiligen, äußert sich auch der Sachverständigenrat nach 2011 konsequent kritisch zu den ökonomischen Effekten und Erfolgsaussichten der Energiewende. Statt zu subventionieren – was für die Wirtschaft teuer sei – solle die Regierung viel mehr auf den Markt setzen.

Zwar lassen sich die Positionen des Sachverständigenrats hier nur sehr indirekt mit den Ergebnissen der Umfragen vergleichen. Der Befund scheint aber in eine ähnliche Richtung zu gehen wie bei den vorangegangenen Themen. Alles in allem scheinen die Ökonom_innen an der Basis hier deutlich weniger kategorisch zu urteilen. Nur 17,8 % stimmen 2015 zu, dass die Energiewende so, wie sie von der Bundesregierung betrieben wird, eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist. Gut 22 % meinen, dass das nur für Teile der Wirtschaft gilt, etwa energieintensive Branchen. Mehr als die Hälfte der deutschen Wirtschaftswissenschaftler_innen sehen in der Energiewende dagegen auch eine Chance für die deutsche Wirtschaft.

Auf ein ähnlich differenziertes Urteil lässt auch schließen, dass nur jede_r vierte Befragte der Meinung ist, Klimapolitik sei in jedem Fall mit Kosten verbunden, die zwangsläufig dazu führen, das Produktionspotenzial der Wirtschaft zu reduzieren. Auch hier halten mehr als 50 % dagegen: Eine ambitionierte Klimapolitik müsse nicht zwangsläufig zu höheren Kosten und weniger Dynamik führen. Vielmehr biete sie auch Potenzial für Innovationen, stärkere Nachfrage und höhere Produktivität.

Abbildung 18



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

4.3.6 Lohnverzicht

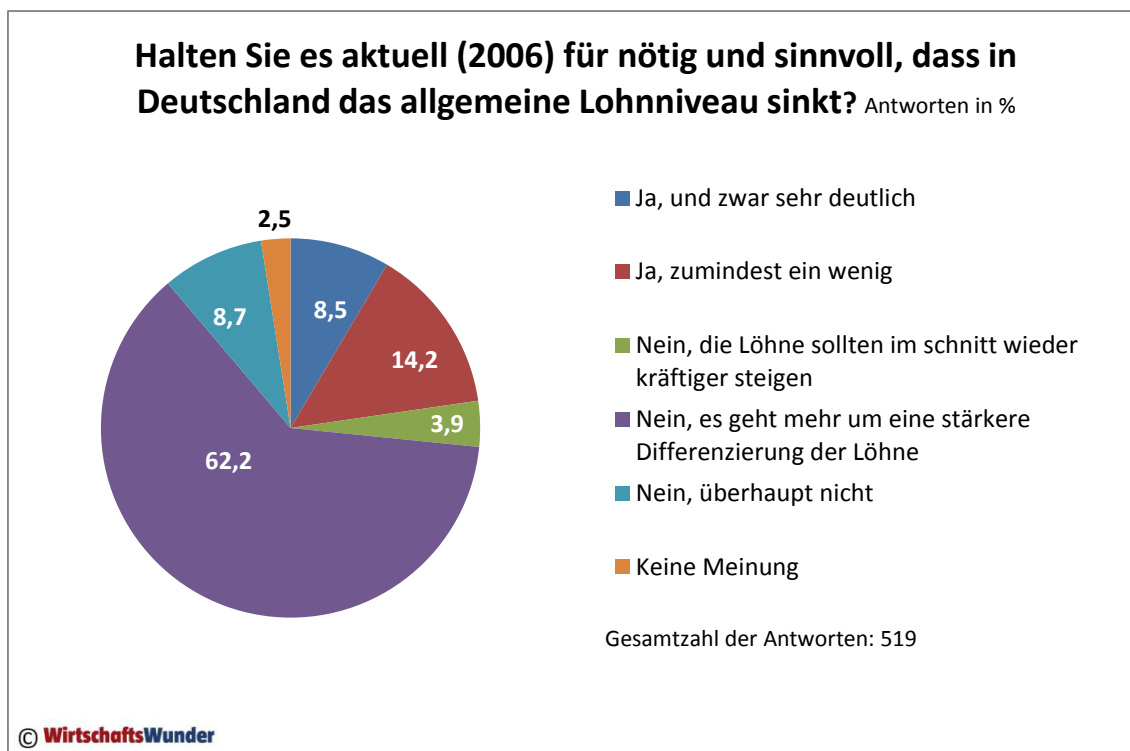
Wie sehr die Meinung unter Wirtschaftswissenschaftler_innen von der abweichen kann, die von einigen in der Öffentlichkeit mit Vehemenz vertreten wird – dafür gibt es auch für die Zeit vor der Finanzkrise ein markantes Beispiel. Im Hamburger Appell, den 2005 der frühere Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) Thomas Straubhaar mit Bernd Lucke, dem späteren Gründer der Alternative für Deutschland (AfD), initiierte, drängten die 250 Wirtschaftsprofessor_innen darauf, dass die Löhne sinken müssen – da Deutschland kein ‚Hochlohnland‘ bleiben könne. Wobei die Beteiligten mehrfach zu vermitteln versuchen, dies reflektiere die einzige (ernst zu nehmende) Meinung von Ökonom_innen: „wir als Hochschullehrer der Volkswirtschaftslehre“ warnen vor einem „Mangel an Sachverstand“.

Dass dies selbst zu Hochzeiten der Angebotspolitik – also vor der Krise – bereits eine gewagte Selbstwahrnehmung war, deuten die Ergebnisse der Umfrage 2006 an. Nur 23 % der dort befragten Ökonom_innen hielten es damals für *sinnvoll und nötig*, dass in Deutschland das allgemeine Lohnniveau *sehr deutlich* oder *zumindest ein wenig* sinkt – anders als die 250 Unterzeichner_innen. Für eine klare Zwei-Drittel-Mehrheit geht es 2006 *mehr um eine stärkere Differenzierung der Löhne*.

Wie schon erwähnt befanden in derselben Umfrage auch 2006 immerhin schon 67 % der Ökonom_innen im Land, dass Finanzpolitik sehr wohl – und zumindest unter Vorbehalt – den Konjunkturzyklus stabilisieren kann. Nur eine klare Minderheit von 28,8 % konnte der vermeintlichen ökonomischen Wahrheit aus Hamburg folgen, wonach sich die Nachfrage ohnehin nicht steuern lässt. Mittlerweile gelten solch kategorische Positionen ohnehin als überholt. So viel zu Appellen, in denen 240 Leute deklarieren, was ökonomischer Sachverstand ist.²⁴

²⁴ Wobei Thomas Straubhaar zugutegehalten sei, dass er sich später offen selbstkritisch zu Fehlern in seiner ökonomischen Sichtweise bekannt hat.

Abbildung 19



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2006.

4.3.7 Investitionslücke

Wenn es um die Frage geht, ob in Deutschland zu wenig investiert wird – und was dagegen unternommen werden sollte – hat der Sachverständigenrat 2014 ebenfalls klar Stellung bezogen: und große Investitionsprogramme abgelehnt. Mehr noch: Es sei nicht einmal sicher, ob es bei den privaten Investitionen eine richtige Lücke gebe.

Ob der SVR auch hier in der Minderheit ist, lässt sich anhand der Umfragen nicht feststellen, da diese Frage bisher nicht gestellt wurde. Es gibt allerdings das eine oder andere Indiz dafür, dass die Position der Sachverständigen auch hierbei nicht durch eine große Mehrheit getragen wird. Zumindest wird die Diagnose eines Investitionsmangels auch von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten und einigen internationalen Organisationen weitgehend mitgetragen. Was die öffentlichen Investitionen angeht, zweifelt der SVR auch weniger daran, dass es einen Nachholbedarf gibt. Die Mehrheit der Mitglieder stimmt sich vielmehr gegen die Auffassung, dass diese Investitionen auf Kredit (vor-)finanziert werden sollten. Schon in der Umfrage 2006 antwortete fast die Hälfte der deutschen Ökonom_innen, dass es akzeptabel wäre, zur Finanzierung von – damals – Strukturreformen Kredite aufzunehmen und sie so ‚vorzufinanzieren‘. Gegen den Gedanken, eine solche Investition auf Kredit zu finanzieren, sprachen sich vor zehn Jahren nur 40 % aus.

*

Sicher: In den Ergebnissen der großen Umfragen unter Deutschlands Ökonom_innen lassen sich immer noch etliche Antworten finden, die dafür sprechen, dass es in der Zukunft hierzulande einen besonderen Hang zur Orthodoxie angebotsorientierter oder ordoliberaler Wirtschaftslehre gibt. Etwa wenn fast 80 % meinen, die Notenbank solle nach Bundesbankvorbild *prioritär* oder *ausschließlich* die Inflation als Ziel haben. Oder bei der Bewertung der Agendareformen. Auch fühlt sich immer noch eine relative Mehrheit (ein Drittel) 2015 der Neoklassik nahe.

Nur gibt es mittlerweile mindestens so viele Beispiele, in denen die öffentlich dominierende Meinung de facto in der Minderheit ist – national wie international. Was die Mehrheit der Sachverständigen zum Mindestlohn oder zur EZB-Rettungspolitik vertritt, findet an der Basis offenbar ebenso wenig noch eine Mehrheit wie die gelassene Haltung zu den deutschen Handelsüberschüssen und zum Reichtumsgefälle.

Teils gilt sogar das Gegenteil – die Mehrheit an der Basis

- *stimmt mit oder ohne Einschränkung dem Kauf von Staatsanleihen durch die EZB als Lender of last resort zu (zu zwei Dritteln);*
- *sieht in den hohen Leistungsbilanzüberschüssen ein Risiko künftiger Turbulenzen (63 %);*
- *hält einen Mindestlohn für Deutschland per se für nötig und sinnvoll (57 %);*
- *sieht es nicht als nötig und sinnvoll an, dass das Lohnniveau in Deutschland sinkt (75 %, Umfrage von 2006);*
- *findet, dass eine sehr ungleiche Einkommensverteilung mehr wirtschaftlichen Schaden als Nutzen bringt (85 %);*
- *stuft die Energiewende grundsätzlich als Chance für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit ein (54 %).*

Klassensprecher_innen ohne Mehrheit.

5 Eine Zunft auf der Suche nach neuen Antworten

Ist das also eine Wissenschaft, in der es endlich den Pluralismus gibt, den Kritiker_innen seit Jahren einfordern? Oder ein Fach, das durch die Finanzkrise lediglich kurzzeitig irritiert ist – bald aber mit der einen oder anderen Lehre aus der Krise wieder auf alte (angebotstheoretische) Pfade zurückkehrt, wie es führende Vertreter_innen des Fachs argumentieren?²⁵

Eine andere Interpretation der vermeintlich widersprüchlichen Botschaften könnte sein: dass die Zunft in einem Umbruch steckt, in dem Altes und Neues sich kreuzt, in der manche alte Wahrheiten noch hochgehalten werden, die Anziehungskraft neuer Antworten aber wächst. So wie das typisch ist, wenn man dem großen Paradimentheoretiker Thomas Kuhn folgt.²⁶ Da entstehe früher oder später eine Situation, in der vermeintlich neue Denker_innen bereits eine Menge Gefolgschaft begeistern – die alte Garde aber ebenso rasch die Reihen noch einmal zu schließen versucht und engagierte Unterstützer_innen mobilisiert. Dieses Patt, so Kuhn, könne lange so weiter bestehen – und sich erst dann auflösen, wenn sich ein neues Paradigma als konstruktive Alternative anbietet.

Interessanterweise war die deutsche Umfrage von 1981 von der gleichen Frage geprägt – nur damals in umgekehrter Richtung: Damals steckte die Wissenschaft, wie sich später zeigte, in einem Paradigmenwechsel hin zu dem damals neuen Monetarismus und der Angebotslehre. Friedrich und seine Kollegen schreiben in ihrer Auswertung damals:

„In Perioden, in denen sich die hergebrachte Lehre zur Lösung der Gegenwartsprobleme unfähig erweist, ist ein ausgeprägter Dissens unter Fachökonomern unvermeidlich, ja geradezu eine Voraussetzung dafür, daß neue Ideen in der Wissenschaft Aufnahme finden.“ (Schneider et al. 1982/83)

Treffender kann man es 35 Jahre später vermutlich nicht formulieren (nur in neuer Rechtschreibung natürlich). Schneider und seine Kollegen ahnten, dass da ein Paradigmenwechsel auf dem Wege war.

Wir werden im Folgenden Ergebnisse aus den jüngeren Umfragen heranziehen, um zu prüfen, ob es Indizien für so einen erneuten Übergang gibt – in der sich hinter der scheinbaren Widersprüchlichkeit der Antworten ein kreativer Prozess hin zu einem neuen Paradigma verbirgt.

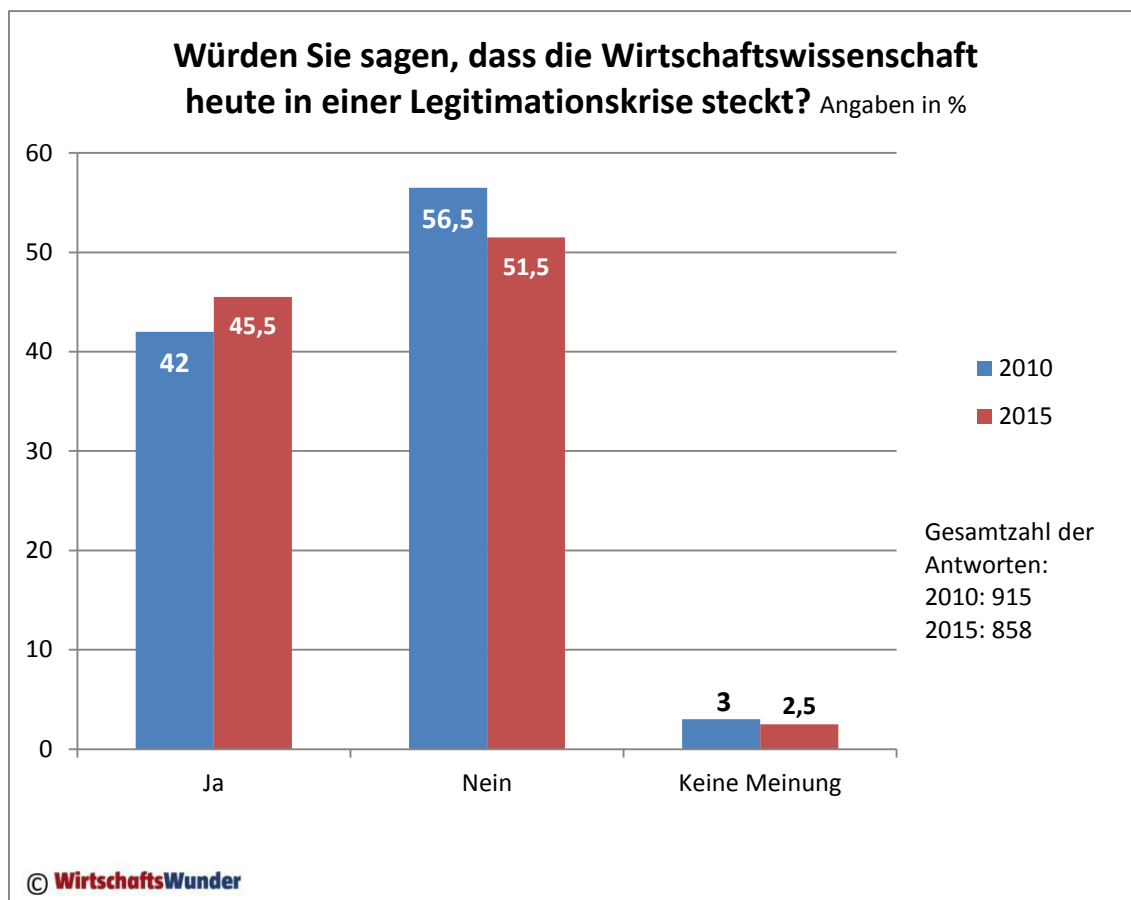
5.1 Neue Methoden – neue Antworten?

Dass sich die Zunft in Teilen auf eine Neudefinition hinbewegt, könnten mehrere Ergebnisse zu den Folgen der Finanzkrise vermuten lassen.

²⁵ Eine These, die etablierte Ökonom_innen Anfang 2016 auf der *Handelsblatt*-Tagung mit dem Titel *Ökonomie neu denken* vertraten: vgl. Häring 2016a, S. 9; Häring's persönliche Meinung zur Position der Etablierten auf der Veranstaltung ist in Häring 2016b zu finden.

²⁶ Vgl. George Cooper: <http://economics.com/a-paradigm-shift-where-inequality-and-redistribution/>.

Abbildung 20



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2010 und 2015.

Problem (von vielen) erkannt...

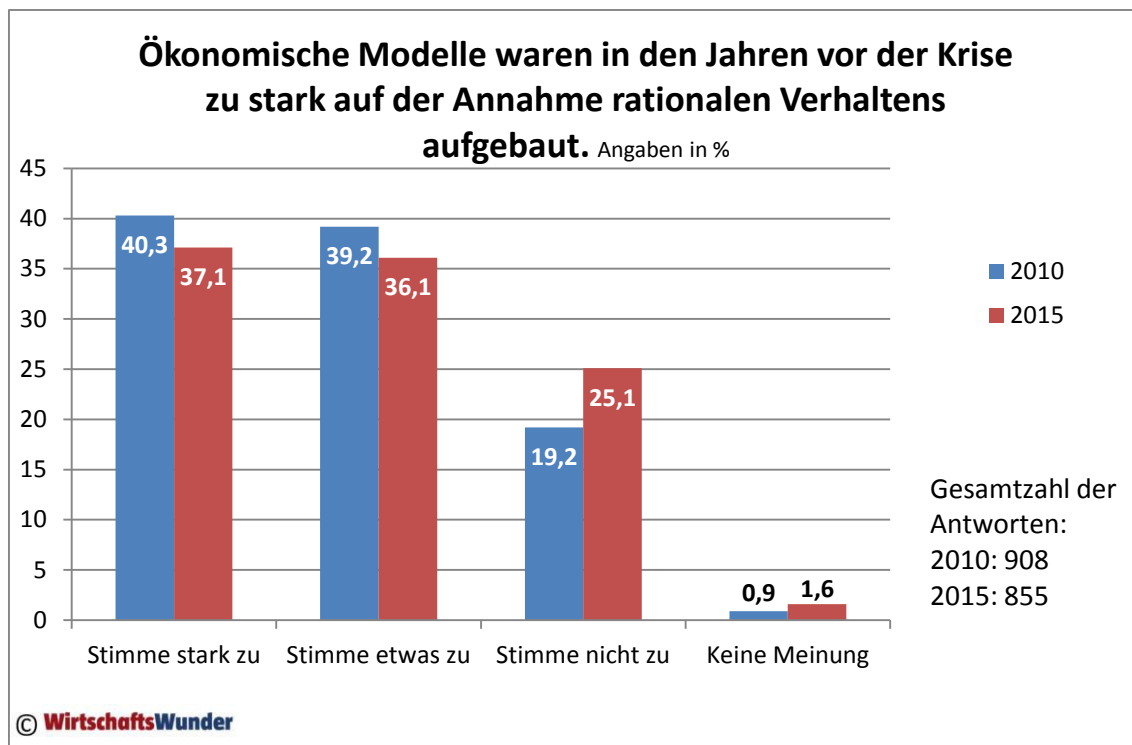
Schon in der Umfrage 2010 – also kurz nach Ausbruch der Finanzkrise – räumen 42 % ein, dass die *Wirtschaftswissenschaft in einer Legitimationskrise steckt* – 56 % sehen das nicht so. Immerhin 45 % halten auch *für berechtigt*, wenn kritisiert wird, *die Ökonomen hätten die Finanzkrise nicht vorhergesagt*. Bis 2015 steigt die Quote derer, die sich in einer Legitimitätskrise sehen, auf 45,5 %. Gespaltene Zunft: Eine knappe Mehrheit von 51,5 % will von einem so fundamentalen Problem selbst nach acht Jahren Finanzkrise nichts wissen.²⁷

Immerhin ein Drittel der Befragten gibt schon 2010 an, dass die Finanzkrise *größeren Einfluss* auf die eigene Lehr- und Forschungstätigkeit gehabt habe – eine Quote, die 2015 dann sogar auf 44,2 % springt. Auch hier findet sich ein Indiz für die Widersprüche im Umbruch: Selbst 2015 sagen 55,8 %, dass die Finanzkrise wenig geändert hat. Ebenfalls ein (gutes) Drittel halten es 2010 für begrüßenswert, dass in den USA ein Institute for New Economic Thinking (INET) gegründet wurde; nur 6 % sehen das anders, der Rest ist damals noch ohne Meinung.

²⁷ An der Stelle sei nochmal an das Eingangszitat erinnert, wonach nur noch jeder Dritte im Land wirtschaftliche Expert_innen für vertrauenswürdig hält.

Und: Immerhin jeder Vierte findet 2015 die Kritik berechtigt, die Studierende mit ihrem Aufruf zu mehr Pluralität in der Wirtschaftswissenschaft formuliert hatten. Noch einmal 32,2 % finden sie grundsätzlich richtig, aber übertrieben. Das macht zusammen fast 57 %, die offen für eine relativ grundsätzliche Kritik an der Ökonomenschaft ist.

Abbildung 21



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2010 und 2015.

Die Antworten der jüngsten Umfragen zeigen auch, wie sehr ein nennenswerter Teil der Ökonom_innen sich von der orthodoxen Marktlehre wegbewegt. Rund 45 % sagen 2010 wie 2015, dass die Finanzkrise *in erster Linie das Versagen von (Finanz-)Märkten* spiegelt – ein ziemlich radikaler Befund für eine Zunft, die vom Glauben an die Effizienz der Märkte stark geprägt war. Entsprechend stimmen 59 % 2015 *stark* oder *etwas* zu, dass die Finanzkrise das Scheitern von *Marktfundamentalismus* markiert. Auch das ist mehr als nur ein Infragestellen gewisser Annahmen. Weit mehr als zwei Drittel der Fachleute stützt die Aussage *stark* (37,1 %) oder *etwas* (36,1 %), dass die Modelle der Wirtschaftswissenschaftler_innen in den Jahren vor der Krise *zu stark auf der Annahme rationalen Verhaltens (der Menschen) aufgebaut waren*.²⁸

Zum Vergleich: Vor der Krise (2006) fand es nur ein gutes Drittel mehr oder weniger berechtigt, an der Annahme rational handelnder Menschen zu zweifeln. Da lehnten etwa zwei Drittel noch

²⁸ An dieser Stelle sei ganz nebenbei bemerkt, dass auch die Sympathie für die FDP unter den Ökonom_innen deutlich nachgelassen hat – von 27,8 % 2006 auf nur noch 17,3 % 2015 – auch das womöglich ein Indiz für die Abkehr vom ordoliberal-angebotspolitischen Paradigma.

jeden größeren Zweifel an der These vom nutzenmaximierenden Homo oeconomicus ab. Nur 5,3 % fanden 2006, dass der Homo oeconomicus ein *Zerrbild der Wirklichkeit und deshalb unbrauchbar* sei. Interessant auch hier: Vor dem Siegeszug der Marktlehre – bei der Umfrage 1981 – hatten mit 23,1 % noch deutlich mehr Ökonom_innen Zweifel an dem Leitbild als 2006, nach zweieinhalb Jahrzehnten stark marktorientierter Lehre.

Für grundlegende Kritik am bisher dominierenden Weltbild spricht auch, dass Zweifel gewachsen sind, ob die Finanzglobalisierung überhaupt zu sehr viel Wachstum und Wohlstand beigetragen hat. Dass sie dies nur *sehr bedingt* getan hat – dem stimmen 2015 immerhin 53,6 % der Ökonom_innen *stark* oder *etwas* zu. In der Vorgängerumfrage hatte die Quote noch bei lediglich 46,5 % gelegen. Nur noch 38,7 % der deutschen Wirtschaftswissenschaftler_innen halten 2015 die positive Wirkung stark liberalisierter Finanzmärkte hoch.

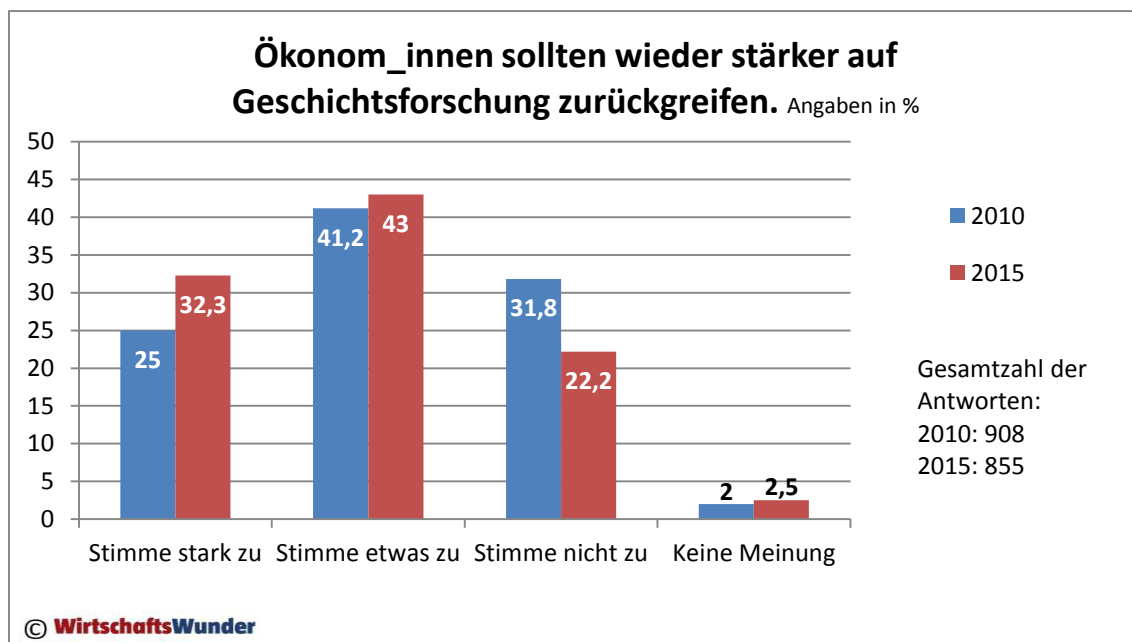
Auch die Kritik an der übertriebenen Mathematisierung als eine der zentralen Methoden der Volkswirtschaftslehre nimmt an der Basis offenbar zu. Jeder dritte deutsche Fachvertreter stimmte in den Umfragen nach Ausbruch der Finanzkrise *stark* zu, dass Ökonom_innen *zu stark auf formalisierte Modelle* setzen. Knapp 30 % stimmen hier *etwas* zu.

... Gefahr (noch nicht) gebannt

Zu einem möglichen Neuanfang gehört natürlich mehr als nur die Kritik an Fehlern der Alten. Dazu müsste auch gehören, neue Antworten zu suchen. Auch hierfür lassen sich indes eine Reihe Indizien finden.

So wurden Deutschlands Ökonom_innen bereits 2010 gefragt, ob sie es für gut halten, in der Wirtschaftswissenschaft Erkenntnisse anderer Disziplinen wie der Psychologie und der Soziologie einfließen zu lassen. Für Außenstehende mag das banal wirken – im Fach selber hat sich allerdings ein starker Hang dazu entwickelt, sich als Ökonom oder Ökonomin nur für die rein ökonomischen Dimensionen von Problemen zuständig zu fühlen. Wie etwas politisch umzusetzen ist, sollten andere Disziplinen beantworten. Hier zeichnet sich eine Umkehr ab. Dass Ökonom_innen psychologische oder politische Einflüsse in ihre Modelle aufnehmen sollten – dem stimmen mittlerweile rund 48 % *stark* und nochmals 42,3 % *etwas* zu. Für unnötig und schlecht halten das nur knapp 9 %.

Abbildung 22



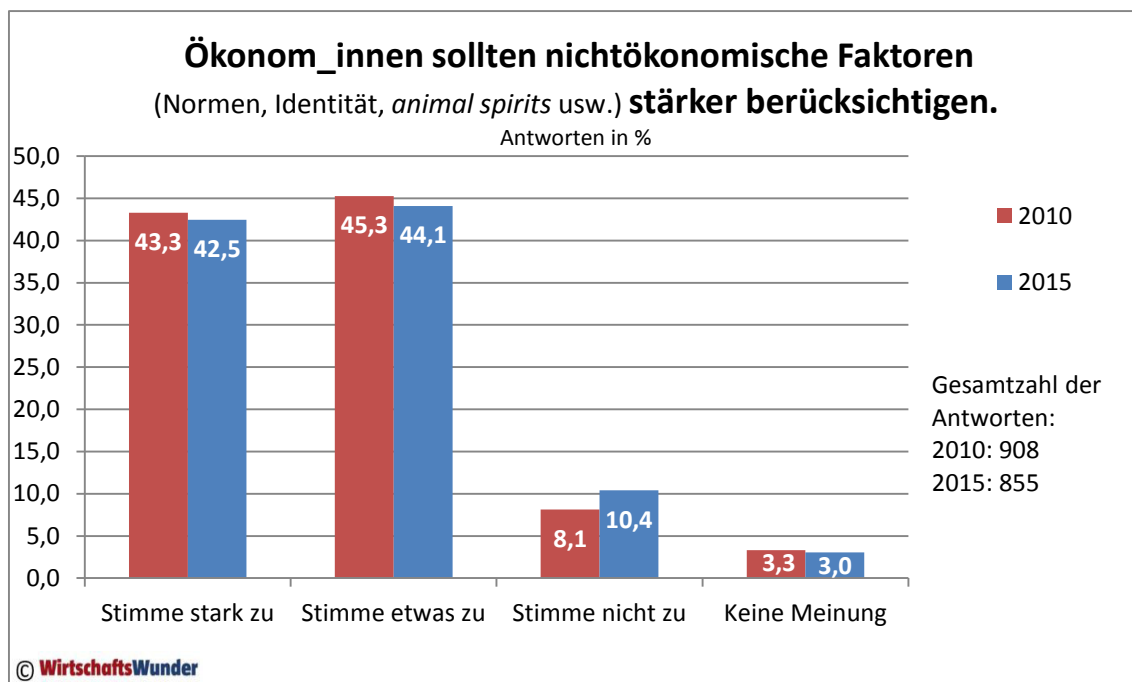
Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2010 und 2015.

Durch die starke Formalisierung geriet in den vergangenen Jahrzehnten für Ökonom_innen in den Hintergrund, auf Lehren aus der Geschichte zu setzen. Wozu braucht man die Historie, wenn sich ökonomisches Verhalten in Modellen formalisieren lässt? Das Interesse ist erst mit der großen Finanzkrise zurückgekehrt, da sich solche Extremsituationen per Definition nicht aus gängigem Verhalten zu Normalzeiten ableiten lassen – Ökonom_innen wie Kenneth Rogoff, Carmen Reinhardt, Thomas Piketty, Thomas Philipon und Moritz Schularick haben hier Erkenntnisse generiert, indem sie lange historische Zeitreihen auswerteten.

Interessant ist, dass das Historische noch 1981 – also zu Beginn des Siegeszugs von Angebotslehre und Monetarismus – für die Wirtschaftsfachleute ein ziemlich hohes Gewicht hatte. Damals stimmten immerhin knapp 50 % der deutschen Ökonom_innen zu, dass sich *Konjunkturbe-wegungen nur adäquat analysieren (lassen), wenn geschichtliche Ereignisse berücksichtigt werden*. Unnötig fanden das nur 13,6 %.

Rund 35 Jahre später scheint das Pendel zurück zu schlagen. Dass Ökonom_innen grundsätzlich *wieder stärker* auf Geschichtsforschung zurückgreifen sollten, befürworteten 2010 bereits 25 % der deutschen Wirtschaftswissenschaftler_innen *stark*, 2015 sogar 32,3 %; weitere 43 % stimmten dem *etwas zu*. Nur noch 22 % halten es für unnötig, sich wieder mehr mit Wirtschafts-geschichte zu befassen.

Abbildung 23



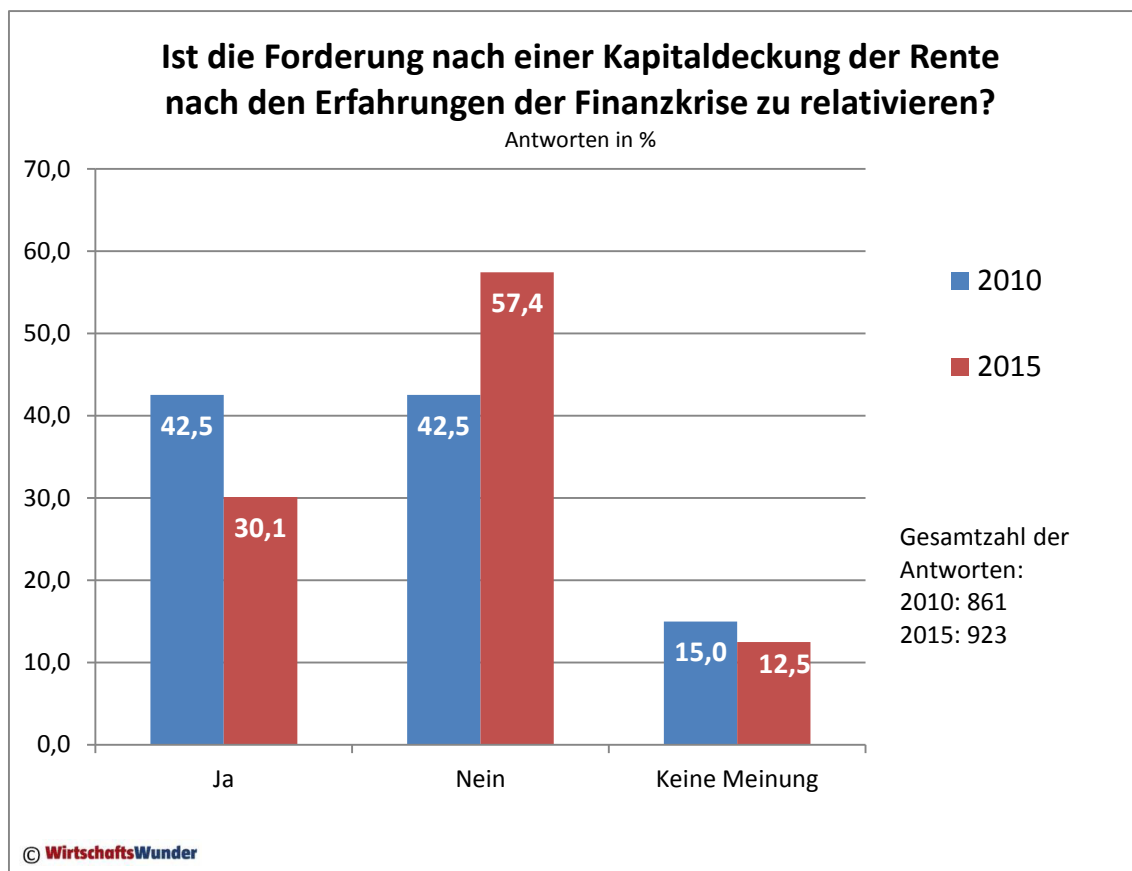
Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2010-2015.

Wie offen viele Fachvertreter_innen heute sind, neue Methoden zu entwickeln, lässt sich auch bei einer anderen Frage erkennen: immerhin 42,5 % stimmen 2015 nachdrücklich zu, dass *nicht-ökonomische Faktoren stärker zu berücksichtigen* seien, um wirtschaftliche Phänomene besser erklären zu können. Dazu gehört etwa der Einfluss von Normen, *animal spirits* (Instinkten) oder der Identität von Menschen; diese – für Ökonom_innen – ungewöhnlichen Faktoren wurden in den vergangenen Jahren sehr stark von Nobelpreisträger George Akerlof in die Wirtschaftswissenschaft eingeführt. Als unnötig empfindet solcherlei nur noch jeder zehnte Befragte.

Bereits zitiert haben wir die großen Mehrheiten, die mehr oder weniger uneingeschränkt fordern, in der Wirtschaftspolitik immer auch zu berücksichtigen, wie Maßnahmen auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen wirken. Im Jahr 2015 meinen, wie bereits erwähnt, 46 %, dass es bei sehr hohem Reichtumsgefälle besser sein kann, besonders hohe Einkommen progressiv zu besteuern.

Ein Umdenken in ganz praktischen Fragen ist infolge der Finanzkrise auch erkennbar, wenn es um die Forderung nach einer Kapitaldeckung der Rente geht – über viele Jahre hinweg eine Standardforderung in Annahme effizienter Finanzmärkte. Schon 2010 antworteten 30 % der befragten deutschen Wirtschaftswissenschaftler_innen, dass das Diktum einer Kapitaldeckung *nach den Erfahrungen der Finanzkrise* zu relativieren sei. Im Jahr 2015 erreichte die Quote bereits 42,5 %. Auch das kommt einer kleinen Revolution unter den Fachvertreter_innen gleich.

Abbildung 24

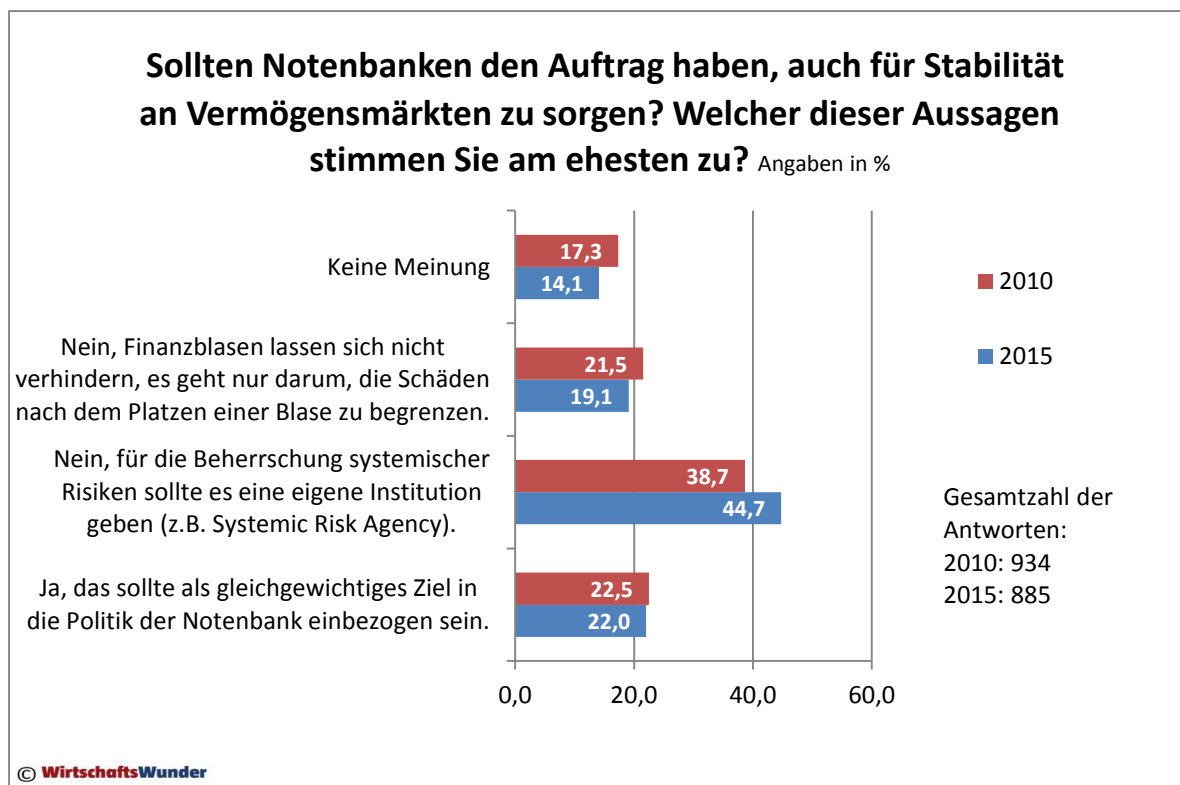


Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

In der neuen Welt nach der großen Finanzkrise suchen derweil auch die Notenbankler_innen nach neuen Rezepten – etwa dafür, wie sich so eine Finanzblase und anschließende Krise künftig vermeiden lässt. Auch dieser (neue) Bedarf spiegelt sich in den Antworten aus den jüngsten Umfragen unter Deutschlands Wirtschaftswissenschaftler_innen – nicht nur, was die Rolle der Währungshüter_innen als letzte Rettungsinstanz in akuten Krisen angeht.

Nur noch 19 % vertreten 2015 die Auffassung, dass sich Finanzkrisen ohnehin nicht verhindern lassen – und die Währungshüter_innen das erst gar nicht versuchen sollten. Fast jede_r Vierte (22 %) stimmte dagegen zu, dass es für Notenbanken ein *gleichgewichtiges* Ziel sein sollte, für Stabilität an den Vermögenmärkten zu sorgen. Und: Eine relative Mehrheit von knapp 45 % sieht hier ebenfalls Bedarf, ist allerdings dagegen, dies der Zentralbank zu überantworten. Für die Beherrschung systemischer Risiken sollte es vielmehr eine eigene Institution geben.

Abbildung 25



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2010 und 2015.

Auf ein Umdenken deuten da auch die Einschätzungen dazu hin, wie genau sich Vermögensblasen verhindern lassen. In der Umfrage 2015 fanden es nur noch 15,7 % der Ökonom_innen gut, wenn Notenbanken dies über (entsprechend hohe) Zinsen versuchen. Das ist bemerkenswert, da den Zentralbankler_innen seit Ausbruch der Krise von (eher orthodoxen) Ökonom_innen oft vorgeworfen wurde, ihre Politik relativ niedriger Zinsen habe – weil Geld zu günstig zu haben war – zur Entstehung der Finanzblasen geführt. Die Mehrheit der Befragten sieht Schuld und Lösung offenbar weit weniger eindeutig bei den Zentralbanken und ihrer Zinspolitik. Mehr als die Hälfte (52 %) stuft es zur Verhinderung von Blasen als geeigneter ein, regulativ einzugreifen und etwa die Eigenkapitalanforderungen – in Zeiten überhitzender Kreditmärkte – zu erhöhen.

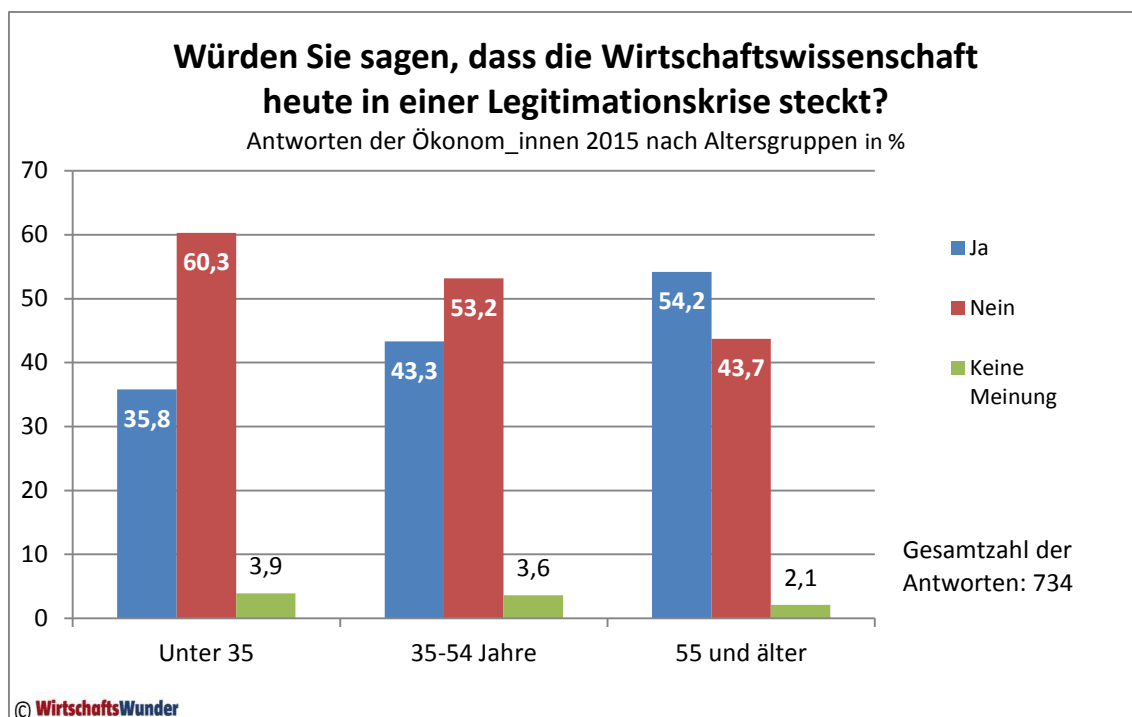
Ein Hoffnungswert – acht Jahre nach dem Schock der Finanzkrise? Mehr als die Hälfte tun in der Umfrage 2015 kund, dass Wirtschaftswissenschaftler_innen trotz aller Fehler den Anspruch aufrechterhalten sollten, Prognosen zu machen. Für die Aufgabe desselben stimmten gerade einmal 12,5 %.

5.2 Aufstand der jungen Alten

Wenn eine Wissenschaft im Umbruch steckt – müsste sich dies dann nicht besonders bei den Jüngeren erkennen lassen? Für die These spräche der gesunde Menschenverstand – suchen junge Menschen nicht eher nach Neuem, stellen die Welt infrage? Dafür spräche auch, dass es

Studierende waren, die 2014 einen großen Aufruf für stärkeren Pluralismus lancierten. Umso erstaunlicher ist, was die Aufschlüsselung der Ergebnisse der jüngsten Umfrage nach Alter der Ökonom_innen²⁹ jetzt ergeben hat. Die Älteren neigen demnach stärker zu einer Abkehr von der bisher herrschenden Lehre als die Jüngeren.

Abbildung 26

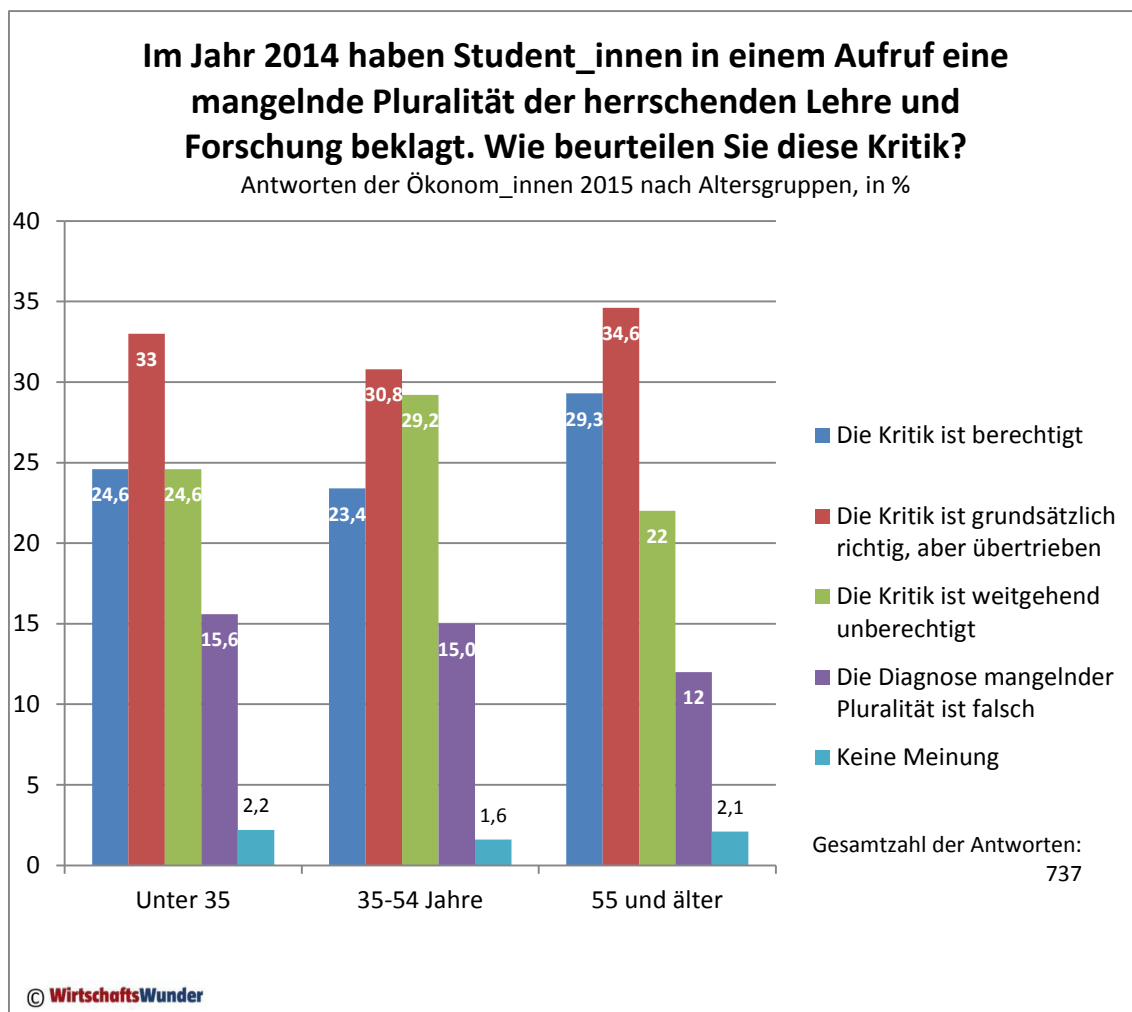


Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

Nur etwas mehr als jeder Dritte unter den unter 35-Jährigen sieht die eigene Zunft 2015 in einer Legitimationskrise – im Schnitt denken das 45,5 % der deutschen Ökonom_innen. Unter den Älteren sind es sogar mehr als die Hälfte (54 %). Gerade 17 % der Jungen sieht in der Finanzkrise auch eine Krise des Marktfundamentalismus – gegenüber 33 % bei denen, die 55 und älter sind. Nur 30 % finden, dass die ökonomischen Modelle vor der Krise zu sehr auf die Annahme rationalen Verhaltens der Menschen gesetzt haben (40 % bei den Älteren). Und: Nur halb so viele Junge (20 %) wie Alte finden, dass die Ökonom_innen zu stark auf formalisierte Modelle setzen. Besonders bizarr: Selbst der Studierendenaufruf zu mehr Pluralismus stößt bei den älteren Kollegen auf mehr Verständnis. Deutschlands Ökonom_innen unter 35 finden die Kritik der Studierenden im Schnitt nur zu 24 % für berechtigt – die über 55-Jährigen zu immerhin fast 30 %.

²⁹ Wie 1981 wurden alle Fragen noch einmal nach drei Alterskategorien ausgewertet: bis 34 Jahre (234 Antwortende); von 35 bis 54 Jahren (514); und 55 Jahre und älter (216). Einige gaben ihr Alter nicht an.

Abbildung 27



Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2015.

Der Befund spiegelt sich auch in vielen inhaltlichen Fragen. Zwar stimmen überdurchschnittlich viele der Jüngeren zu, dass Ökonom_innen auch nichtökonomische Faktoren berücksichtigen (46,9 % gegenüber 42,5 % im Gesamtschnitt der Ökonom_innen) und andere Disziplinen einbeziehen sollten (49,7 % gegenüber 47,6 %). Ein etwas höherer Anteil der Jungen findet auch den deutschen Mindestlohn sinnvoll und angemessen (33,3 % gegenüber 31,6 % im Schnitt aller Altersklassen).

Bei fast allen anderen Fragen tendieren die Jungen im Zweifel dagegen eher zum (vermeintlich) alten Paradigma. So finden etwas weniger Junge, dass eine hohe Ungleichheit von Einkommen negativ auf die Wirtschaft wirkt (50,8 % zu 52,3 %) – oder dass dann eine progressive Besteuerung gut sein kann (43,6 % zu 46 %). Mit 33,7 % plädieren auch deutlich mehr Junge dafür, dass Notenbanken *ausschließlich* für Preisstabilität (und nicht auch für hohe Beschäftigung) sorgen; im Schnitt aller sind das nur 28,4 %. Dass eine Notenbank wie die EZB in einer Finanzkrise als *lender of last resort* auftreten und Staatsanleihen kaufen sollte – dem stimmen unter den Jungen

nur 16,9 % zu; 33 % lehnen das per se ab. Im Schnitt der Ökonom_innen liegt die Ablehnungsquote dagegen nur bei 27 % – bei den Älteren sogar nur bei 24,9 %.

Tendenziell etwas weniger Sympathie haben die Jungen auch für den Einsatz der Fiskalpolitik zur Stabilisierung der Konjunktur. Das halten 86,6 % zumindest in bestimmten Ausnahmefällen für effektiv – bei den deutschen Ökonom_innen insgesamt liegt die Quote bei 89,3 %.

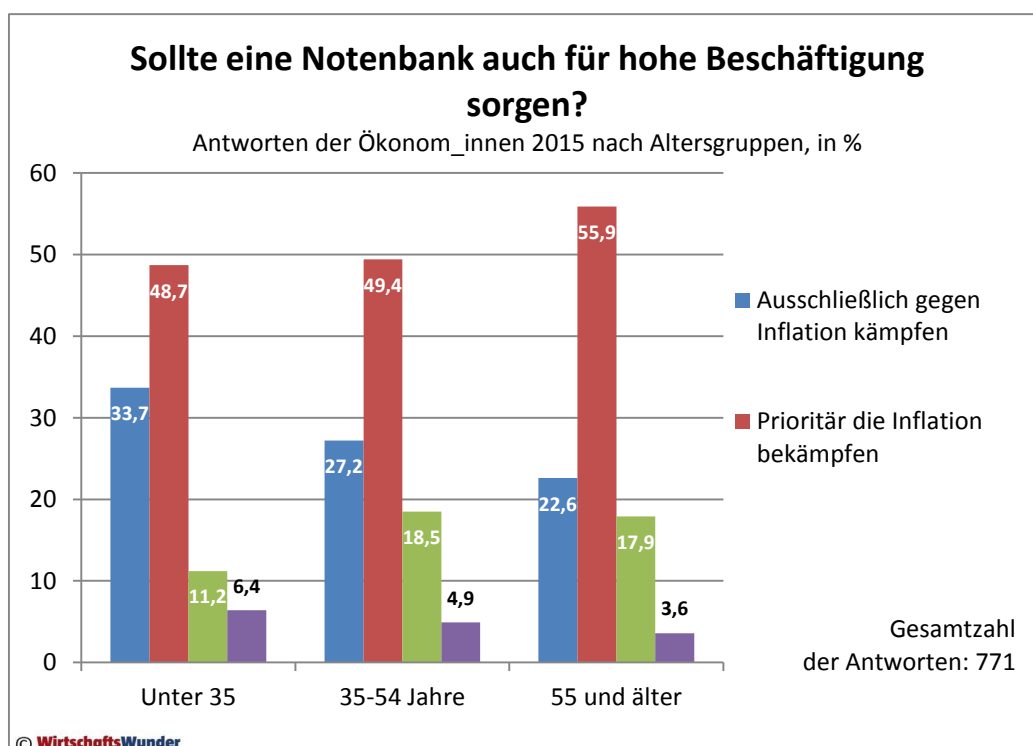
Sprich: Wenn es unter den deutschen Wirtschaftswissenschaftler_innen heute eine Abkehr vom stark angebots- und marktorientierten Paradigma gibt – dann kommt das in der Menge nicht von denen unter 35 Jahren. Der stärkste Impuls für ein Umdenken geht dann sogar eher von den Älteren aus.

Oder spricht der Befund von den beharrlichen Jungen dann nicht gegen die These, dass die Zweifel an der alten Lehre so groß seien und da eine Zunft im Umbruch stecke?

Nicht unbedingt. Erstaunlich, aber wahr: Die Initiatoren der Umfrage von 1981 kamen zu dem gleichen Ergebnis – dass nach Detailauswertung die Jungen gar nicht die Antreiber für den damals einsetzenden Paradigmenwechsel (hin zum Monetarismus und der Angebotslehre) waren. Anders als die Autoren erwartet hatten:

„Gemäß dem üblichen Generationenschema könnte erwartet werden, daß jüngere Ökonom_innen eher geneigt sind, neue Theorien (insbesondere den Monetarismus) aufzunehmen. Von den älteren Ökonomen wäre entsprechend zu erwarten, daß sie sicher eher für die bestehende Theorie (insbesondere den Keynesianismus) einsetzen (...)“. (Schneider et al. 1983, S. 40)

Abbildung 28



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

Das Gegenteil kam heraus: Die Jungen tendierten sogar eher zur alten Lehre. Schneider und Co.: „[D]as Generationenschema von den fortschrittlicheren Jüngeren wird durch das Ergebnis unserer Umfrage in Zweifel gezogen“. Was den Siegeszug von Angebotslehre und Monetarismus nicht verhinderte. Nur dass der die Jungen gar nicht brauchte. Vielleicht kommt der Wechsel dann diesmal auch nicht von den Jungen.

Vielleicht sollte das Generationenschema auch dringend überholt werden – wenn sich herausstellen sollte, dass nun zum zweiten Mal ein Paradigmenwechsel in der Ökonomie von den Älteren angestoßen wird. Oder es gilt, die Ausbildung der Ökonom_innen grundlegend zu reformieren – und junge Studierende eher dazu zu trainieren, Neues zu entdecken, statt alte Lehren zu verinnerlichen.

6 Aufbruch zu einem neuen Paradigma?

Ob Selbstwahrnehmung der eigenen Legitimationskrise; oder Zweifel an der Effizienz von Märkten; oder Eingeständnis, dass bisherige Methoden zu revidieren und zu ergänzen sind; oder Neudefinition der Rolle von Notenbanken – es geht ganz offenbar um mehr als nur eine kurze Irritation durch die Finanzkrise. Es geht um eine Zunft, die im Umbruch steckt, weil das alte Paradigma zu wenig Antworten auf die Krise und ihre Folgen bietet. Auch in Deutschland hat die Suche nach neuen Antworten begonnen. Und das dürfte auch damit zu tun haben, dass eine steigende Zahl der Wirtschaftswissenschaftler_innen schon in den USA gearbeitet hat: Die Quote derer, die schon einmal im Ausland geforscht haben, ist von 35,6 % 2006 auf 59,3 % 2015 hochgeschneilt.

Das heißt nicht, dass es nicht eine Menge ökonomischer Erkenntnisse gibt, die davon unberührt bleiben und seit jeher Konsens sind. Und das heißt auch nicht, dass schon absehbar ist, ob daraus ein neues Paradigma wird – und wie ein solches aussehen wird. Der Umbruch trifft aber ziemlich fundamentale Fragen, die das Selbstverständnis der Zunft und ihre Antworten auf die großen ökonomischen Herausforderungen angehen.

Dass die alte Dominanz schwindet, lässt sich auch anekdotisch festmachen. Als kritischere Stimmen haben sich in den vergangenen Jahren bereits Ökonom_innen wie der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Marcel Fratzscher etabliert, der die EZB in ihrer Rettungspolitik verteidigt, für Deutschland eine erhebliche Investitionslücke ausmacht und Anfang 2016 ein Buch veröffentlichte, in dem er darlegt, wie stark die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen auch in Deutschland zugenommen hat. Dass es für solche Positionen auch Unterstützung aus etablierteren Kreisen gibt, zeigt ein Gastbeitrag vom Sommer 2016, in dem Fratzscher zusammen mit mehreren namhaften Ökonom_innen die Politik von EZB-Präsident Mario Draghi gegen erneute heftige Kritik von (bisher) führenden Ökonom_innen, Wirtschaftsjournalist_innen sowie gegen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verteidigt. Darunter sind der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Reint Gropp, das frühere Sachverständigenratsmitglied, Beatrice Weder di Mauro, der Chef des Jacques Delors Institutes, Henrik Enderlein, sowie der Chief Economist des Center for European Reform (CER), Christian Odendahl.

Dass all das weder zum neuen Paradigma reicht, noch zum neuen Leitmotiv für die Politik geworden ist, zeigt das Festhalten etwa der Bundesregierung am fiskalpolitischen Austeritätsvorzug oder die in Deutschland anhaltend laute Kritik an der EZB. Wobei auch hier im Detail die Positionen pragmatischer zu werden scheinen.

Bremssende Anführer

Das Bemerkenswerte ist, dass der Zug zum Neuen diesmal ganz offenbar nicht von denen kommt, die in Deutschland als führend gelten und institutionell verankert den größten Einfluss auf die wirtschaftspolitische Willensbildung haben. Im Gegenteil. Anders als in den 70er-Jahren wirkt der Sachverständigenrat de facto vor allem als Verteidiger der alten Lehre und des Rufs nach „mehr Vertrauen in marktwirtschaftliche Prozesse“, wie das Gutachten 2014/15 heißt – in

einer Zeit, in der sich gezeigt hat, dass dieses Vertrauen zumindest im Finanzsektor furchtbar naiv war.

Statt alte Glaubenssätze zur Disposition zu stellen – und wie einst das Neue zu fördern und einen Paradigmenwechsel zu forcieren –, scheinen sich neben dem Rat auch die Bundesbank und andere führende Denker_innen eher als Gralshüter_innen zu verstehen – und die etablierte Ökonomie gegen eine offenbar zunehmende Kritik nicht nur aus dem Ausland, sondern, wie die Umfragen zeigen, an der eigenen Basis im Inland zu stemmen. Menschlich nachvollziehbar. Womöglich ist die forcierende Rolle der Sachverständigen beim letzten Paradigmenwechsel eher die Ausnahme gewesen – und ist es frei nach Thomas Kuhn ziemlich normal, wenn die Alten sich gegen die Aufgabe ihrer Weltsicht stemmen.

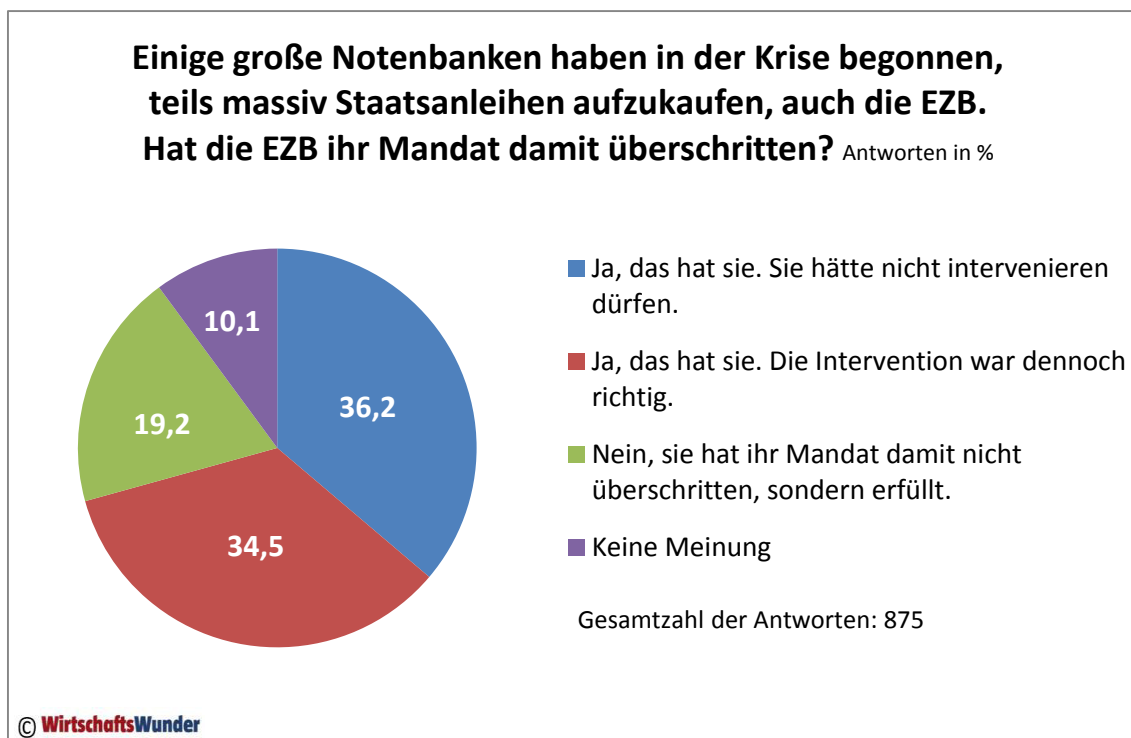
So besehen ist die Vehemenz mancher Reaktion der Etablierten womöglich Indiz für den tatsächlich begonnenen Paradigmenwandel – und dafür, dass ihn die (noch) führenden Ökonomen_innen auch erahnen.

Auf Kritik an der deutschen orthodoxen Linie reagieren die Sachverständigen zunehmend gereizt. Der Freiburger Lars Feld diagnostizierte im Sommer 2016 nicht weniger als „eine Kampagne aus dem angelsächsischen Raum, aus Frankreich und Italien“, die darauf abziele, „die deutsche Position in der Eurokrise zu schwächen“ und dafür zu sorgen, dass Deutschland seine harte Haltung für eine Konsolidierung der Staatsfinanzen und für Strukturreformen aufgibt (vgl. Feld/Köhler 2016) – also von der Angebotslehre abweicht. Ein Kampf gegen das Böse also. Dabei stehen den orthodoxen Deutschen nicht nur keynesianisch orientierte Nobelpreisträger_innen wie Krugman und Stiglitz gegenüber, sondern in mancher Frage mittlerweile auch der IWF, die OECD, die EU-Kommission, viele nationale Ökonomen_innen und, wie diese Kurzstudie gezeigt hat, oft auch eine Mehrheit hiesiger Ökonomen_innen. Eine Kampagne der ganzen Welt sozusagen.

Womöglich ist es auch als Indiz für die Spätphase eines Paradigmas zu sehen, dass seine Anhänger_innen nach Jahrzehnten, in denen sie sich der Mehrheit und mithin Wahrheit sicher glaubten, verlernt haben, mit Kritik umzugehen und geduldig zu argumentieren – wie es ihre Vorgänger_innen tun mussten, als sie in den 70er-Jahren in Minderheit für das neue Paradigma kämpften und, nach den Worten von Olaf Sievert, auf eine *déformation professionnelle* stießen. Das gilt womöglich heute wieder – nur für die Nachfolger_innen der einstigen Vordenker_innen. Wie der US-Publizist Walter Lippmann einst meinte: „Wenn alle das gleiche denken, denkt niemand“. Da wirkt natürlich jeder Widerspruch wie eine boshafte Kampagne.

Wie folgenschwer es politisch sein kann, die vermutete herrschende Lehre fälschlicherweise als das zu deuten, was die Mehrheit für richtig hält, lässt sich an den sehr gewichtigen Herausforderungen zeigen, die Deutschlands Wirtschaftspolitiker_innen in den vergangenen Jahren bewegt haben.

Abbildung 29



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

Als das Bundesverfassungsgericht gerufen wurde, um zu urteilen, ob die EZB mit ihrer Eurorettungspolitik das eigene Mandat überschreitet, luden die Richter im Sommer 2013 zur Urteilsbildung fünf offenbar als entscheidend eingestufte hiesige Wirtschaftsprofessoren ein: davon vier, die sich mehr oder weniger offen gegen den EZB-Kurs aussprachen³⁰, und nur einen (Fratzscher), der Mario Draghi verteidigte – obwohl die Mehrheit der deutschen Ökonom_innen nach Auswertung der großen Umfragen zu diesem Zeitpunkt bereits Fratzschers Position unterstützten (ebenso wie offenbar das Gros der Expert_innen international). Da hat sich das höchste deutsche Gericht atemberaubend einseitig von Leuten beraten lassen, die de facto eine Minderheitenposition vertreten – was die Richter_innen dann vielleicht doch auch geahnt und entsprechend geurteilt haben. Immerhin leben Verfassungsrichter ja von dem Ansehen, über den Dingen zu stehen – bei allem Respekt vor Minderheiten.

Wer weiß: Vielleicht wäre die Eurokrise gar nicht eskaliert, wenn sich Bundesregierung und deutsche Währungshüter_innen nach der offenbar mehrheitlichen statt der öffentlich immer noch dominanten Auffassung von Ökonom_innen gerichtet hätten und die EZB viel schneller hätten intervenieren lassen – so wie es Stiglitz und andere seit 2010 forderten. Vielleicht wäre die Krise in Europa auch nicht derart eskaliert. Und womöglich hätte es auch von Anfang an nicht so viel

³⁰ Vor dem höchsten Gericht standen somit Hans-Werner Sinn, sein Schüler Kai Konrad und sein späterer Ifo-Nachfolger Clemens Fuest sowie Harald Uhlig.

zweifelhafte Austerität gegeben – wenn die Politik in Deutschland stärker von Wirtschaftshistoriker_innen wie Ben Bernanke, dem damaligen Fed-Chef, beraten worden wären, die aus den 30er-Jahren die Lehre gezogen haben, dass man in solchen Post-Bubble-Zeiten eine sehr expansive Geld- und Fiskalpolitik machen sollte. Statt den hierzulande führenden Gelehrten zu folgen, die getreu ordoliberaler Angebotslehre stattdessen vor den Fehlanreizen sinkender Zinsen und steigender Staatsdefizite warnten.

Sicher wäre Deutschland einige Aufregung erspart geblieben, die aufkam, als die etablierten Ökonom_innen 2014 vor den schlimmen Folgen der Einführung des Mindestlohns warnten. Hätte man auf die Mehrheit unter den Ökonom_innen gehört, wäre die Aufregung sehr viel geringer gewesen. Die Entlassungswelle ist bisher ja auch ausgeblieben.

*

Wenn Wissenschaftler_innen in führenden Positionen nur sehr bedingt bereit zu sein scheinen, als erste neue Antworten auf Probleme und Entwicklungen zu liefern und sich dabei auch selber in Frage zu stellen – dann verlieren sie auch einen Teil ihres Zwecks. Dann drohen sie zu Verwalter_innen von Glaubenssätzen zu werden – und nicht mehr den Auftrag zu erfüllen, möglichst schnell auf neue Sachlagen zu reagieren.

Dann liegt das Problem möglicherweise weniger im Mangel an grundsätzlicher Erneuerungsbereitschaft der Wirtschaftswissenschaft – sondern vielmehr darin, dass es, zumindest heutzutage, an der Übertragung auf diejenigen scheitert, die wirtschaftspolitisch das größte Gewicht haben und daher bei der Modernisierung eine treibende Rolle spielen könnten, stattdessen aber eher blockieren. Dann wäre es wichtig, jene Ursachen dafür anzugehen, die womöglich in der deutschen Kombination aus einer starken Institutionalisierung der maßgebenden wirtschaftspolitischen Beratung (durch Sachverständigenrat, Bundesbank, Institute) und einer relativ geringen Personalflexibilität liegen. Viele führende Ökonom_innen sind bereits seit mehr als einem Jahrzehnt in ihren Funktionen. Und mancher bekleidet Doppelposten, wie der Chef des Sachverständigenrats und des Essener RWI-Instituts Christoph Schmidt.

Rezepte

Die Ergebnisse der großen Umfragen unter Deutschlands Ökonom_innen drängen einen Schluss daher auf: nämlich den, dass die Wirtschaftsberatung gut mehr Wettbewerb und Mobilität brauchen könnten – dass es an der Zeit wäre, die führenden Institutionen so zu öffnen, dass sie sich nicht mehr so schnell als Besitzstandswahrer_innen alter Glaubenssätze verstehen, sondern als Wissenschaftler_innen mit Praxisbezug, die nach Erkenntnis streben. Vielleicht wäre es dazu gut, in Richtung der US-amerikanischen Praxis zu gehen, wo prominente Ökonom_innen zu Berater_innen des Weißen Hauses werden, also unmittelbar in die Politik gehen, damit natürlich auch politisch Position beziehen und Verantwortung übernehmen – dafür aber in der Regel nach zwei Jahren wieder an die Universität zurückzugehen. Das hat naheliegende Vorteile für die Politik, weil es frischeren Wind erzeugt – und ist womöglich auch gut für die Universitäten, weil damit immer neue praktische Erfahrungen Einzug halten, die so manche Theorie womöglich schneller als überholt erscheinen lassen mag.

An Bereitschaft scheint es aufseiten der Ökonom_innen nicht zu mangeln. Zumindest den Umfragen zufolge: Rund 88 % stimmten 2015 *stark* oder *etwas* zu, dass die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft in Deutschland offener werden sollten – und es für Wissenschaftler_innen einfacher werden sollte, wie in den USA für eine begrenzte Zeit in die Politik zu gehen und dann zurückkehren zu können.

*

Was noch? Um die Logik des Paradigmenwechsels besser zu verstehen, könnte es sich als aufschlussreich erweisen, wesentliche Fragen aus den großen Ökonom_innen-Umfragen einmal denken zu stellen, die bei der Übermittlung dominanter ökonomischer Sichten eine wichtige Rolle spielen: d Wirtschaftsjournalist_innen. Stoff für eine nächste Expertise.

*

Mein besonderer Dank gilt den aktuellen und früheren Vorsitzenden des Vereins für Socialpolitik Friedrich Schneider, Lars-Henryk Roeller, Michael Burda und Monika Schnitzer für die Unterstützung der Umfrage, Daniel Jung, Sophia Velasco sowie dem geduldigen Grafiker Achim Fricke und anderen.

Literatur

- Bachmann, Rüdiger (2016): Gegen einen Pluralismus-Kodex, <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2016/07/gegen-einen-pluralismus-kodex/> (Zugriff: 10. Juli 2016).
- Colander, David/Klamer, Arjo (1987): The Making of an Economist. In: Journal of Economic Perspectives 1, Nr. 2, S. 95-111.
- Colander, David (2003): The aging of an economist. In: Journal of the History of Economic Thought 25, Nr. 2, S. 157-176.
- Colander, David (2005): The Making of an Economist Redux. In: Journal of Economic Perspectives 19, Nr. 1, S. 175-198.
- Cooper, George (2015): Adam Smith, Karl Marx, and Charles Darwin. A New Economic Paradigm, <http://economics.com/a-paradigm-shift-where-inequality-and-redistribution/> (Zugriff: 04. Sept. 2015).
- Feld, Lars/Köhler, Ekkehard: Die spinnen, die Deutschen. Samstagsessay. In: Süddeutsche Zeitung vom 02./03. Juli 2016.
- Fricke, Thomas (2006/2010/2015). Diverse Artikel zur Auswertung der drei großen Umfragen unter Deutschlands Ökonom_innen (2006/2010/2015) in Financial Times Deutschland (2006/2010) und Süddeutscher Zeitung (2015).
- Fricke, Thomas (2013): Wirtschaftsdienst exklusiv. Bundesverfassungsgericht und Krisenpolitik der EZB. Gefahren und Chancen durch das OMT-Programm, <https://neuewirtschaftswunder.de/2013/07/31/wirtschaftsdienst-exklusiv-bundesverfassungsgericht-und-krisenpolitik-der-ezb-gefahren-und-chancen-durch-das-omt-programm/> (Zugriff: 03. Aug. 2016).
- Fricke, Thomas (2015): How German Economists Really Think. 07. Juli 2015, <http://ineteconomics.org/ideas-papers/blog/how-german-economists-really-think> (Zugriff: 07. Juli 2015).
- Funke, Michael/Lucke, Bernd/Straubhaar, Thomas (2005): Hamburger Appell, https://www.cesifo-group.de/portal/pls/portal/!POR-TAL.wwpob_page.show?_docname=422966.PDF (Zugriff: 02. Aug. 2016).
- Häring, Norbert (2016a): Evolution statt Revolution. In: Handelsblatt vom 17. Febr. 2016, S. 9.
- Häring, Norbert (2016b): Die unerträgliche Überheblichkeit der Mainstream-Ökonomen (mit Link zu Replik), <http://norberthaering.de/de/27-german/news/556-arroganz?&format=pdf> (Zugriff: 05. Aug. 2016).
- Kearl, J. R./Pope, C. L./Whiting, G. C./Wimmer, L. T. (1979): A Confusion of Economists? In: American Economic Review, Papers and Proceedings 69, Nr. 2, S. 28-37.

Obstfeld, Maurice/Thomsen, Poul M. (2016): The IMF is Not Asking Greece for More Austerity, <https://blog-imfdirect.imf.org/2016/12/12/the-imf-is-not-asking-greece-for-more-austerity/> (Zugriff: 18. Dez. 2016).

Ostry, Jonathan D./Loungani, Prakash/Furceri, Davide (2016): Neoliberalism – Oversold?. In: Finance & Development, Juni 2016, S. 38-41, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2016/06/pdf/ostry.pdf> (Zugriff: 04. Aug. 2016).

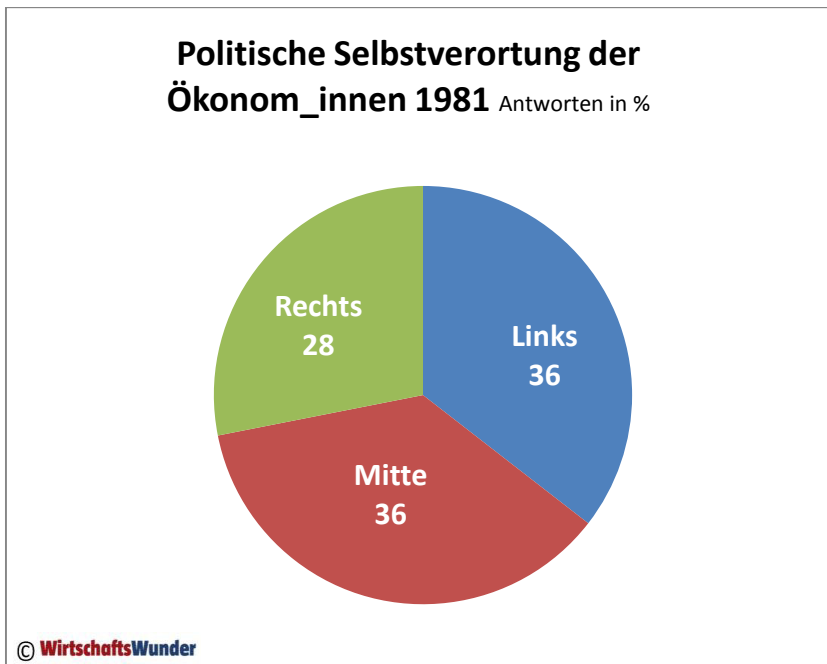
Sachverständigenrat, Jahresgutachten diverse Ausgaben (1976, 2013-2015).

Schnitzer, Monika (2015): „Wir sind nicht marktgläubig“. Montagsinterview zur Ökonom_innen-Umfrage 2015 in der Süddeutschen Zeitung, 28. Juni 2015, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/montagsinterview-wir-sind-nicht-marktglaeubig-1.2541235?reduced=true> (Zugriff: 01. Aug. 2016).

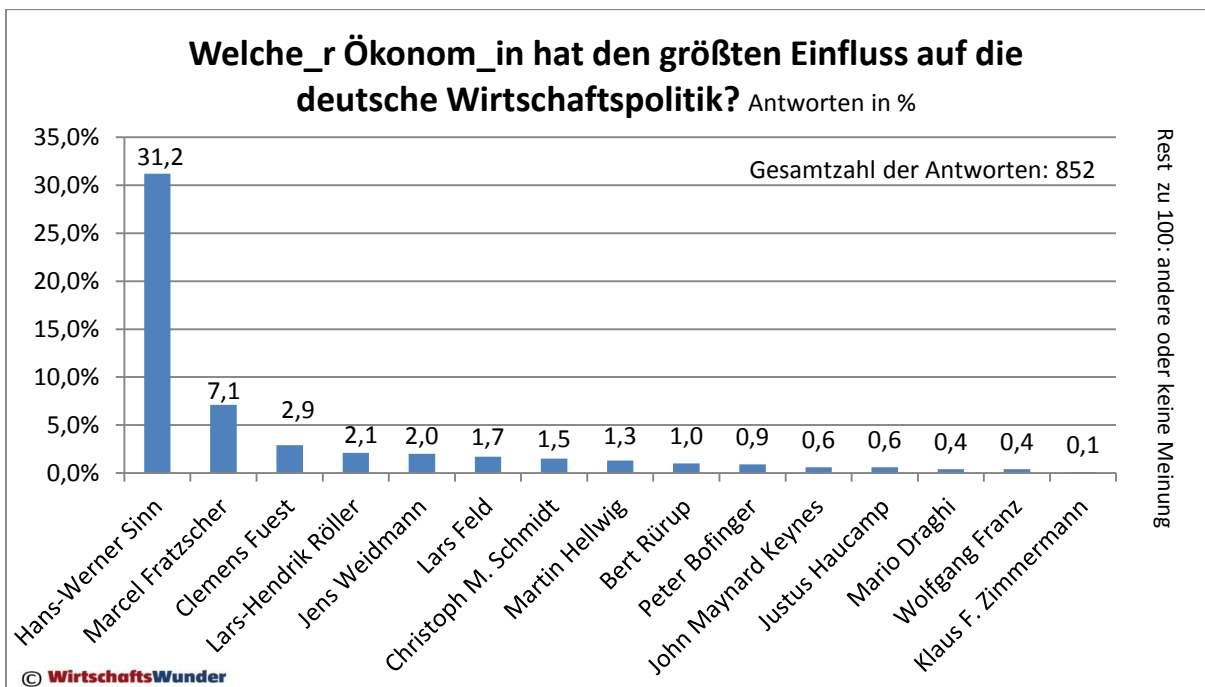
Schneider, Friedrich/Pommerehne, Werner W./Frey, Bruno (1983): Relata referimus. Ergebnisse und Analyse einer Befragung deutscher Ökonom_innen. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (ZgS) 139, Nr. 1, S. 19-66.

Sievert, Olaf (2003): Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik. In: Statistisches Bundesamt – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2003): Vierzig Jahre Sachverständigenrat 1963-2003, S. 34-46, <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Sonstiges/Tagungsband.pdf> (Zugriff: 05. Sept. 2016).

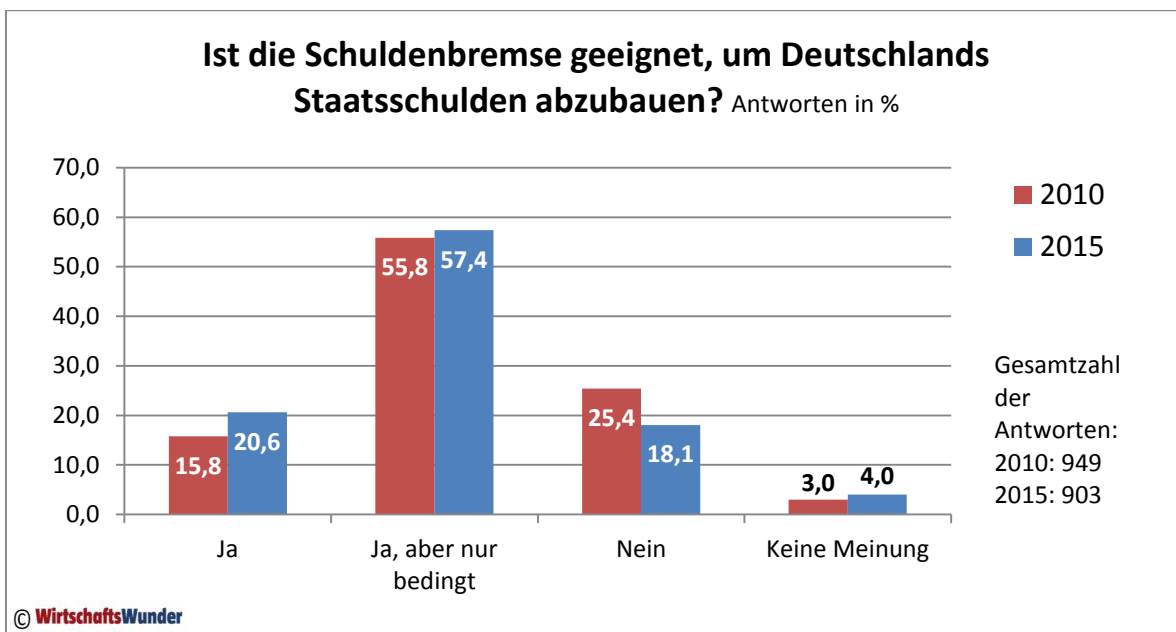
Anhang: Weitere Grafiken in Auswahl



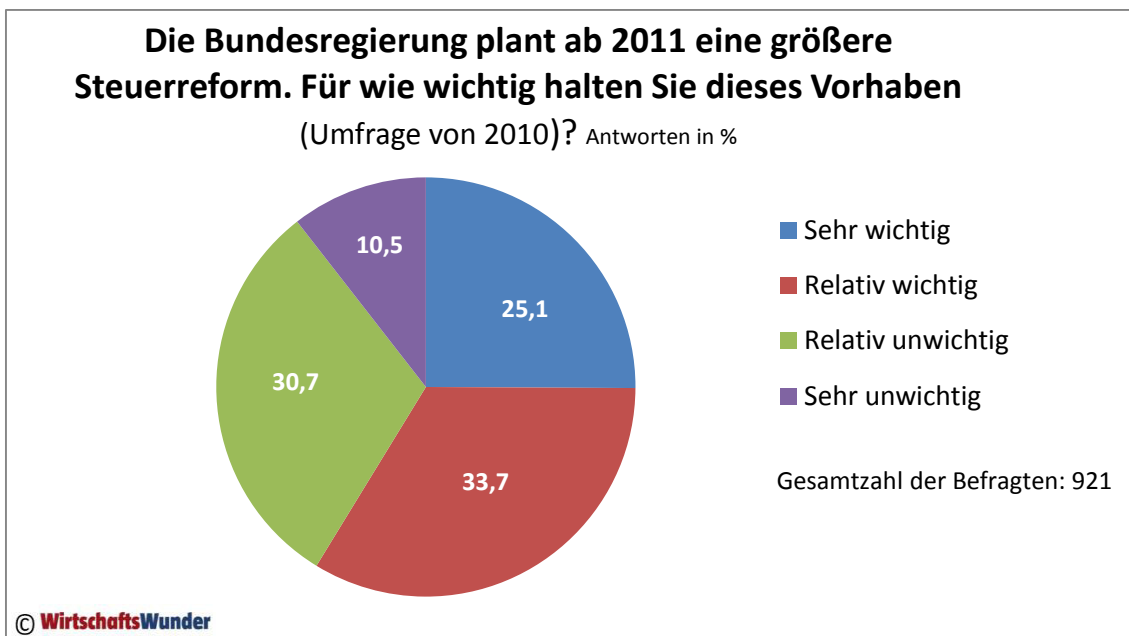
Quelle: Schneider 1981.



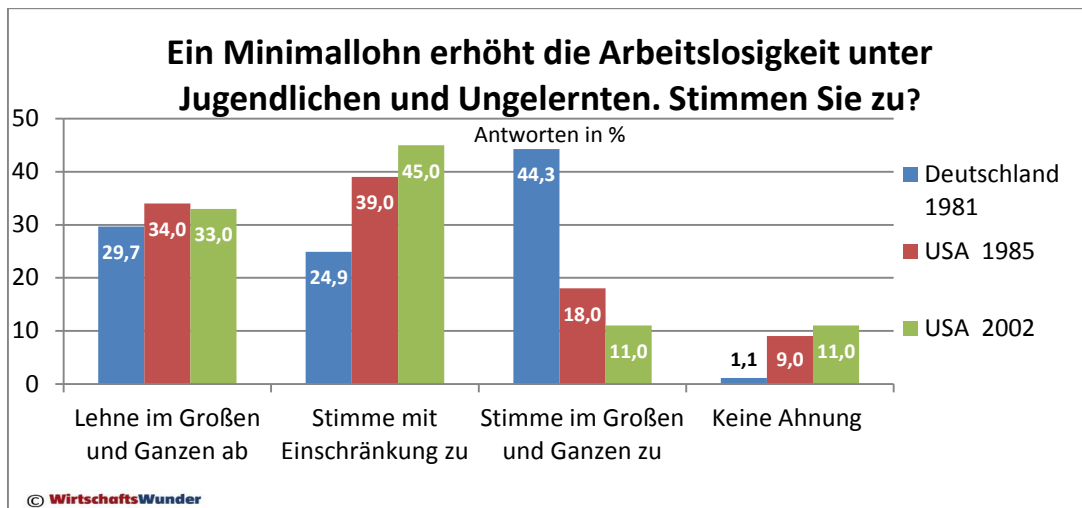
Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.



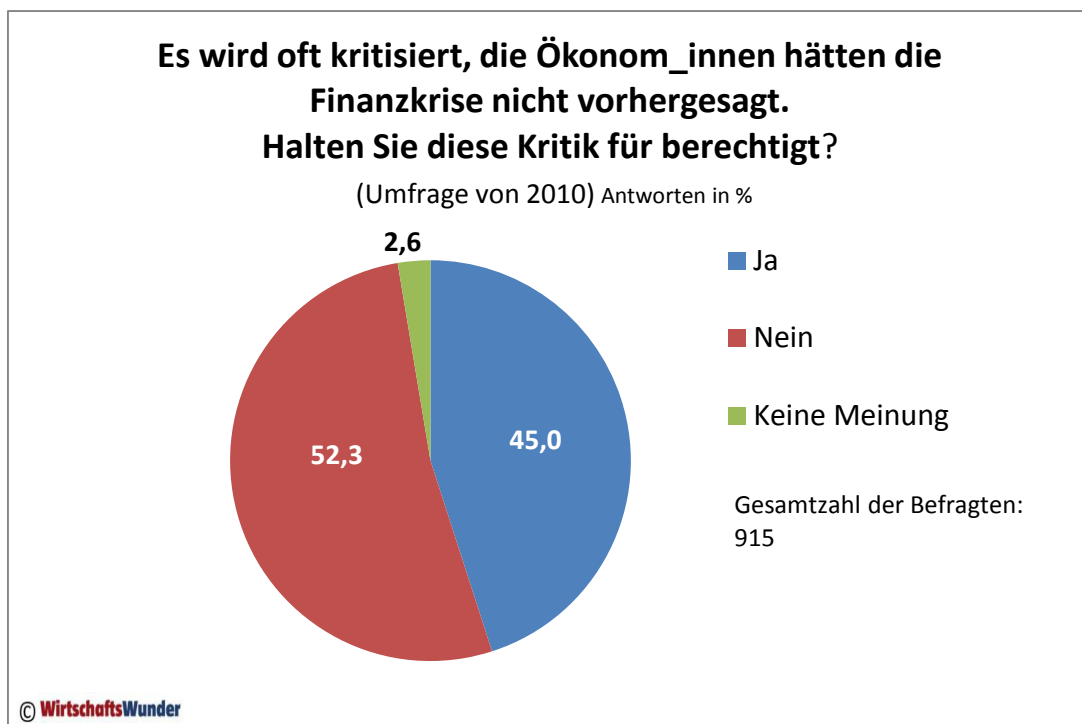
Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2010-2015.



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2010.



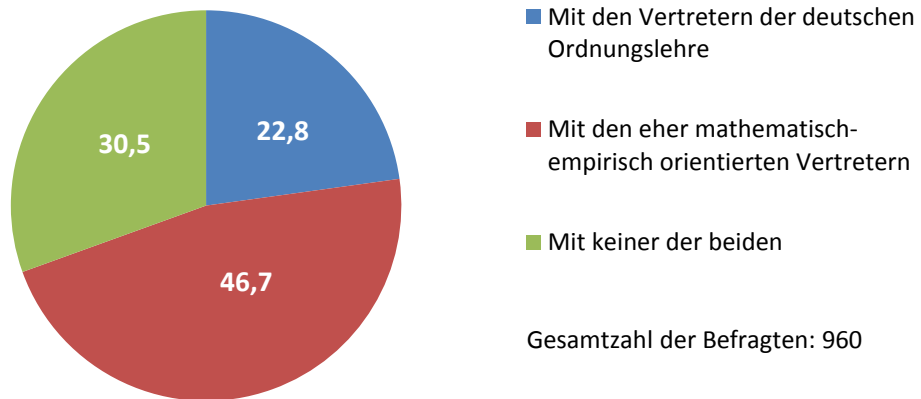
Quelle: Schneider 1981; Colander 1985, 2002.



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2010.

Im Jahr 2009 gab es einen Methodenstreit unter Deutschlands Ökonom_innen. Mit welcher der beiden Positionen hatten Sie die größte Sympathie?

(Umfrage von 2010) Antworten in %



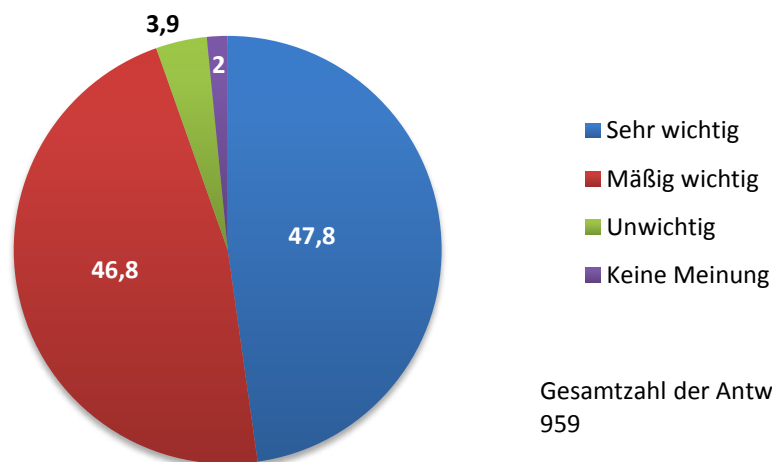
© **WirtschaftsWunder**

Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2010.

Was macht einen guten Ökonomen oder eine gute Ökonomin aus?

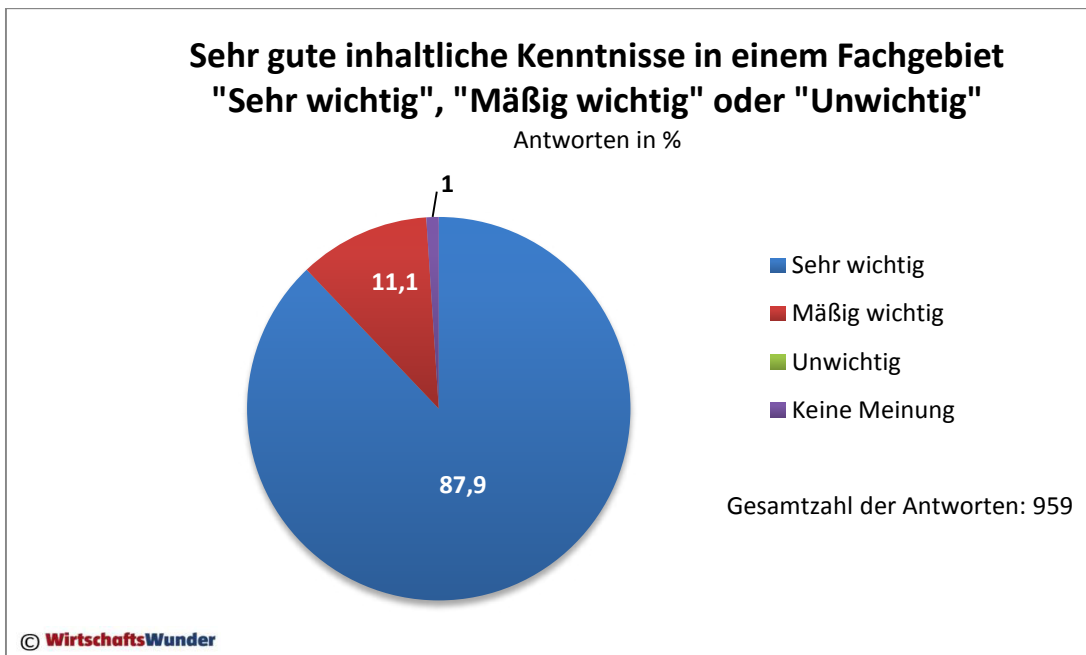
Hervorragende mathematisch-analytische Fähigkeiten

Antworten in %

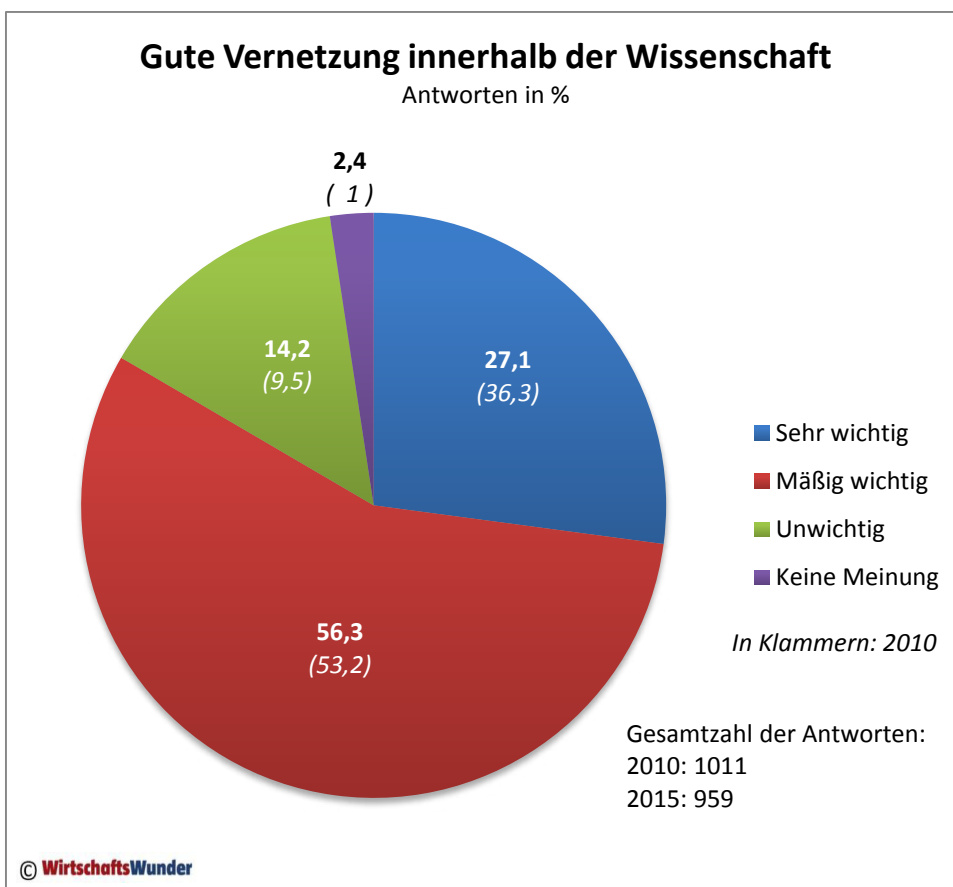


© **WirtschaftsWunder**

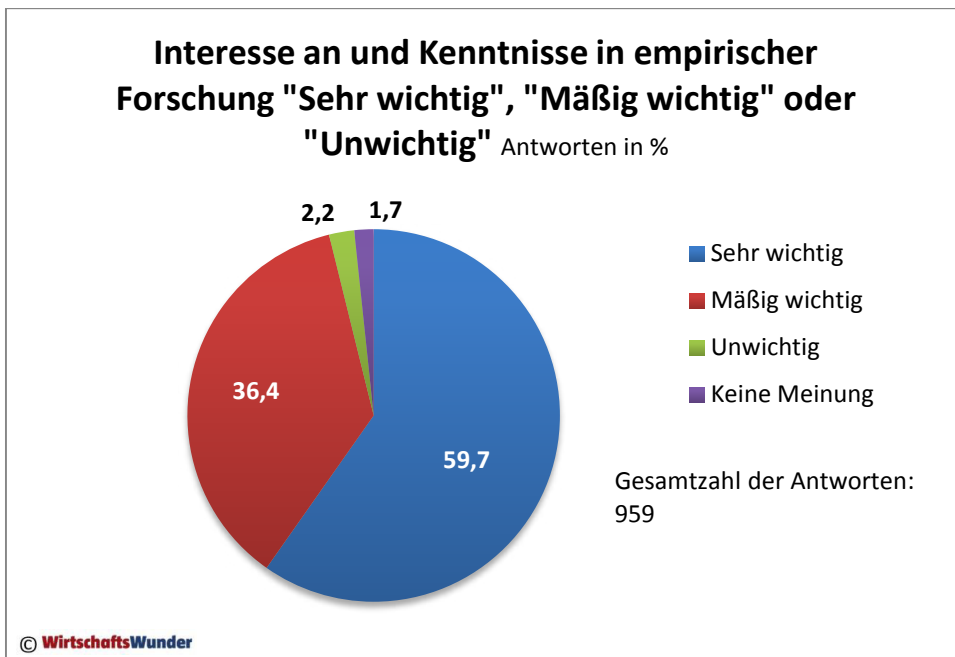
Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.



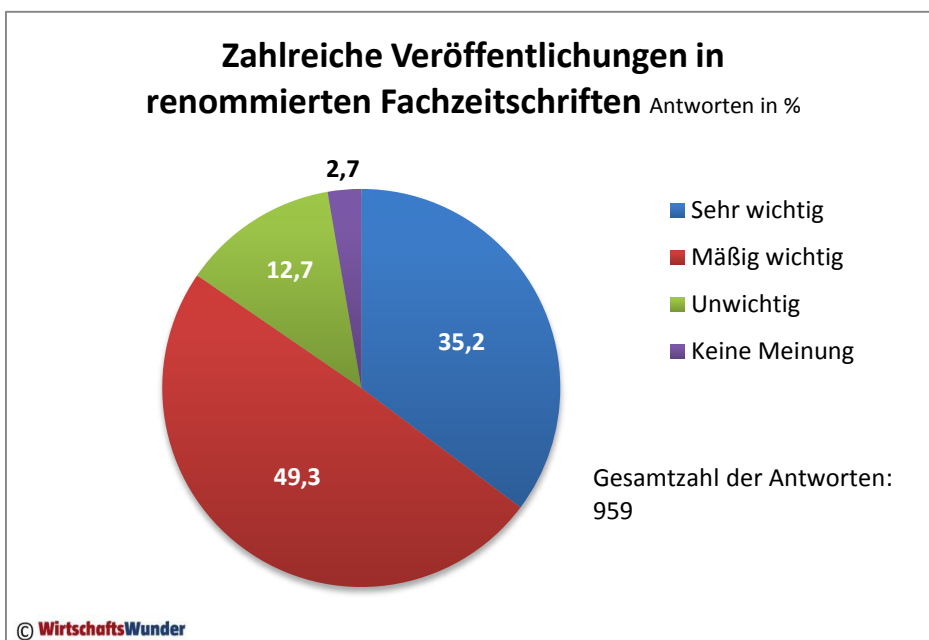
Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.



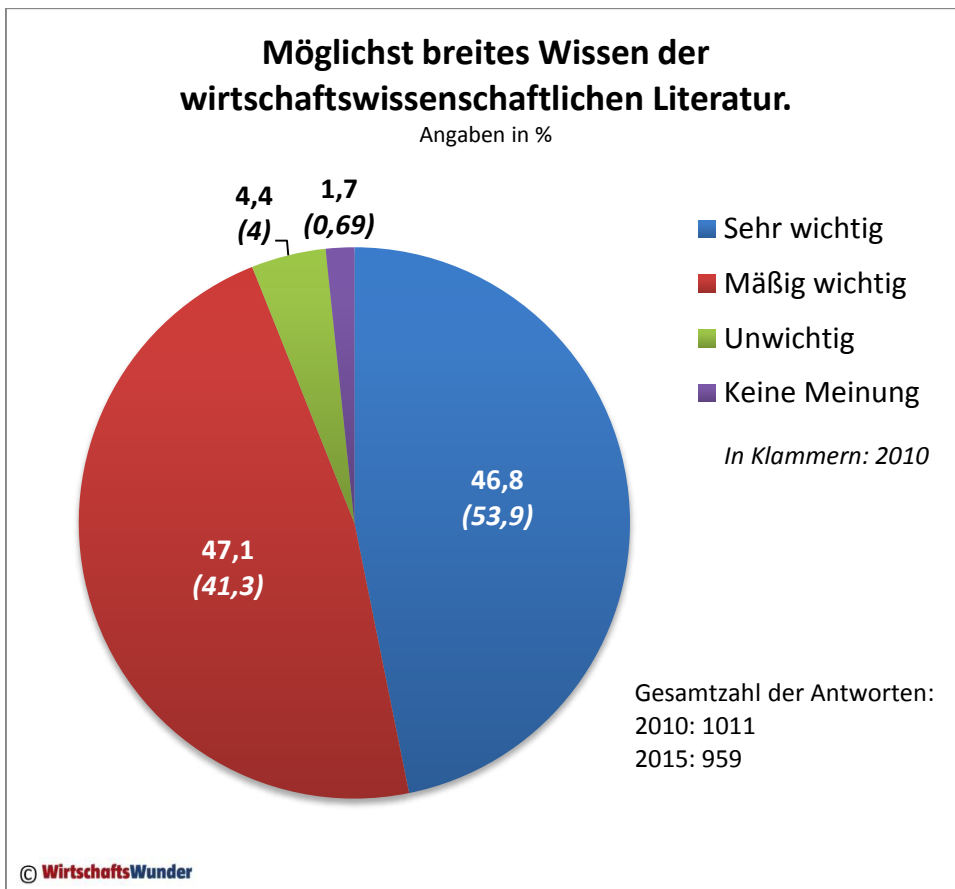
Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2010 und 2015.



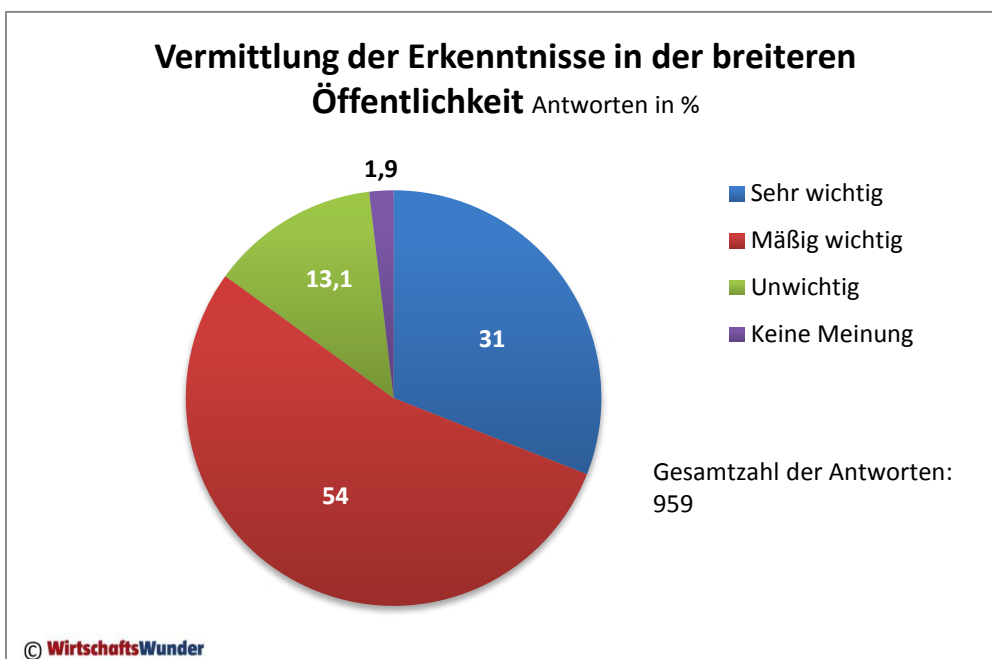
Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.



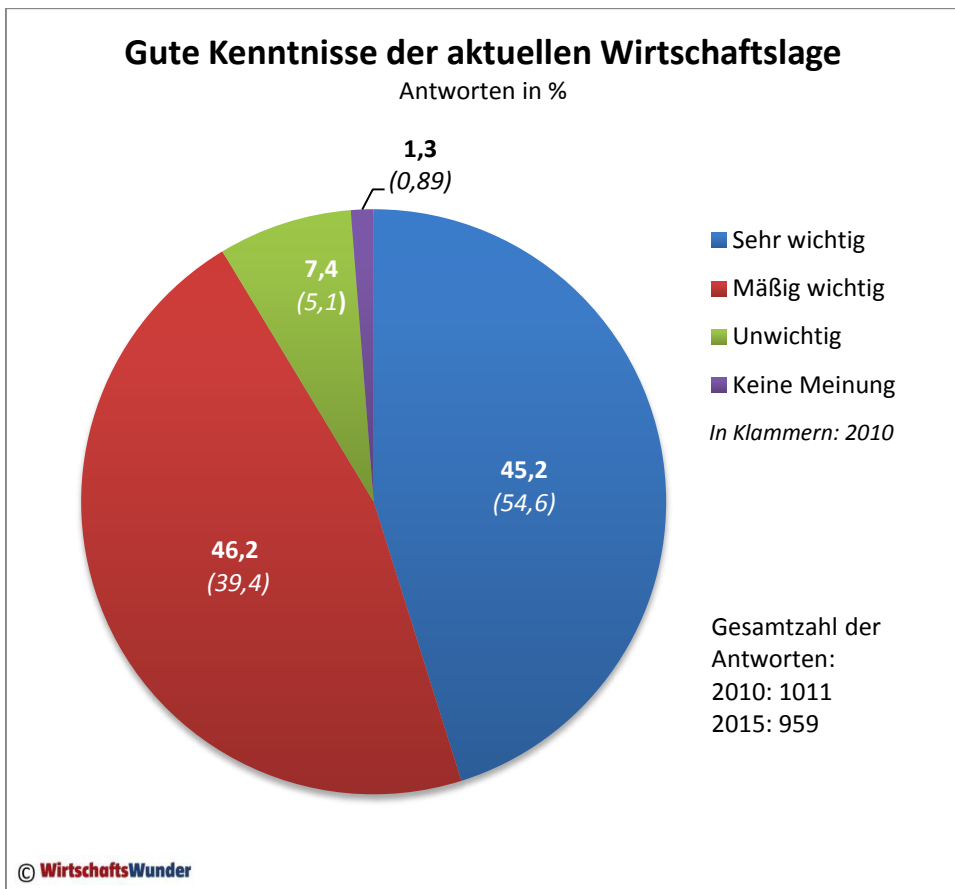
Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.



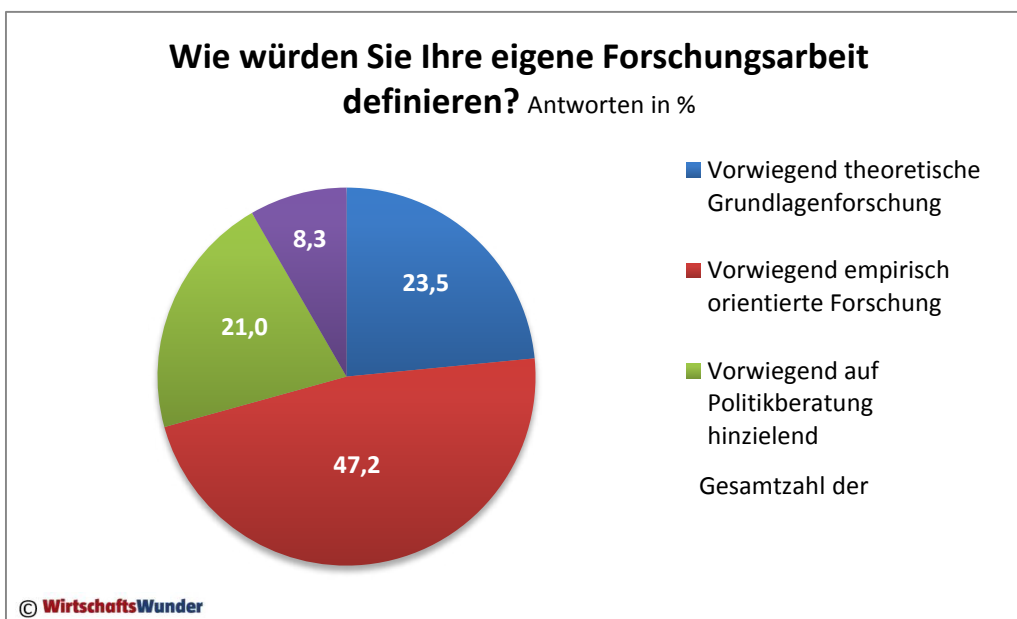
Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2010-2015.



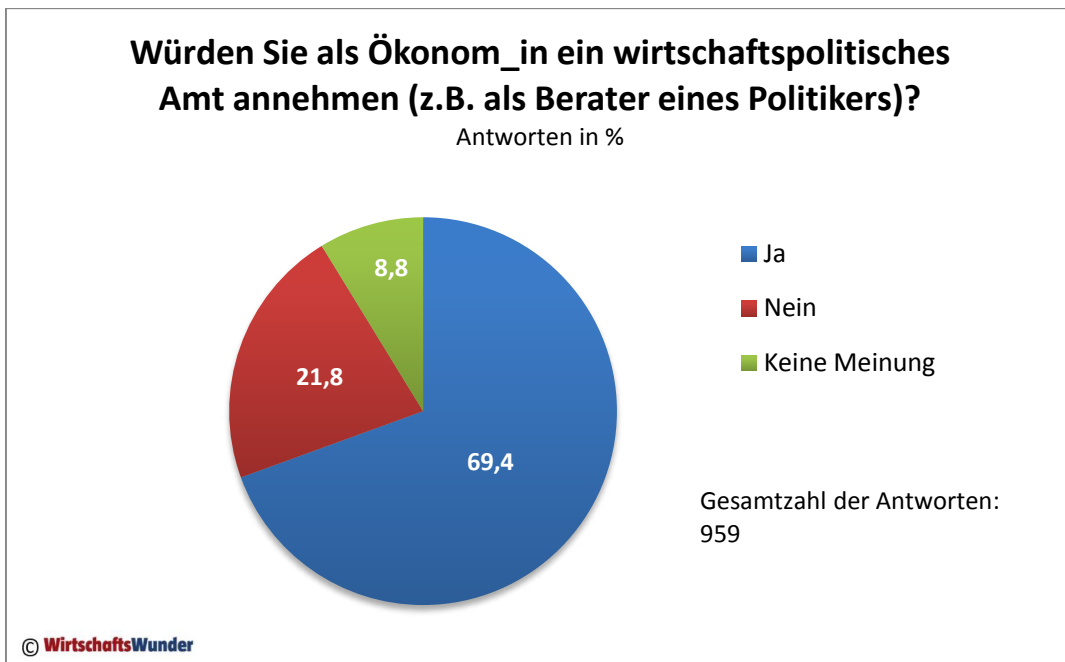
Quelle: Ökonom_innen-Umfragen 2010-2015.



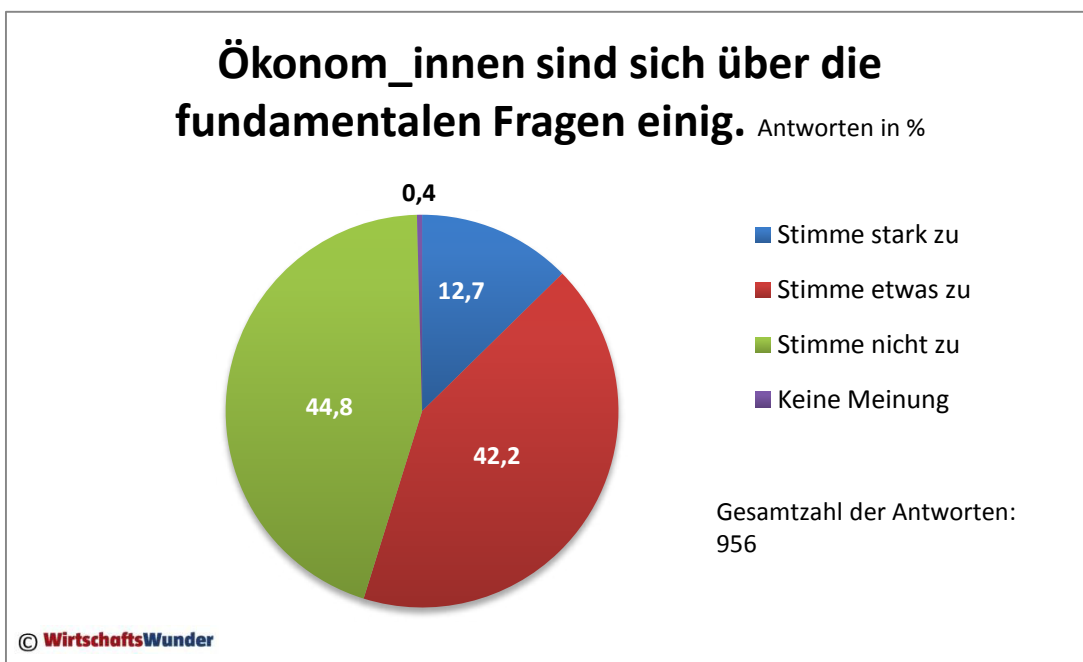
Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2010-2015.



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.



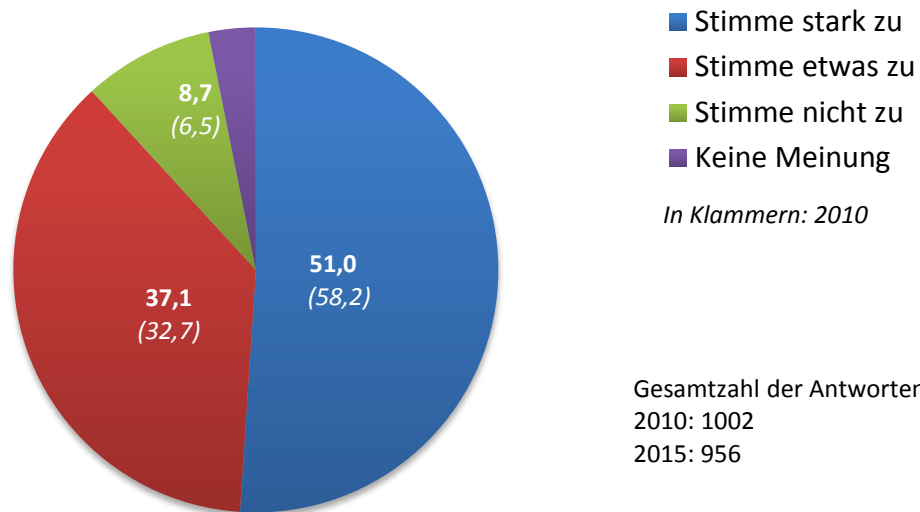
Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.



Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2015.

Die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft sollten in Deutschland offener werden. Wissenschaftler_innen sollten einfacher für begrenzte Zeit in die Politik gehen und zurückkehren können, ähnlich wie in den USA.

Antworten in %



- Stimme stark zu
- Stimme etwas zu
- Stimme nicht zu
- Keine Meinung

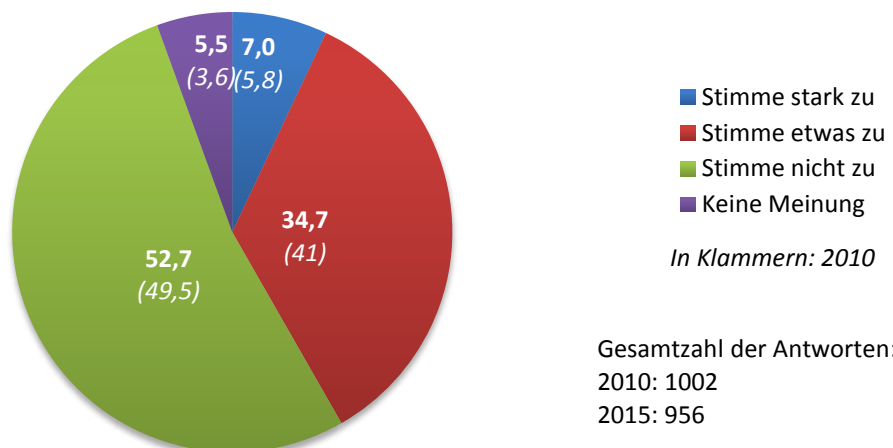
In Klammern: 2010

Gesamtzahl der Antworten:
2010: 1002
2015: 956

© **WirtschaftsWunder**

Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2010-2015.

Eine starke Präsenz in den Medien schadet dem eigenen Ansehen in der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Antworten in %



- Stimme stark zu
- Stimme etwas zu
- Stimme nicht zu
- Keine Meinung

In Klammern: 2010

Gesamtzahl der Antworten:
2010: 1002
2015: 956

© **WirtschaftsWunder**

Quelle: Ökonom_innen-Umfrage 2010-2015.

Über den Autor



Thomas Fricke

Thomas Fricke leitet das Internetportal WirtschaftsWunder und ist Chief Economist der European Climate Foundation (ECF) sowie Kolumnist bei Spiegel Online. Als Chefökonom der Financial Times Deutschland hat er 2006 die erste große Umfrage unter Deutschlands Ökonomen und Ökonominen angeschoben; die nächsten Wellen der Umfrage gab es 2010 und 2015. Zu dieser Zeit war Thomas Fricke Kolumnist und Autor bei der Süddeutschen Zeitung. In seinen Kolumnen wie in seiner Tätigkeit bei der ECF beschäftigt er sich regelmäßig mit der Frage nach der Notwendigkeit eines neuen ökonomischen Paradigmas. Er ist unter anderem Mitglied in der Jury für die Vergabe des Hans-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik *Wirtschaft. Weiter. Denken.*

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein- Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will die neue Forschungsstelle die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: www.fgw-nrw.de

Der Themenbereich „Neues ökonomisches Denken“

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs „Neues Ökonomisches Denken“ des FGW ist es, Pluralismus und gesellschaftliche Relevanz in den Wirtschaftswissenschaften inhaltlich und institutionell zu fördern. Das Zusammenfallen von Finanzkrise und ökologischer Krise erfordert neue Denkansätze und interdisziplinäre Forschung. Im Bereich der ökonomischen Bildung soll ein Beitrag zur Demokratisierung des ökonomischen Wissens geleistet werden. Zudem soll untersucht werden, inwieweit das für die sozialwissenschaftliche Bildung grundlegende Kontroversitätsgebot im Bereich ökonomischer Lehrmaterialien (universitäre Lehrbücher, Schulmaterialien) besser realisiert werden kann.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter: www.fgw-nrw.de/oekonomie
